

**An die Mitglieder des Finanzausschusses des
Deutschen Bundestages
Deutscher Bundestag
Finanzausschuss
Platz der Republik**

11055 Berlin

nur per E-Mail: finanzausschuss@bundestag.de

Eysseneckstraße 4
60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95421228
www.bvzi.de
info@bvzi.de

Präsidium (Vorstand):
Stephan Dumröse (Sprecher)
Christof Kohns
Dr. Karsten von Diemar
Dr. Claudia Willershausen
Eva Asch

VR 14320
Amtsgericht Frankfurt am Main

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie

Frankfurt am Main, 30. August 2019

Sehr geehrte Frau Stark-Watzinger,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 31. Juli 2019 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie (**Gesetzentwurf – GwG-Neu**) beschlossen und veröffentlicht. Mit Datum vom 09. August 2019 wurde der Gesetzentwurf unter dem Zeichen „Bundesrat Drucksache 352/19“ gegenüber dem Bundesrat vorgelegt.

Der Bundesverband der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. (**BVZI**) wurde am 21. Oktober 2009 zur Vertretung der gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder, unter anderem gegenüber dem Gesetzgeber, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Kreditwirtschaft und der Kartenorganisationen, gegründet. Im BVZI sind sowohl in Deutschland ansässige und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (**BaFin**) zugelassene Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute als auch Zweigniederlassungen von vergleichbaren Instituten mit Sitz im Ausland organisiert. Die Zahlungs- und E-Geld-Institute sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (**Geldwäschegesetz – GwG**). Der BVZI befasst sich seit seiner Gründung kontinuierlich mit der Anwendung und Umsetzung der geldwäscherechtlichen Regelungen. Dabei werden insbesondere die besondere Rolle und Funktion der Mitglieder im Zahlungssystem bei der Annahme, der Verarbeitung, dem Clearing und der Verrechnung von Zahlungsvorgängen berücksichtigt.

Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sind regelmäßig eine wesentliche Schnittstelle im System des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die Mitglieder ermöglichen es, den angebundenen Handelsunternehmen und Dienstleistungsunternehmen Zahlungen im Rahmen eines bargeldlosen Zahlungsdienstes anstelle von Bargeld anzunehmen. Ohne Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute ist eine bargeldlose Zahlung am Point-of-Sale oder im Internet kaum denkbar. Gleichzeitig treten sie zum Teil als kartenausgebende Zahlungsdienstleister auf. Die Mitglieder des BVZI fördern die Diversifizierung und Spezialisierung des Zahlungsverkehrsmarktes. Mit innovativen Lösungen hat die Branche der Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute die Entwicklung des Zahlungsverkehrs maßgeblich weiterentwickelt. Ohne die von Zahlungsinstituten und E-Geld-Instituten betriebene technische Infrastruktur und deren Zahlungsterminals wäre eine bargeldlose Zahlung in Handelsunternehmen und Dienstleistungsunternehmen nicht möglich und das Bargeld würde weiterhin das wichtigste Zahlungsmittel darstellen. Insofern leisten die Mitglieder ihren Beitrag dazu, den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern und auszubauen und gleichzeitig die Zahlungsvorgänge nachvollziehbar zu machen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Olaf Bausch (olaf.bausch@amlpraevention.de) als Leiter der BVZI Arbeitsgruppe Geldwäscheprävention sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband der Zahlungsinstitute e.V.

Stephan Dumröse
Sprecher des Vorstands

Christof Kohns
stellvertretener Sprecher des Vorstands

Stellungnahme des Bundesverbandes der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. (BVZI) zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU- Geldwäscherichtlinie

1 Besonders wichtige Anliegen

Wie bereits der Referentenentwurf, der mit Verweis auf die ursprünglich geplante Kabinettsitzung am 19. Juni 2019 in weniger als zwei Wochen mit den Marktteilnehmern konsultiert wurde, weist auch der vorliegende Gesetzentwurf weiterhin Punkte auf, die den BVZI zu einer Stellungnahme veranlassen.

Die Stellungnahme erfolgt in der Erwartung, dass die darin vorgetragenen praktischen Belange und Auswirkungen einer Umsetzung der im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen trotz der nunmehr sehr knappen Zeitlinie für das Gesetzgebungsverfahren dennoch Eingang finden. Der BVZI stellt wie bereits im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes vom 23. Juni 2017 fest, dass sowohl der eingeräumte Konsultationszeitraum als auch der sich erneut abzeichnende und nicht vorhandene Umsetzungszeitraum des künftigen Gesetzes offenbar nicht dazu angelegt sind, praxisorientierte Regelungen zu finden, die einen tatsächlichen Beitrag zur Optimierung der Abwehr von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bieten können. Dabei sollte bitte ebenfalls berücksichtigt werden, dass die Verpflichteten des Geldwäschegesetzes einen enormen Aufwand an personellen, technischen und finanziellen Ressourcen betreiben, um potentiell verdächtige Transaktionen zu erkennen, anzuhalten oder ganz zu verhindern und zur Meldung zu bringen.

Demgegenüber sind die im Jahresbericht der Zentralstelle für Transaktionsuntersuchungen (**FIU**) dargelegten Ergebnisse ernüchternd. Im Jahr 2018 wurden 77.252 Verdachtsmeldungen gegenüber der FIU gemeldet, was erneut einem Anstieg des Meldeverhaltens von 29 % bedeutete. Von diesen Verdachtsmeldungen hat die FIU immerhin 58 % (entspricht 44.806 Verdachtsmeldungen) an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden abgegeben, während die übrigen 42 % (entspricht 32.446 Verdachtsmeldungen) zu einer Übernahme in den Monitoring-Pool der FIU führten. Bereits an dieser Stelle macht der Jahresbericht deutlich, dass es nicht nur um die Abgabe von Verdachtsmomenten im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung geht. Nein, es werden gerade auch Erkenntnisse über Vortaten zur Abgabe gebracht. Staatsanwaltliche Rückmeldungen gegenüber der FIU zu diesen Verdachtsmeldungen über die Erhebung der öffentlichen Klage und den Ausgang des Verfahrens einschließlich Einstellungsverfügung gab es in lediglich 14.065 Fällen. Berücksichtigt man, dass sich 2.801 Rückmeldungen noch auf abgegebene Verdachtsmeldungen aus den vorangegangenen Berichtszeiträumen beziehen, verbleiben 11.264 staatsanwaltschaftliche Rückmeldungen zu den 32.446 von der FIU abgegebenen Verdachtsmeldungen. Das entspricht einer Rückmeldequote von 34,7 %. Gerade einmal 275 Rückmeldungen umfassten Urteile, Strafbefehle oder Anklageschriften, was weniger als 2 % aller Rückmeldungen der staatsanwaltlichen Rückmeldungen gegenüber der FIU darstellt. Der überwiegende Anteil der Rückmeldungen betrifft Einstellungsverfügungen.

Allein angesichts dieser Zahlen muss im Rahmen der Grundsätze des Rechtsstaats und der Verhältnismäßigkeit der Mittel geprüft werden, ob die weitere Belastung der Verpflichteten durch weitere präventive Anforderungen überhaupt noch angemessen ist, wenn auf der anderen Seite der Staat seiner eigenen Verantwortung einer effizienten Strafverfolgung nicht nachkommt. Dass sich bei der FIU im Monat Mai 2019 insgesamt 36.007 Verdachtsmeldungen im Status „In Bearbeitung nach Erstsichtung“ befanden, ist unter Berücksichtigung der seit dem 1. Februar 2019 insgesamt bei der FIU

eingegangenen 38.629 Verdachtsmeldungen wohl nicht mit einer unverzüglichen Prüfung und Weiterleitung in Übereinstimmung zu bringen (BT-Drucks. 19/11401). Entscheidend ist nicht, wie viele Planstellen die FIU haben oder bekommen soll. Die operative Arbeit ist nachweislich vorhanden. Es ist also entscheiden, wie viele dieser Planstellen überhaupt tatsächlich besetzt sind.

Eine Erwartung wird sich jedenfalls nicht erfüllen, dass die Anzahl der Verdachtsmeldungen zukünftig stagniert.

Es gibt einige Ansätze des Austausches zwischen der FIU mit den Verpflichteten, die seitens des BVZI ausdrücklich begrüßt werden. Die stattfindenden Geldwäschetagungen sind hier ebenso zu nennen, wie die Bereitschaft, den direkten Austausch mit den Verpflichteten zu suchen, zum Beispiel über durchgeführte Konsultationsverfahren. Allerdings muss hier auch festgehalten werden, dass die Wahrnehmung bei den Verpflichteten immer noch die einer praxisfernen Behörde ist. Wie sonst ist zu erklären, dass die Behörde offenbar die Wahrnehmung hat, es würde entgegen aller vorgetragenen Stellungnahmen für die Verpflichteten eine Rolle spielen, ob man bei der Erfassung von einzelnen Datenfeldern im Meldesystem goAML von „unechten Pflichtfeldern“ oder von „bedingten Pflichtfeldern“ spricht. Die praktische Auswirkung für den Verpflichteten bleibt von der behördlich geprägten Bezeichnung unabhängig, die Abgabe einer Verdachtsmeldung durch die Verpflichteten wird faktisch behindert. Denn ohne die Erfassung dieser bedingten Pflichtfelder ist eine Abgabe der Verdachtsmeldung nicht unmittelbar möglich. Bedenkt man dabei zusätzlich, dass die in den bedingten Pflichtfeldern abgefragten Daten unter Berücksichtigung der Regeln des Geldwäschegesetzes noch nicht einmal von den Verpflichteten erhoben werden müssen.

Dazu im Jahresbericht den Eindruck zu erwecken, dass erst die Analysearbeit der FIU und die Zusammenführung von mehreren Verdachtsmeldungen von verschiedenen Verpflichteten dazu geführt haben, dass eine Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfolgen konnte, sollte überdacht werden. Immerhin ist es bereits die erste Verdachtsmeldung, die von einem Geldwäschebeauftragten eines Verpflichteten gegenüber der FIU abgegeben wurde, die aufgrund der praktischen Erfahrungen und unter Berücksichtigung der für das vom Verpflichteten ausgeübte spezifische Geschäftsmodell zu einem Verdacht führte. Es sollte vielmehr positiv dargestellt werden, dass die Verpflichteten auch ohne die der FIU zur Verfügung stehenden Informationsquellen des polizeilichen Informationsverbundes die Hinweise erkennen, dass Tatsachen vorliegen, dass ein Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung steht und deshalb eine Verdachtsmeldung abgegeben wird. Insofern ist bereits die erste Verdachtsmeldung „werthaltig“. Das sollte keinesfalls durch die Art und Weise der Darstellung im Jahresbericht abgewertet werden, selbst wenn die eine oder andere Verdachtsmeldung zunächst in das Monitoring kommt.

1.1 Bußgeldvorschriften

Es wird ausdrücklich begrüßt, dass die noch im Referentenentwurf enthaltene Absicht, die Schwelle von „leichtfertig“ hin zu „fahrlässig“ herabzusetzen, aufgegeben wurde. Eine Herabsetzung wäre ein eindeutig falsches Signal an alle Verpflichteten gewesen, die im Rahmen der täglichen Ausübung der Geschäftstätigkeit nennenswerte personelle, technische und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung und Erfüllung der geldwäscherechtlichen Regelungen einsetzen. Damit leisten die Verpflichteten einen bedeutenden Beitrag zur Abwehr von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Dabei darf der

Gesetzgeber nicht außer Acht lassen, dass es hier um präventive Maßnahmen handelt und eben nicht um repressive Maßnahmen wie im Falle der Verhängung von Sanktionen.

Seit dem Wiener Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und Psychotropen vom 20. Dezember 1988 und der daraus abgeleiteten Ersten Geldwäscherichtlinie¹ wurden die den Verpflichteten obliegenden Maßnahmen zur Abwehr von Geldwäsche, seit der Zweiten Geldwäscherichtlinie² auch zur Abwehr von Terrorismusfinanzierung, kontinuierlich ausgebaut. Für die Verpflichteten sind die präventiven Maßnahmen ein wichtiger Baustein, um nicht selbst durch Dritte zur Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden. Die präventiven Maßnahmen sind für die Verpflichteten auch in Hinblick auf ihre eigene Reputation von zentraler Bedeutung. Kein Verpflichteter möchte in die Nähe von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung gerückt werden, auch dann nicht, wenn man selbst Geschädigter ist, eben weil ein Vertragspartner den Verpflichteten für seine illegalen Aktivitäten missbraucht hatte.

In diesem Bestreben stehen die Verpflichteten selbst, als die Mitglieder der Leitungsebene sowie die bestellten Geldwäschebeauftragten immer im Spannungsfeld zwischen der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des Verpflichteten und den zur Verfügung stehenden internen Ressourcen zur Abwehr eines Missbrauchs.

Auf der anderen Seite handelt es sich auch weiterhin um eine hoheitliche Aufgabe des Staates die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass es erst gar nicht zur Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung kommen kann. Dass jeweilige Vortaten aufgrund bestehender gesetzlicher Lücken gar nicht erst ausgenutzt werden können. Hierzu zählt aber auch eine effiziente Strafverfolgung. Solange die Straftat der Geldwäsche weiterhin nicht nachhaltig durch die zuständigen Behörden verfolgt wird, können alle Bemühungen der Verpflichteten nicht dazu beitragen, diesem Phänomen wirksam entgegenzuwirken.

Es ist ein Zusammenspiel aus präventiven Maßnahmen der Verpflichteten und einer effizienten und nachhaltigen Strafverfolgung. Die Verpflichteten leisten ihren Beitrag.

1.2 Strafbefreiende Wirkung der geldwäscherechtlichen Verdachtsmeldung an die FIU durch Änderung des § 261 StGB

Im Anschreiben zum Referentenentwurf wurde die Absicht bekundet, den Gesetzentwurf durch Aufnahme einer Anpassung von § 261 Abs. 9 Strafgesetzbuch (**StGB**) zu ergänzen:

„Die Abgabe einer Verdachtsmeldung nach § 43 Absatz 1 GwG steht insoweit der Erstattung einer Strafanzeige im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 gleich.“

¹ Richtlinie des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche (91/308/EWG), ABl. L 166 vom 28. Juni 1991, S. 77–82.

² Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2001 zur Änderung der Richtlinie 91/308/EWG des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche, ABl. L 344 vom 28. Dezember 2001, S. 76–81.

Mit großer Enttäuschung wurde wahrgenommen, dass diese Regelung keinen Eingang in den Gesetzentwurf gefunden hat. Es wird gefordert, diese Regelung zu ergänzen.

Spätestens seit dem Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprevention³ und der damit verbundenen Herabsetzung der geldwäscherechtlich geregelten Meldeschwelle von einer „Anzeige“ hin zur „Meldung“ wird die Regelung einer strafbefreienden Wirkung der geldwäscherechtlichen Verdachtsmeldung im Verhältnis zur Abgabe einer Strafanzeige im Sinne von § 261 Abs. 9 StGB zugunsten des Verpflichteten diskutiert. Das Bundesministerium der Finanzen stellte bereits in Folge der letzten Novellierung des Geldwäschegesetzes auf verschiedenen Veranstaltungen⁴ klar, dass man sich des Themas annehmen würde. Der nunmehr vorliegende Gesetzesentwurf lässt den im Anschreiben zum Referentenentwurf enthaltenen Entwurf einer Ergänzung des § 261 Abs. 9 StGB jedoch vollständig vermissen. Dabei hat gerade diese Regelung erhebliche Bedeutung für die Rechtssicherheit. Hier kann der Gesetzgeber deutlich machen, dass er auch das auf seiner Seite zur Verfügung stehende Instrumentarium nutzt und angemessene gesetzliche Rahmenbedingungen schafft.

Wird weiterhin auf eine derartige Ergänzung in § 261 Abs. 9 StGB verzichtet, dann sind die Verpflichteten ihrerseits zur Abwehr von strafrechtlich relevanten Folgen gezwungen nach der Verdachtsmeldung eine weitere Analyse des an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen gemeldeten Sachverhalts vorzunehmen. Jeder Verpflichtete müsste im Kontext jeder abgegebenen Verdachtsmeldung recherchieren, ob eben nicht nur Tatsachen vorliegen, die eine Verdachtsmeldung im Sinne von § 43 GwG erforderlich machen, sondern vielmehr sogar die Anforderungen an eine Anzeige im Sinne von § 158 der Strafprozessordnung erfüllt wären. Letztlich haben die Verpflichteten seit vielen Jahren Rechtsunsicherheit dahingehend, dass sie gegebenenfalls selbst leichtfertig im Sinne von § 261 Abs. 5 StGB handeln.

Es sollte jedem bewusst sein, dass die Abgabe einer Verdachtsmeldung und die weitere Durchführung von hausinternen Ermittlungen zur Prüfung der Notwendigkeit einer Strafanzeige einschließlich der vor diesem Hintergrund erfolgten Ablehnung von weiteren Geschäften die Gefahr birgt, dass der Vertragspartner aus diesem Verhalten des Verpflichteten selbst Rückschlüsse ziehen kann und damit das Ermittlungsverfahren beeinträchtigt werden könnte.

1.3 Begriffsdefinition – „auftretende Person“

Der Begriff der „auftretenden Person“ wurde im Zuge der Einführung des Zahlungskontogesetzes⁵ zum 18. Juni 2016 in das Geldwäschegesetz aufgenommen und ist mit verschiedenen bußgeldbewehrten Pflichten verknüpft, die von den Verpflichteten beachtet und angewendet werden müssen. Deshalb muss für alle Verpflichtete, egal welcher Kategorie im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG sie angehören, ein einheitliches Verständnis für den Begriff der „auftretenden Person“ zur Anwendung kommen. Eine

³ BGBl. I 2011, S. 2959, 2964.

⁴ Unter anderem Erste Geldwäschetagung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen am 26. Februar 2018; Anhörung der BaFin zur Konsultation 05/2018 zu den Auslegungs- und Anwendungshinweisen gemäß § 51 Abs. 8 GwG; Akademie Heidelberg, 16. Jahreskongress zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung 2018; Bundesministerium der Finanzen, Kapitel B. 2. des Anschreibens zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten EU-Geldwäscherichtlinie.

⁵ [BGBl. I 2016, S. 720.](#)

solche Begriffsbestimmung ist in § 1 GwG gesetzlich zu regeln und nicht lediglich in einer Gesetzesbegründung.

Die Auswirkungen dieser gesetzlichen Regelung betreffen nicht nur die Verpflichteten des Geldwäschegesetzes, sondern auch alle natürlichen Personen, die ihrerseits für ihren Arbeitgeber mit Außenwirkung handeln. Insofern besteht je nach Interpretation des Begriffs der „auftretenden Person“ für Jedermann eine Verpflichtung seine Identität nachzuweisen.

Eine Bestimmung des Begriffs der „auftretenden Person“ in § 1 GwG – Begriffsbestimmungen – ist bis heute nicht erfolgt und auch im aktuellen Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Bisher enthält lediglich die Begründung zum Gesetzentwurf des Zahlungskontogesetzes Ausführungen darüber, wie der Begriff der „auftretenden Person“ ausgelegt werden sollte.⁶ Fakt ist allerdings, dass diese in der Gesetzesbegründung enthaltene Auslegung des Begriffes keine tatsächliche Anwendung findet.

Die Praxis zeigt sehr deutlich, dass bereits die nach § 50 GwG zuständigen Aufsichtsbehörden in den von ihnen nach § 51 Absatz 8 GwG veröffentlichten Auslegungs- und Anwendungshinweisen eine unterschiedliche Auslegung der „auftretenden Person“ vertreten, was nachhaltige Auswirkungen auf die der betreffenden Aufsicht unterstehenden Verpflichteten hat, insbesondere auf die Art und Weise der Identifizierung der „auftretenden Person“. Gleichzeitig führen die unterschiedlichen Auslegungen der Rechtsvorschriften zu einer heterogenen Umsetzung der Sorgfaltspflichten durch die Verpflichteten im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG. Eine homogene Auslegung kann nur mit einer einheitlichen und eindeutigen Regelung im Geldwäschegesetz erreicht werden und nicht durch Verlagerung der Deutungshoheit auf verschiedene Aufsichtsbehörden.

Folgender Text wird zur Aufnahme in § 1 GwG vorgeschlagen:

„Auftretende Person im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche Person,

a) die nicht selbst Vertragspartner ist und

b) gegenüber dem Verpflichteten erkennbar als Bote oder Vertreter des Vertragspartners auftritt und

c) nicht Mitglied des Vertretungsorgans oder gesetzlicher Vertreter des Vertragspartners in Form einer juristischen Person oder Personengesellschaft ist.“

Begründung:

Die „auftretende Person“ wurde mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegender Funktion – im Vorgriff auf die Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie – in die damalige Fassung des § 3 Absatz 1 Nummer 1 und § 4 Absatz 3 GwG a.F. aufgenommen und wie folgt begründet:

„Nach Artikel 13 Absatz 1 letzter Satz der Richtlinie (EU) 2015/849 ist nicht nur der Vertragspartner, sondern auch die Person, „die vorgibt, im Namen des Kunden zu handeln“ (im sog. Leading Text der Richtlinie: „any person purporting to act on behalf of the customer“) zu identifizieren und dessen Angaben zu verifizieren. Der im Geldwäschegesetz de lege lata verwendete Begriff des Vertragspartners ist damit zu eng, da die Richtlinie, wie früher auch das

⁶ [BR-Drucks. 537/15, S. 118 f](#); [BT-Drucks. 18/7204, S. 99](#).

GwG bis zum Inkrafttreten des Geldwäschebekämpfungsergänzungsgesetzes – neben dem Vertragspartner – zusätzlich die Identifizierung der Person, die dem Mitarbeiter des Instituts gegenüber erscheint und sich z. B. als Bote oder Bevollmächtigter des Vertragspartners zu erkennen gibt, erfordert. Darunter fallen nicht die gesetzlichen Vertreter oder Verfügungsberechtigten einer juristischen Person oder Personengesellschaft, die ohnehin schon nach § 4 Absatz 3 Nummer 2 GwG bzw. § 154 Absatz 2 AO zu identifizieren sind. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG sind.“⁷
(Unterstreichung durch den Autor)

Es ist das grundlegende Verständnis des BVZI, dass eine natürliche Person, die als Organmitglied (**Organwalter**) einer juristischen Person oder Personengesellschaft gegenüber einem Verpflichteten auftritt, danach nicht als „auftretende Person“ zu klassifizieren ist. Ein Organwalter ist die Person, die die Handlungsfähigkeit der juristischen Person oder Personengesellschaft herstellt und diese im Außenverhältnis vertritt. Unter Berücksichtigung der gesellschaftsrechtlichen Grundsätze wird das Handeln des Organwalters dem Organ der juristischen Person oder Personengesellschaft zugerechnet und nicht der natürlichen Person, die die Funktion des Organwalters ausübt. Deshalb sind Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte auch keine Organwalter und wären ihrerseits als „auftretende Personen“ zu klassifizieren.

Die zitierte Begründung stellt darauf ab, dass die Organwalter einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft gerade nicht wie eine natürliche Person im Sinne von § 4 Absatz 3 Nummer 1 GwG a.F. in Verbindung mit § 4 Absatz 4 Nummer 1 GwG a.F. identifiziert werden müssen. Die Organwalter gelten gemäß der Gesetzesbegründung bereits dadurch als identifiziert, dass die Feststellung der „*Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder der gesetzlichen Vertreter*“ nach § 4 Absatz 3 Nummer 2 GwG a.F. sowie durch die Überprüfung der Namen „*anhand eines Auszugs aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister oder einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis, der Gründungsdokumente oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente oder durch Einsichtnahme in die Register- oder Verzeichnisdaten*“ nach § 4 Absatz 4 Nummer 2 GwG a.F. erfolgt.

Beispiele für Organwalter sind unter Berücksichtigung der gesellschaftsrechtlichen und zivilrechtlichen Gesetze bei einer:

- a) Aktiengesellschaft: jedes Mitglied des Vorstands
- b) Gesellschaft mit beschränkter Haftung: jeder Geschäftsführer
- c) Kommanditgesellschaft: jeder persönlich haftende Gesellschafter
- d) GmbH & Co. KG: die GmbH als persönlich haftender Gesellschafter, und hier wiederum jeder Geschäftsführer
- e) Gesellschaft bürgerlichen Rechts: jeder Gesellschafter

Die dargestellte Gesetzesbegründung zum Zahlungskontogesetz wird im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes nicht revidiert, sondern fortgeführt, wie den nachfolgenden Zitaten der Gesetzesbegründung zu entnehmen ist:

⁷ [BR-Drucks. 537/15, S. 118 f](#); [BT-Drucks. 18/7204, S. 99](#).

- a) Zur Begründung des § 10 GwG wird insgesamt wie folgt ausgeführt:

„Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 3 GwG bisherige Fassung und erfüllt die Vorgaben von Artikel 13 Absatz 1 der Vierten Geldwäscherichtlinie“⁸

- b) Zur Begründung des § 10 Absatz 1 Nummer 1 GwG führt der Gesetzgeber wie folgt aus:

„In Absatz 1 Nummer 1 wird die Vorgabe der FATF-Empfehlungen sowie von Artikel 13 Absatz 1 der Vierten Geldwäscherichtlinie, im Falle einer für den Vertragspartner auftretenden Person deren Berechtigung hierzu zu prüfen, neu aufgenommen.“⁹

- c) Zur Begründung des § 11 Absatz 1 GwG führt der Gesetzgeber wie folgt aus:

„§ 11 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 4 Absatz 1 bis 3 sowie 5 und 6 GwG und setzt Artikel 14 Absatz 1 und 2 der Vierten Geldwäscherichtlinie um. Die Nichterwähnung der für den Vertragspartner auftretenden Person in Artikel 14 Absatz 1 und 2 der Vierten Geldwäscherichtlinie beruht auf einem redaktionellen Versehen, das mit ihrer Aufnahme in § 11 Absatz 1 korrigiert wird.“¹⁰

- d) Zur Begründung von § 12 Absatz 2 GwG ist der Gesetzesbegründung zu entnehmen:

„Die Vorschrift zur Überprüfung der Identität bei juristischen Personen entspricht im Wesentlichen § 4 Absatz 4 Nummer 2 GwG bisherige Fassung.“¹¹

Das vorliegende Geldwäschegesetz sowie die zugrundeliegenden Gesetzesbegründungen lassen keine anderslautende Begründung zu, als dass nicht jede natürliche Person, die mit einem Verpflichteten eine die Anwendung der Sorgfaltspflichten auslösende Handlung durchführen möchte, gleichzeitig als eine „auftretende Person“ angesehen werden muss.

Um die in der Praxis vorhandene konträre Auslegung der geldwäscherechtlichen Vorschriften zu belegen, wird beispielhaft auf die Auslegungs- und Anwendungshinweise nach § 51 Absatz 8 GwG von verschiedenen zuständigen Aufsichtsbehörden referenziert.

Die Wirtschaftsprüferkammer Körperschaft des öffentlichen Rechts (**WPK**) interpretiert in ihren Auslegungs- und Anwendungshinweisen nach § 51 Absatz 8 GwG vom 29. Januar 2018 die Anwendung der Sorgfaltspflichten in Verbindung mit einer auftretenden Person wie folgt:

„Soweit der Mandant nicht selbst erscheint, sondern für diesen eine andere Person (z. B. Bevollmächtigter oder Bote), müssen auch die für den Mandanten auftretende Person identifiziert und die zur Identitätsfeststellung erhobenen Angaben verifiziert werden. Zudem ist zu prüfen, ob die Person tatsächlich dazu berechtigt ist, für den Mandanten aufzutreten.

Von diesen Pflichten nicht erfasst werden die gesetzlichen Vertreter oder Verfügungsberechtigten einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft, da diese schon nach § 11 Abs. 4 Nr. 2 GwG bzw. § 154 Abs. 2 AO zu identifizieren sind und sich deren Berechtigung zum Auftreten aus ihrer gesellschaftsrechtlichen Stellung ergibt. Ausgenommen sind auch Personen, die Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 GwG sind (BT-Drs. 18/7204, S. 99).

⁸ [BR-Drucks. 182/17, S. 132](#); [BT-Drucks. 18/11555, S. 116](#).

⁹ [BR-Drucks. 182/17, S. 132](#); [BT-Drucks. 18/11555, S. 116](#).

¹⁰ [BR-Drucks. 182/17, S. 134 f](#); [BT-Drucks. 18/11555, S. 118](#).

¹¹ [BR-Drucks. 182/17, S. 136](#); [BT-Drucks. 18/11555, S. 118](#).

Die Überprüfung der Identität des Vertreters hat gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 GwG nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 11 Abs. 4, 12 Abs. 1 und 2 GwG zu erfolgen. Es wird daher insoweit auf die Ausführungen zur Identifizierung des Mandanten verwiesen. Die Identität eines eingetragenen Prokuristen kann aus Sicht der WPK allerdings auch analog § 12 Abs. 2 Nr. 1 GwG anhand eines Auszugs aus dem Handelsregister überprüft werden, so dass keine zusätzlichen Maßnahmen nach § 12 Abs. 1 GwG (z. B. Vorlage des Personalausweises) erforderlich sind.¹²

Die unter Aufsicht der Wirtschaftsprüferkammer stehenden Wirtschaftsprüfer sind jene Personen, die gemäß § 24 Absatz 1 des Gesetzes über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten (**Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz – ZAG**) die Prüfung des Jahresabschlusses des Zahlungs- oder E-Geld-Instituts vornehmen müssen und dabei insbesondere auch gemäß § 24 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 ZAG darüber berichten müssen, ob das betreffende Zahlungs- oder E-Geld-Institut den Verpflichtungen nach dem Geldwäschegesetz nachgekommen ist. Korrespondierende Regelungen gelten unter anderem gemäß § 29 Absatz 2 des Gesetzes über das Kreditwesen (**Kreditwesengesetz – KWG**) für alle Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute.

Einerseits müssen die Wirtschaftsprüfer im Rahmen der eigenen Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten nach dem Geldwäschegesetz die Auslegungs- und Anwendungshinweise der WPK anwenden. Andererseits müssen die gleichen Wirtschaftsprüfer bei der Durchführung der Prüfung eines Jahresabschlusses einer unter der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (**BaFin**) stehenden Person deren Auslegungs- und Anwendungshinweise zugrunde legen.

Die BaFin hat ihrerseits am 11. Dezember 2018 Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Geldwäschegesetz (**BaFin AuA**) veröffentlicht, die unter anderem von den im BVZI vertretenden Mitgliedern beachtet werden müssen.

In Abstimmung mit dem für das Geldwäschegesetz federführende Bundesministerium der Finanzen führt die BaFin in Kapitel 5.1.2 der BaFin AuA wie folgt aus:

„Bei einer für den Vertragspartner auftretenden (natürlichen) Person handelt es sich um diejenige Person, die vorgibt, im Namen des Vertragspartners zu handeln. Dies setzt keine körperliche Anwesenheit vor Ort voraus (z.B. online Geschäftsaktivität). Erfasst werden sowohl die in rechtsgeschäftlicher Vertretung handelnden Personen (z.B. bevollmächtigter Stellvertreter), gesetzliche Vertreter als auch Boten.“¹³

Insoweit besteht noch kein Dissens. Allerdings wird dieser unmittelbar durch folgende Auslegung begründet:

„Als identifizierungspflichtige auftretende Personen sind anzusehen:

- *Rechtsgeschäftlich bestellte Vertreter im Falle der Begründung einer Geschäftsbeziehung für den Vertretenen*

¹² [WPK – Auslegungs- und Anwendungshinweise der Wirtschaftsprüferkammer zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten \(Geldwäschegesetz – GwG\) vom 29. Januar 2018, Textziffern 92 – 94.](#)

¹³ [BaFin AuA vom 11. Dezember 2018, Kapitel 5.1.2, Seite 32, Absatz 1.](#)

- *Gesetzliche Vertreter im Falle der Begründung einer Geschäftsbeziehung für den Vertretenen (z.B. Organmitglieder, die tatsächlich für jur. Personen auftreten; außerdem z.B. Eltern, Vormund, Betreuer)*
- *Boten und rechtsgeschäftliche Vertreter, die außerhalb von bestehenden Geschäftsbeziehungen auftreten (Identifizierungspflicht gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 GwG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 GwG). Dies betrifft insbesondere folgende Geschäftsvorfälle:*
 - *Kontoungebundene Zahlungsaufträge ab € 1.000, bei denen der Veranlasser der Zahlung für einen Dritten agiert.*
 - *Boten/Bevollmächtigte, die sonstige schwellenbetragsbezogene Einzeltransaktionen durchführen (z. B. Kauf von Edelmetallen)¹⁴*

Im Gegensatz zu der zuvor zitierten Gesetzesbegründung zum Zahlungskontogesetz¹⁵ und zum Geldwäschegesetz¹⁶ sowie zu den Auslegungs- und Anwendungshinweisen der WPK sind nach Auslegung der BaFin ohne weitere Differenzierung alle auftretenden Personen, die einen Vertragspartner vertreten – einschließlich der Organwalter –, wie eine natürliche Person gemäß § 11 Absatz 4 Nummer 1 GwG in Verbindung mit § 12 Absatz 2 GwG zu identifizieren. Dabei ist nach Auslegung der BaFin nicht danach zu unterscheiden, ob der Vertragspartner eine natürliche Person ist oder eine juristische Person beziehungsweise eine Personengesellschaft. In der Folge ist nach Auslegung der BaFin auch jeder Organwalter, die letztlich auch „rechtsgeschäftliche Vertreter“ im Sinne des § 164 BGB sind, wie eine natürliche Person zu identifizieren.

Diese differenzierte Anwendung des Geldwäschegesetzes belastet nicht nur die Verpflichteten, sondern auch die natürlichen Personen, die sich aufgrund einer unklaren gesetzlichen Regelung gegebenenfalls identifizieren lassen müssen. Dabei kann es im Sinne einer effizienten Abwehr von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nicht sein, dass die Frage ob, eine identifizierungspflichtige Person gegeben ist oder nicht, daran festgemacht werden, welche Aufsichtsbehörde für einen Kreis von Verpflichteten zuständig ist. Zudem kommt das Unverständnis hinzu, dass sich die gleiche natürliche Person gegenüber einem Verpflichteten der Finanzbranche identifizieren lassen muss, während eine solche Pflicht gegenüber einem Verpflichteten, der einer anderen zuständigen Aufsichtsbehörde unterliegt, nicht besteht.

Betrachtet man zusätzlich den Newsletter Nr. 10 vom 29. April 2016 des Regierungspräsidiums Darmstadt als eine der zuständigen Aufsichtsbehörden für Güterhändler und weitere Verpflichtete in Hessen, dann ist diesem Newsletter zu entnehmen:

„Neu: Auch Identifizierung der auftretenden Person!

Ab dem 18. Juni 2016 ist – neben dem Vertragspartner – zusätzlich auch die für diesen ggf. auftretende Person nach Maßgabe des § 4 Abs. 3 und 4 des Geldwäschegesetzes (GwG) zu identifizieren. Das heißt, dass immer, wenn Identifizierungspflichten nach dem GwG bestehen, zukünftig auch Personen, die sich z. B. als Bote oder Bevollmächtigter des Vertragspartners zu erkennen geben, zu identifizieren sind. Darunter fallen nicht die gesetzlichen Vertreter oder Verfügungsberechtigten einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft, die

¹⁴ [BaFin AuA vom 11. Dezember 2018, Kapitel 5.1.2, Seite 32, Absatz 2.](#)

¹⁵ [BR-Drucks. 537/15, S. 118 f;](#) [BT-Drucks. 18/7204, S. 99.](#)

¹⁶ [BR-Drucks. 182/17, S. 132, 134 - 136;](#) [BT-Drucks. 18/11555, S. 116, 118.](#)

ohnehin schon nach § 4 Absatz 3 Nummer 2 GwG zu identifizieren sind. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG sind. Näheres können Sie der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 18/7204, Artikel 7) entnehmen.“¹⁷ (Regierungspräsidium Darmstadt, Newsletter 10 vom 29. April 2016, 1. Bullet, im Internet unter: <https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/content-downloads/Newsletter%20Nr.%2010%20vom%2029.%20April%202016.pdf>)

Damit ist das Regierungspräsidium Darmstadt eine der wenige zuständigen Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 9 GwG, die sich überhaupt zu einer Auslegung des Begriffs öffentlich gegenüber den ihr unterstehenden Verpflichteten äußert. Das mag auch daran liegen, dass das Regierungspräsidium Darmstadt den sogenannten „[Darmstädter Arbeitskreis Geldwäscheprävention](#)¹⁸“ begründet hat, der auf Arbeitsebene die zuständigen Vertreter der zuständigen Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 9 GwG zusammenbringt, um ein möglichst bundeseinheitliches Vorgehen der über 100 Aufsichtsbehörden des Nicht-Finanzsektors sicherzustellen. Die sehr geschätzte Mitarbeiterin Frau Schneider war ihrerseits als damals einzige Aufsichtsverantwortliche für den Bereich des Nicht-Finanzsektors im Rahmen der FATF-Prüfung im Jahr 2010 von der FATF befragt worden. Man kann sicher sagen, dass das Regierungspräsidium Darmstadt hier eine wichtige zentrale Grundlagenarbeit hinsichtlich der Koordinierung einer bundeseinheitlichen Auslegung des Geldwäschegesetzes auf Ebene der Länder für den Nicht-Finanzsektor leistet.

Natürlich soll im Rahmen der Stellungnahme nicht unterschlagen werden, dass das Regierungspräsidium Darmstadt nach weiterer Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen nur wenige Wochen später einen weiteren Newsletter veröffentlicht hat. Die zunächst dargelegte Auslegung des Begriffs der „auftretenden Person“ wurde dadurch vollständig revidiert und in eine andere Richtung gelenkt. Im Newsletter 11 vom 16. Juni 2016 des Regierungspräsidiums Darmstadt wurde folgende korrigierte Auslegung veröffentlicht:

„Zusätzliche Identifizierung der auftretenden Person: Wichtige Konkretisierungen für den Nichtfinanzsektor!

Wie bereits mit meinem Newsletter Nr. 10 mitgeteilt, ist ab dem 18. Juni 2016 – neben dem Vertragspartner – zusätzlich auch die für diesen ggf. auftretende Person nach Maßgabe des § 4 Abs. 3 und 4 des Geldwäschegesetzes (GwG) zu identifizieren. Immer, wenn Identifizierungspflichten nach dem GwG bestehen, sind entsprechend auch Personen, die sich z. B. als Bote oder Bevollmächtigter des Vertragspartners zu erkennen geben, zu identifizieren. Die Norm dient der Umsetzung des Artikels 13 Abs. 1 letzter Satz der 4. EU-Geldwäscherichtlinie. Demnach müssen sich die Verpflichteten bei Umsetzung der Sorgfaltspflichten vergewissern, dass „jede Person, die vorgibt, im Namen des Kunden zu handeln, dazu berechtigt ist, und die Identität dieser Person feststellen und überprüfen“. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat für den Nichtfinanzsektor einige Fragen beantwortet, die dazu zwischenzeitlich aufgetreten sind:

¹⁷ Regierungspräsidium Darmstadt, Newsletter 10 vom 29. April 2016, 1. Bullet, im Internet unter: <https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/content-downloads/Newsletter%20Nr.%2010%20vom%2029.%20April%202016.pdf>; zuletzt abgerufen am 18. August 2019.

¹⁸ <https://rp-darmstadt.hessen.de/sicherheit/gedw%C3%A4sche/darmst%C3%A4dter-arbeitskreis-geldw%C3%A4schepr%C3%A4vention>.

*Demnach ergibt sich die zusätzliche Identifizierungspflicht im Bereich des Nichtfinanzsektors für alle vor Ort agierenden natürlichen Personen, also Boten, gesetzliche Vertreter, rechtsgeschäftlich bestellte Vertreter und Personen, die ihre Vertretungsmacht aus ihrer Stellung als Organ einer juristischen Person oder Personengesellschaft herleiten. **Entgegen der Darstellung im Newsletter Nr. 10 sind nach Auskunft des BMF auch gesetzliche Vertreter oder Verfügungsberechtigte einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft – über die reine Erfassung nach § 4 Absatz 3 Nummer 2 GwG hinaus – vollständig anhand eines in § 4 Abs. 4 Nr. 1 GwG genannten Dokumentes, z. B. eines Personalausweises, zu identifizieren. Die Identitätsangaben sind zu dokumentieren und aufzubewahren.** Die Erleichterungen im Hinblick auf gesetzliche Vertreter oder Verfügungsberechtigte gelten i.d.R. nur für Kreditinstitute und bestimmte Zahlungsdienstleister.*

Weiterhin hat das BMF auf einen redaktionellen Fehler in der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 18/7204, Artikel 7) hingewiesen: Ausgenommen sind demnach nicht alle Personen, die Verpflichtete im Sinne des § 2 Abs. 1 GwG sind, sondern lediglich Verpflichtete, soweit es sich um Notare im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 7 GwG handelt.“¹⁹ (Hervorhebung der Passage in fett vom Autor der Stellungnahme)

Insbesondere dieses Beispiel macht deutlich, dass nicht nur Verpflichtete, sondern gerade auch zuständige Aufsichtsbehörden unter Berücksichtigung der Begründung zum Zahlungskontogesetz ein grundlegend anderes Verständnis der Auslegung des Begriffes der „auftretenden Person“ haben bzw. hatten.

Die vorstehenden Ausführungen könnten mit der für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte anwendbaren Auslegung des Begriffs durch die örtlich zuständigen Steuerberaterkammern fortgeführt werden, die übrigens die identische Position wie die WPK vertreten. Die im Umgang mit Gesetzen versierte Bundesrechtsanwaltskammer hat im November 2018 den aktualisierten „Musterentwurf für Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)“ (**Musterentwurf**) in aktualisierter Fassung vorgelegt, die im Interesse einer einheitlichen Auslegung und Anwendung von allen örtlich zuständigen Rechtsanwaltskammern angewendet werden sollen. Der Musterentwurf wurde von den örtlich zuständigen Rechtsanwaltskammern im Rahmen einer bei der Bundesrechtsanwaltskammer gebildeten Arbeitsgruppe Geldwäscheaufsicht erarbeitet und regelt unter der Überschrift „Identifizierung der für den Mandanten auftretenden Person (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 GwG) unter anderem:

„Von diesen Pflichten nicht erfasst werden die gesetzlichen Vertreter oder Verfügungsberechtigten einer juristischen Person oder Personenhandels-gesellschaft, da diese schon nach § 11 Abs. 4 Nr. 2 GwG zu identifizieren sind und sich deren Berechtigung zum Auftreten aus ihrer gesellschaftsrechtlichen Stellung ergibt.“²⁰

¹⁹ Regierungspräsidium Darmstadt, Newsletter 11 vom 26. Juni 2016, 1. Bullet, im Internet unter: <https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/content-downloads/Newsletter%20Nr.%2011%20vom%2016.%20Juni%202016.pdf>; zuletzt abgerufen am 18. August 2019.

²⁰ Bundesrechtsanwaltskammer, Musterentwurf Kapitel III., Nummer 1, Buchstabe c) Unterbuchstabe bb, S. 11 f.; im Internet unter: https://www.brak.de/w/files/newsletter_archiv/berlin/2018/2018_045anlage-1.pdf, zuletzt abgerufen am 18. August 2019.

Obwohl die Verpflichtung zur Identifizierung von auftretenden Personen bereits im Jahr 2016 eingeführt wurde, gibt es in der Praxis gerade bei Vertragspartnern der öffentlichen Hand (Bund, Ländern, Kommunen und Behörden sowie den Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts) immer wieder Unverständnis, wenn die Verpflichteten, die für die öffentliche Hand als Vertragspartner auftretende natürliche Person identifizieren wollen. Zum einen wird es von diesen auftretenden Personen abgelehnt, sich überhaupt identifizieren zu lassen, weil ja bereits der Vertragspartner identifiziert sei. Zum anderen wird ins Feld geführt, dass man als Organ der öffentlichen Hand allein „durch die Verwendung eines Dienstsiegels bereits hinreichend identifiziert wäre“.

Die Hinweise auf die geldwäscherechtliche Pflicht zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten und das der Gesetzgeber diesbezüglich eben keine Unterscheidung trifft, ob der Vertragspartner der öffentlichen Hand angehört oder nicht, wird in diesen Fällen in der Regel nicht akzeptiert. Auch scheint es vielfach ein fehlerhaftes Verständnis darüber zu geben, dass das Dienstsiegel eben keine „identifizierende“ Signalwirkung hinsichtlich der Person begründet, die das Dienstsiegel führt, sondern das Führen des Dienstsiegels vielmehr die Wirkung eines „Legitimationszeichen“ hat, also im Sinne einer Berechtigung und nicht im Sinne einer Identifizierung. Insofern wäre auch hier eine Klarstellung wünschenswert, wenigstens im Zuge der Begründung. Abgesehen davon, sei zusätzlich darauf hingewiesen, dass eine Verweigerung der Identifizierung aus Sicht des Verpflichteten eine Meldepflicht nach § 43 GwG nach sich ziehen kann.

1.4 Begriffsdefinition – „Finanzunternehmen“

Die Aufnahme einer Definition des Begriffs „Finanzunternehmen“ in § 1 Absatz 24 GwG-Neu wird dem Grundsatz nach begrüßt, wenn durch die Vermeidung von Verweisen auf andere Gesetze die Handhabbarkeit gefördert wird. Allerdings macht bereits die Gesetzesbegründung deutlich, dass die beabsichtigte Intention nicht umgesetzt wird:

„Der Begriff des Finanzunternehmens wird mit der Regelung in § 1 Absatz 24 neu definiert und vom KWG-Begriff des Finanzunternehmens losgelöst.“²¹

Die Verwendung des identischen Wortes „Finanzunternehmen“ als neuen Begriff in § 1 Absatz 24 GwG-Neu stellt keine „Loslösung“ dar und ist bereits deshalb abzulehnen.

Eine eigenständige Begriffsdefinition sollte allen voran eine Bezeichnung verwenden, die nicht bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten gesetzlich definiert ist. Im Sinne der Rechtssicherheit muss sichergestellt werden, dass keine im Wortlaut identische Bezeichnung für einen Begriff verwendet wird, die gleichzeitig in verschiedenen Gesetzes mit einer abweichenden Begriffsauslegung definiert ist. Dies gilt erst Recht unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Verpflichteten des Finanzsektors nicht nur die Begriffsdefinition des „Finanzunternehmens“ im Sinne des Geldwäschegesetzes anwenden müssen, sondern auch die Begriffsdefinition des „Finanzunternehmens“ im Sinne des § 1 Absatz 3 KWG weiterhin vollumfänglich beachten müssen.

Sofern eine eigenständige Definition für die insofern regelungsbedürftige Restgröße der Unternehmen des Finanzsektors in § 1 Absatz 24 GwG-Neu eingeführt werden soll, dann ist

²¹ BR-Drucks. 352/19, S. 72.

- a) entweder ein anderer und bisher nicht anderweitig belegter Begriff als „Finanzunternehmen“ zu verwenden
- oder
- b) die Definition in § 1 Absatz 24 GwG-Neu ist im Gleichlauf mit § 1 Absatz 3 KWG auszugestalten, gegebenenfalls durch Änderung des Kreditwesengesetzes.

Begründung:

Die gewählte Vorgehensweise wird der Stellungnahme des Bundesrates vom 31. März 2017 aus Nummer 7 nicht gerecht, die wie folgt lautet:

„7. Zu Artikel 1 (§ 2 Absatz 1 Nummer 6 GwG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, welche konkreten Tätigkeiten aus dem nichtregulierten Finanzbereich den Vorschriften zur Geldwäscheprävention unterworfen werden sollen und eine Begriffsbestimmung in das Geldwäschegesetz aufzunehmen, anhand derer Verpflichtete und Aufsichtsbehörden den Kreis der Normadressaten rechtssicher erkennen können.

Begründung:

Der Verweis auf § 1 Absatz 3 KWG führt zu keinen sinnvollen, dem Geldwäscherisiko der betreffenden Tätigkeiten angemessenen Ergebnis. So ist es beispielsweise nicht nachvollziehbar, warum reine Industrie-Holdinggesellschaften als Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 3 Nummer 1 KWG oder Leasing-Objektgesellschaften nach § 1 Absatz 3 Nummer 3 KWG als "Finanzunternehmen" den geldwäscherechtlichen Kundensorgfaltspflichten unterworfen werden: Leasing-Objektgesellschaften verwalten lediglich ein einziges Leasing-Objekt im Auftrag - und in der Regel mit dem Personal - der führenden Leasing-Gesellschaft. Industrie-Holdinggesellschaften betreiben kein operatives Geschäft, als identifizierungsfähige und -pflichtige Kunden bleiben lediglich die eigenen Tochtergesellschaften.“²²

In § 1 Absatz 24 Satz 2 GwG-Neu wird die Bezeichnung „Holdinggesellschaft“ verwendet, nicht jedoch die thematisierte „Industrie-Holdinggesellschaft“. Bereits der Wortlaut des § 1 Absatz 24 GwG-Neu lässt nicht klar erkennen, ob wie der insofern neu eingeführte Begriff der „Holdinggesellschaft“ interpretiert werden soll.

Es ist bereits unklar, ob eine „Holdinggesellschaft“ in jedem Fall ein Unternehmen im Sinne von § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu ist, deren Haupttätigkeit in dem Erwerb, Halten oder Veräußern von Beteiligungen besteht. Eine Haupttätigkeit kann unter Berücksichtigung eines diversifizierten Geschäftsmodell bereits dann gegeben sein, wenn die Ertragsanteile der jeweils anderen Geschäftstätigkeit geringer sind als die aus den gehaltenen Beteiligungen. Mit anderen Worten, eine Haupttätigkeit kann auch dann gegeben sein, wenn die Beteiligungen weniger als 50 % zum Ertrag des betreffenden Unternehmens beitragen. Berücksichtigt man diese Prämisse, dann müsste jedes Jahr aufs Neue eine Beurteilung vorgenommen werden, ob noch ein Unternehmen aufgrund von § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu vorliegt und damit der Status als Verpflichteter erfüllt ist, oder aber, ob die vom Unternehmen ausgeübte andere Geschäftstätigkeit als Haupttätigkeit gilt. Es ist ein

²² [BR-Drucks. 182/17 \(Beschluss\), S. 6.](#)

Trugschluss anzunehmen, dass die Geschäftstätigkeit eines jeden Konzernunternehmens, zum Beispiel im Sinne § 18 Abs. 1 AktG, das zweifelsohne auch eine Holdinggesellschaft darstellen könnte, immer nur auf den Erwerb, das Halten oder die Veräußerung von Beteiligungen ausgerichtet ist. Im Gegenteil, Vielfach sind in diesen Konzerngesellschaften auch die Marken- und Lizenzrechte gebündelt. Die Verwendung dieser Marken- und Lizenzrechte müssen die Beteiligungsunternehmen ebenso kostenpflichtig bezahlen, wie Dritte, die dem Konzern nicht angehören.

Die im Gesetzentwurf enthaltene Begriffsdefinition erschwert es den örtlich zuständigen Aufsichtsbehörden der Länder zusätzlich eine Feststellung dahingehend zu treffen, ob es sich um einen Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes handelt oder eben nicht. Denn allen voran müsste die örtlich zuständige Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 9 GwG zunächst Kenntnis darüber erlangen, ob die im ihrem Zuständigkeitsbereich tätige Holdinggesellschaft eine solche ist, die unter anderem auch (direkt oder indirekt) eine Beteiligung an einem Unternehmen des Kreditinstituts-, Finanzinstituts- und Versicherungssektor hält.

Der in der Gesetzesbegründung enthaltende Verweis auf das von der BaFin veröffentlichte „Rundschreiben 19/1999 - § 10 Abs. 6 KWG – Abzug von Anteilen an reinen Industrie- und Versicherungsholdings“ vom 23. Dezember 1999²³ (damals noch veröffentlicht durch die Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen – BaKred) hat eine ganz andere Stoßrichtung. Es geht letztlich um die Frage, ob Abzugsregeln zur Ermittlung der angemessenen Eigenmittel nach § 10 Absatz 6 KWG a.F. auch in Bezug auf von beaufsichtigten Kreditinstitute gehaltene Beteiligungen an „reinen Industrie- und Versicherungsholdings“ einen Abzugsposten begründen. Das Rundschreiben stellt aufgrund einer zuvor von den beaufsichtigten Instituten missverstandenen Auslegungspraxis unter Nummer 1 klar:

„Unternehmen, die keine Institute sind und deren Haupttätigkeit darin besteht, Beteiligungen zu erwerben, sind nach § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 KWG Finanzunternehmen. Diese Regelung erfaßt auch Holdinggesellschaften, die direkt nur an einem Unternehmen beteiligt sind.

Auch reine Industrie- und Versicherungsholdings sind Finanzunternehmen.“²⁴

Darüber hinaus befasst sich das Rundschreiben lediglich mit der Abgrenzung, ob eine Beteiligung an einer Industrie- und Versicherungsholding bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen von den durch die BaFin beaufsichtigten Instituten bei der Berechnung der angemessenen Eigenmittel Berücksichtigung finden muss oder nicht. Das Rundschreiben hat in keiner Form eine Beurteilung von geldwäscherechtlichen Aspekten zum Gegenstand.

Abgesehen davon, ist dem Wortlaut des § 1 Absatz 24 Satz 2 GwG-Neu keine Ausführung darüber zu entnehmen, ab welcher Beteiligungsschwelle das Ausnahmekriterium überhaupt anwendbar sein soll. Im Umkehrschluss ist bereits die Beteiligung mit einem Geschäftsanteil als Ausschlusskriterium

²³ BaFin, Rundschreiben 19/1999 - § 10 Abs. 6 KWG – Abzug von Anteilen an reinen Industrie- und Versicherungsholdings, vom 23. Dezember 1999, im Internet unter: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Rundschreiben/rs_9919_ba.html; zuletzt abgerufen am 18. August 2018.

²⁴ BaFin, Rundschreiben 19/1999 - § 10 Abs. 6 KWG – Abzug von Anteilen an reinen Industrie- und Versicherungsholdings, vom 23. Dezember 1999, im Internet unter: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Rundschreiben/rs_9919_ba.html; zuletzt abgerufen am 18. August 2018.

anzusehen. In der Gesetzesbegründung findet sich die im Verhältnis zum Referentenentwurf neue Darstellung:

„Beteiligungen an Unternehmen des Kreditinstituts-, Finanzinstituts- und Versicherungssektors ohne wesentlichen Umfang (max. 5 %) sowie operative Tätigkeiten von völlig untergeordneter Bedeutung sind insoweit unschädlich.“

Woraus der „wesentliche Umfang (max. 5 %)“ resultiert, ist nicht nachvollziehbar.

Die in der Gesetzesbegründung benannte Schwelle von „max. 5 %“ steht auch im Widerspruch zu dem in der Gesetzesbegründung angeführten Rundschreiben 19/1999 das in Nummer 3 1. Bullet regelt:

„3. Die Einstufung eines Finanzunternehmens als "reine Industrie- und Versicherungsholding" setzt voraus:

Das Unternehmen hält keine bedeutenden Beteiligungen (§ 1 Abs. 9 KWG) an einem Institut oder Finanzunternehmen (ausgenommen, dieses sei seinerseits eine "reine Industrie- und Versicherungsholding").“

Diesbezüglich sollte jedoch berücksichtigt werden, dass selbst die von der BaFin regulierten und beaufsichtigten Unternehmen erst dann dem besonderen Anzeigeverfahren nach § 2c Absatz 1 KWG in Verbindung mit der Verordnung über die Anzeigen nach § 2c des Kreditwesengesetzes und § 104 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (Inhaberkontrollverordnung – InhKontrollV) unterliegen, wenn mindestens ein Schwellenwert von 10 % – bedeutende Beteiligung nach § 1 Absatz 9 KWG – durchbrochen wird. Mit anderen Worten, allein die Holdinggesellschaft kann abschließend bewerten, ob sie als Finanzunternehmen im Sinne von § 1 Absatz 24 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu gelten oder nicht.

Somit bleibt auf Basis des Wortlauts des § 1 Absatz 24 GwG weiterhin unklar, wann eine Holdinggesellschaft vorliegt, die als Finanzunternehmen gilt und wann nicht. Dies ist aber nicht der einzige unklare Regelungsaspekt.

Ausgangspunkt für eine europarechtskonforme Begriffsbestimmung in § 1 Absatz 24 GwG-Neu muss die Regelung des Begriffs des „Finanzinstituts“ in Artikel 3 Nummer 2 der [Richtlinie \(EU\) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission \(Vierte Geldwäscherichtlinie\)](#) sein.

Der Begriff des Finanzinstituts erfasst unterschiedliche Kategorien von Unternehmen des Finanzsektors. Der Begriff des Finanzinstituts wurde durch die [Richtlinie \(EU\) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinien 2009/138/EG und 2013/36/EU \(Änderungsrichtlinie\)](#) in keiner Form geändert. Vor diesem Hintergrund muss also die Entwicklungshistorie des Begriffs berücksichtigt werden.

Mit der nationalen Umsetzung der [Richtlinie des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche \(91/308/EWG\)](#) (**Erste Geldwäscherichtlinie**) im Zuge der Erstfassung des Geldwäschegesetzes von 1993, wurde in § 1 Absatz 2 GwG a.F. eine

Definition des Begriffes des „Finanzinstituts“²⁵ im deutschen Recht eingeführt, der ausgehend von Artikel 1 Spiegelstrich 2 Erste Geldwäscherichtlinie auf der damaligen europarechtlichen Definition aus Artikel 1 Nummer 6 der [Zweiten Richtlinie vom 15. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie 77/780/EWG \(Richtlinie 89/646/EWG\)](#) aufbaute.²⁶

Das Begleitgesetz zum Gesetz zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung von bank- und wertpapieraufsichtsrechtlichen Vorschriften vom 22. Oktober 1997 führte zur Streichung des bis dahin verwendeten Begriffes des „Finanzinstituts“ aus dem Geldwäschegesetz.²⁷ Gleichzeitig wurde erstmalig der Begriff des „Finanzunternehmens“ mit folgender Begründung eingeführt:

„Der Gesetzgeber hat im Geldwäschegesetz (GwG) in der Fassung vom 25. Oktober 1993 den Begriff des „Kreditinstituts“ und des „Finanzinstituts“ in Anlehnung an das KWG eigens definiert. Durch die 6. KWG-Novelle tritt an die Stelle des Begriffs des Finanzinstituts der Begriff des Finanzunternehmens, neu eingefügt wird der Begriff des Finanzdienstleistungsinstituts, wobei einige Finanzinstitute nunmehr als Finanzdienstleistungsinstitute angesehen werden. Daher besteht im GwG Anpassungsbedarf.“

Um zu vermeiden, daß bei künftigen Novellierungen des KWG jeweils auch das Geldwäschegesetz angepaßt werden muß, wird von einer erneuten Aufzählung abgesehen und auf die Definitionen des KWG verwiesen. Dies erlaubt ein dynamisches Fortschreiben des jeweiligen Begriffes.“²⁸

In der Folge trat am 1. Januar 1998 folgende Regelung in § 1 Absatz 2 Satz 2 GwG a.F. in Kraft:

„Finanzunternehmen sind Unternehmen im Sinne des § 1 Absatz 3 des Gesetzes über das Kreditwesen.“²⁹

Das Begleitgesetz sollte den Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften ergänzen³⁰, mit dem zum 1. Januar 1998 überhaupt erst der Begriff des „Finanzunternehmens“ erstmalig in § 1 Absatz 3 KWG a.F. eingeführt wurde. Die Begründung lautet wie folgt:

„Der bisherige Begriff „Finanzinstitut“ wird zur deutlicheren Abgrenzung von den Begriffen „Kreditinstitut“ und „Finanzdienstleistungsinstitut“ durch den Begriff „Finanzunternehmen“ ersetzt. Das KWG legt den Begriff „Finanzunternehmen“ als Restgröße für Unternehmen des Finanzsektors fest, die Anknüpfungspunkt für verschiedene aufsichtsrechtliche Tatbestände ist, ohne die betreffenden Unternehmen jedoch in die Solvenzaufsicht durch das BAKred einzubeziehen. Im Zuge der Umsetzung der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie werden mehrere Unternehmen, die bisher als Finanzinstitute einzustufen waren, zu Finanzdienstleistungsinstituten.“³¹

²⁵ [BGBl. I 1993 S. 1770, 1771.](#)

²⁶ [BT-Drucks. 12/2704, S. 11.](#)

²⁷ [BT-Drucks. 13/7143, S. 36.](#)

²⁸ [BT-Drucks. 13/7143, S. 36.](#)

²⁹ [BGBl. I 1997 S. 2567, 2578.](#)

³⁰ [BT-Drucks. 13/7143, S. 16.](#)

³¹ [BT-Drucks. 13/7142, S. 67.](#)

Der Begriff des Finanzunternehmens ist insofern eine deutsche Begriffsschöpfung, die dem Zweck dient, alle Finanzinstitute im Sinne der Geldwäscherichtlinie zu erfassen, die als Unternehmen des Finanzsektors anzusehen sind und als Restgröße nicht bereits einer anderen Kategorie von Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 GwG unterliegen, wie den Kreditinstituten oder den Finanzdienstleistungsinstituten. Gleichzeitig dient dieser Begriff der Abgrenzung all jener Unternehmen des Finanzsektors die aufgrund ihrer gewerblichen Tätigkeit eben nicht der Solvenzaufsicht der BaFin unterstellt werden sollen. Konsequenterweise ist die BaFin auch nicht die für Finanzunternehmen zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne von § 50 GwG.

Stellt man den Wortlaut der seit dieser Gesetzesänderung veröffentlichten Fassungen der Geldwäscherichtlinie zum Begriff des „Finanzinstituts“ gegenüber, aus der sich die jeweilige Restgröße ergibt, werden die vom Autor unterstrichenen inhaltlichen Änderungen der hier maßgeblichen Rechtsgrundlage deutlich:

| Richtlinie 2001/97/EG Zweite Geldwäscherichtlinie | Richtlinie 2005/60/EG ³² Dritte Geldwäscherichtlinie | Richtlinie (EU) 2015/849 Vierte Geldwäscherichtlinie |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Artikel 1 Buchstabe B) Satz 1 | Artikel 3 Nummer 2 | Artikel 3 Nummer 2 Buchstabe a) |
| „Finanzinstitut“ | „Finanzinstitut“ | „Finanzinstitut“ |
| <u>1.</u> ein anderes Unternehmen als ein Kreditinstitut, <u>dessen Haupttätigkeit darin besteht,</u> eines oder mehrere der unter den Nummern 2 bis 12 und unter Nummer 14 der Liste in Anhang I der Richtlinie 2000/12/EG aufgeführten Geschäfte zu tätigen; dazu gehören auch die Tätigkeiten von Wechselstuben und Unternehmen, <u>die das Finanztransfersgeschäft betreiben,</u> | a) ein anderes Unternehmen als ein Kreditinstitut, das eines oder mehrere der unter den Nummern 2 bis 12 sowie 14 und 15 der Liste in Anhang I der Richtlinie 2006/48/EG genannten Geschäfte tätigt, einschließlich der Tätigkeiten einer Wechselstube („bureau de change“); | a) ein anderes Unternehmen als ein Kreditinstitut, das eine oder mehrere der in Anhang I Nummern 2 bis 12, 14 und 15 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (2) aufgeführten Tätigkeiten ausübt, einschließlich der Tätigkeiten von Wechselstuben (bureaux de change); |
| Artikel 1 Buchstabe B) Satz 2 | Artikel 3 Nummer 2 Buchstabe f) | Artikel 3 Nummer 2 Buchstabe f) |
| Diese Definition des Finanzinstituts schließt auch in der Gemeinschaft gelegene Zweigstellen von Finanzinstituten mit Sitz inner- oder außerhalb der Gemeinschaft ein, | in der Gemeinschaft gelegene Zweigstellen von in den Buchstaben a bis e genannten Finanzinstituten, deren Sitz sich innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft befindet; | in der Union gelegene Zweigstellen von unter den Buchstaben a bis e genannten Finanzinstituten, unabhängig davon, ob deren Sitz in einem Mitgliedstaat oder einem Drittland liegt |

³² Die Fassung berücksichtigt die Änderung von Artikel 3 Nummer 1 Buchstabe a) Dritte Geldwäscherichtlinie durch Artikel 19 Nummer 1 der [Richtlinie 2009/110/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über die Aufnahme, Ausübung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von E-Geld-Instituten, zur Änderung der Richtlinie 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 200/46/EG](#)

Das Finanztransfergeschäft wird von Kreditinstituten betrieben. Außerdem wird es von Zahlungsinstituten betrieben, die seit 31. Oktober 2009 aufgrund des Gesetzes über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten unter Aufsicht der BaFin stehen und seit diesem Tag auch als Verpflichtete des Geldwäschegesetzes in der jeweils anwendbaren Fassung geführt werden. Ebenfalls berechtigt zur Erbringung des Finanztransfergeschäfts sind die E-Geld-Institute, die vom 1. Juli 2002 bis zum 29. April 2011 als eigenständiger Institutstypus im Kreditwesengesetz erfasst waren und seit dem 30. April 2011 ebenfalls durch das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz erfasst sind. Seit diesem Tag werden sie als eigenständige Verpflichtete des Geldwäschegesetzes in der jeweils anwendbaren Fassung geführt. Die Ausgabe von E-Geld entspricht der von E-Geld-Instituten oder Kreditinstituten betriebenen Tätigkeit im Sinne von Anhang I Nummer 15 der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (**CRD IV**).

Vor diesem Hintergrund erstreckt sich der regelungsbedürftige Umfang auf jene Restgröße von Finanzinstituten, die eine oder mehrere der in Anhang I Nummern 2 bis 12 oder 14 CRD IV genannten Tätigkeiten ausüben sowie auf Wechselstuben.

Es ist ferner festzuhalten, dass die in § 1 Absatz 3 KWG aufgezählten Tätigkeiten seit der Einführung zum 1. Januar 1998 kontinuierlich angepasst wurden. Die letzte Anpassung erfolgte in § 1 Absatz 3 Nummer 3 KWG durch das Jahressteuergesetz 2009

„3. Leasing-Objektgesellschaft im Sinne des § 2 Abs. 6 Satz 1 Nr. 17 zu sein,“³³

Die Regelung selbst wurde im Rahmen der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses³⁴ eingefügt und wie folgt begründet:

„Der Leasingbegriff unter § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und mit ihm die insoweit bestehenden EG-rechtlichen Mindestvorgaben werden in den neuen Finanzdienstleistungstatbestand des § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 10 integriert. Soweit dieser über die EG-rechtlichen Mindestvorgaben aus den Bankenrichtlinien, die in erster Linie die Vorschriften über die bank- aufsichtsrechtliche Konsolidierung betreffen, hinausgeht, ist das EG-rechtlich zulässig. Die EG-rechtlichen Vorgaben sind insoweit Mindestvorgaben, über die die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Umsetzung hinausgehen können. Ein Restanwendungsbereich bleibt jedoch für § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, soweit Leasing-Objektgesellschaften in Zukunft unter die Bereichsausnahme des § 2 Abs. 6 Satz 1 Nr. 17 fallen und nicht als Finanzdienstleistungsinstitute einzustufen sein werden. Diese Restgröße wird durch die Neufassung des § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 abgedeckt.“³⁵

Vor dem Hintergrund der aufgezeichneten Entwicklung des Begriffs des „Finanzunternehmens“ sowie des seit der Dritten Geldwäscherichtlinie unveränderten Begriffs des Finanzinstituts ist nicht ersichtlich, woraus die vorgesehene neue Definition in § 1 Absatz 24 GwG-Neu inhaltlich resultiert. Soweit im Verhältnis zu § 1 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 KWG die Leasing-Objektgesellschaften aus dem Katalog der Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 24 GwG-Neu gestrichen werden sollen, ist unklar, wie

³³ [BGBl I. 2008 S. 2794.](#)

³⁴ [BT-Drucks. 16/11055, S. 104.](#)

³⁵ [BT-Drucks. 16/11108, S. 55.](#)

diese Streichung begründet wird. Weder die Vierte Geldwäscherichtlinie noch die Änderungsrichtlinie enthalten hier Abgrenzungskriterien die Leasing-Objektgesellschaften aus dem Anwendungsbereich herausnehmen würden. Folglich bestünde die Gefahr eines Vertragsverletzungsverfahrens. Außerdem ist davon auszugehen, dass auch im Rahmen der Prüfung der Effektivität der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung durch die Financial Action Task Force (FATF) eine vermeidbare Feststellung resultieren würde.

Es ergeben sich Zweifel daran, dass die vorgesehene Fassung, insbesondere die damit verbundenen Ausnahmen, mit den Vorgaben des Artikel 3 Nummer 1 Buchstabe a) Vierte Geldwäscherichtlinie vereinbar sind.

Für große Überraschung sorgt der Ansatz, dass einzelne eigentlich als Verpflichtete anzusehende Personen allein deshalb vom Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes ausgenommen werden können, weil in die Transaktion insoweit ein anderer Verpflichteter involviert ist, der seinerseits die Beachtung der geldwäscherechtlichen Vorgaben gewährleistet.

Einer der zentralen Regelungsgedanken der internationalen wie nationalen geldwäscherechtlichen Vorschriften besteht darin, dass verschiedene an einer Transaktion in Ausübung ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit beteiligte Personen jeweils individuell als Verpflichtete eingestuft werden und folglich jeder einzelne Verpflichtete die Sorgfaltspflichten im Verhältnis zu ihren Vertragspartner erfüllen müssen. Es ist gerade beabsichtigt, dass mehrere Verpflichtete ein und die gleiche Person individuell identifizieren müssen. Das klassische Beispiel ist hier der Kauf einer Immobilie am Beispiel des „Vertragspartners A“. Bereits der von Vertragspartner A einbezogene Immobilienmakler ist Verpflichteter des Geldwäschegesetzes und muss den Vertragspartner A identifizieren. Die Kette setzt sich fort beim Notar, der ebenfalls individuell den Vertragspartner A identifizieren muss. Das Gleiche gilt für das von Vertragspartner A einbezogene Kreditinstitut, über das er die Finanzierung der Immobilie vornimmt. Allein in diesem einfachen Beispiel müssen drei Verpflichtete den Vertragspartner A unabhängig voneinander identifizieren, obwohl dem gesamten Vorgang letztlich nur eine Transaktion zugrunde liegt – der Kauf der Immobilie. Alle insofern miteinander verbundenen Handlungen stellen eine Transaktion im Sinne von § 1 Absatz 5 GwG dar. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Finanzanlagevermittler, die Anlagen in bestimmte Finanzinstrumente im Verhältnis zu Finanzdienstleistungsinstituten dadurch bevorteilt werden sollen, dass sie die Kunden nicht identifizieren müssen. Ein Finanzdienstleistungsinstitut oder ein Kreditinstitut, das exakt die gleichen Finanzinstrumente an den gleichen Vertragspartner vermitteln würde, diesen Vertragspartner aber sehr wohl identifizieren müssten.

Würde man den in der Begründung angeführten Gedanken allen Verpflichteten zugänglich machen, dann würde im alltäglichen Geschäftsleben eine signifikante Reduzierung der Identifizierungsvorgänge zu verzeichnen sein. Die im BVZI vertretenen Mitglieder begründen Geschäftsbeziehungen zu Vertragspartnern, die alle über eine Geschäftsbeziehung bei einem zahlungskontoführenden Kreditinstitut unterhalten, auf dass das Zahlungs- oder E-Geld-Institut die Übertragung der zur Erbringung von Zahlungsdiensten eingezogenen Gelder vornimmt. Mit anderen Worten, ein anderer Verpflichteter hat bereits die Erfüllung des betreffenden Vertragspartners vorgenommen. Die „Doppelverpflichtung“ ist auch gängige Praxis für die Gruppe der Finanzdienstleistungsinstitute, die regelmäßig Wertpapiergeschäfte für ihre Vertragspartner vornehmen, die ihrerseits allesamt von dem Kreditinstitut identifiziert wurden, bei denen das Depotkonto und das Zahlungskonto zur Verrechnung

des Wertpapiergeschäfts geführt wird. Auch hier muss ein und derselbe Vertragspartner sowohl vom Kreditinstitut als auch vom Finanzdienstleistungsinstitut identifiziert werden.

Abschließend sollte sichergestellt werden, dass die Begriffsdefinition keine Begriffe enthält, die ihrerseits interpretationsbedürftig sind. Der Begriff der „Holdinggesellschaft“ ist kein rechtlich definierter Begriff. Sollte dieser wie vorgesehen eingeführt werden, müsste er auch im Gesetz selbst definiert werden. Das gleiche gilt für die in der Gesetzesbegründung neben der Holdinggesellschaft verwendete Begrifflichkeit der „Industrieholding“.

2 Stellungnahme im Detail

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>3 ABSCHNITT 1 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND VERPFLICHTETE</p> | |
| <p>§ 1 Begriffsbestimmungen</p> | |
| <p>(12) Politisch exponierte Person im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat. Zu den politisch exponierten Personen gehören insbesondere</p> <p>1. <u>Personen, die folgende Funktionen innehaben</u></p> <ul style="list-style-type: none"> a) Staatschefs, Regierungschefs, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission, stellvertretende Minister und Staatssekretäre, b) Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane, c) Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien, d) Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfen oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann, e) Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen, f) Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken, g) Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés, h) Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen, | <p>Die Regelungen „die folgende Funktionen innehaben“ wird dahingehend verstanden, dass die Aufzählung der öffentlichen Ämter in § 1 Absatz 12 Satz 2 Nummer 1 GwG-Neu auch unter Berücksichtigung der zu veröffentlichen Liste § 1 Absatz 12 Satz 2 Nummer 2 GwG-Neu abschließend ist. Vor diesem Hintergrund sollte das Wort „insbesondere“ vor Beginn der Aufzählung gestrichen werden.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>i) Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation.</p> <p>2. <u>Personen, die Ämter innehaben, welche in der nach Artikel 1 Nummer 13 der Richtlinie (EU) 2018/843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinien 2009/138/EG und 2013/36/EU von der Europäischen Kommission veröffentlichten Liste enthalten sind.</u></p> <p><u>Das Bundesministerium der Finanzen erstellt, aktualisiert und übermittelt der Europäischen Kommission eine Liste gemäß Artikel 1 Nummer 13 der Richtlinie 2018/843. Organisationen nach Satz 2 Nummer 1 Buchstabe i mit Sitz in Deutschland übermitteln dem Bundesministerium der Finanzen hierfür jährlich zum Jahresende eine Liste mit wichtigen öffentlichen Ämtern nach dieser Vorschrift.</u></p> | |
| <p>(24) <u>Finanzunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, dessen Haupttätigkeit darin besteht,</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>Beteiligungen zu erwerben, zu halten oder zu veräußern,</u> 2. <u>Geldforderungen mit Finanzierungsfunktion entgeltlich zu erwerben,</u> 3. <u>mit Finanzinstrumenten auf eigene Rechnung zu handeln,</u> 4. <u>Finanzanlagenvermittler nach § 34f Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung und Honorar-Finanzanlagenberater nach § 34h Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung zu sein, es sei denn, die Vermittlung oder Beratung bezieht sich ausschließlich auf Anlagen, die von Verpflichteten nach diesem Gesetz vertrieben oder emittiert werden,</u> | <p>Es wird auf die Stellungnahme in Kapitel 1.4 verwiesen.</p> <p>Die Aufnahme einer eigenständigen Definition wird zwar begrüßt. Allerdings wird die Verwendung der Bezeichnung „Finanzunternehmen“ abgelehnt. Auch lässt ein Vergleich mit der bisherigen Fassung keinen wesentlichen Unterschied erkennen, der der Intention einer von § 1 Absatz 3 KWG losgelösten und eigenständigen geldwäscherechtlichen Begriffsdefinition Rechnung tragen würde. Allein aus der europarechtlichen Vorgaben zur Begriffsbestimmung des „Finanzinstituts“ in Artikel 3 Nummer 2 Buchstabe a) der Vierten Geldwäscherichtlinie resultiert aus dem Verweis auf den Anhang I Nummern 2 bis 12, 14 und 15 CRD IV (Richtlinie 2013/36/EU) die nicht trennbare Verknüpfung</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>5. <u>Unternehmen über die Kapitalstruktur, die industrielle Strategie und die damit verbundenen Fragen zu beraten sowie bei Zusammenschlüssen und Übernahmen diese Unternehmen zu beraten und ihnen Dienstleistungen anzubieten oder</u></p> <p>6. <u>Darlehen zwischen Kreditinstituten zu vermitteln (Geldmaklergeschäfte).</u></p> <p><u> Holdinggesellschaften, die ausschließlich Beteiligungen an Unternehmen außerhalb des Kreditinstituts-, Finanzinstituts- und Versicherungssektors halten und die nicht über die mit der Verwaltung des Beteiligungsbesitzes verbundenen Aufgaben hinaus unternehmerisch tätig sind, sind keine Finanzunternehmen im Sinne dieses Gesetzes.</u></p> | <p>der geldwäscherechtlichen Anforderungen mit den im Kreditwesengesetz verwendeten Begriffen.</p> <p>Die beabsichtigte Definition führt zur Rechtsunsicherheit für alle Verpflichteten, die gleichzeitig unter der Aufsicht der BaFin nach dem Gesetz über das Kreditwesen stehen und die insofern dann nicht mehr deckungsgleiche Begriffsdefinition des § 1 Absatz 3 KWG beachten müssen.</p> <p>Gleichzeitig wirft der vorliegende Regelungstext neue Abgrenzungsfragen auf, die weder mit der vorliegenden Gesetzesbegründung beantwortet werden, noch durch entsprechende Anwendung der Gesetzesbegründung beantwortet werden können (siehe Ausführungen zum Schwellenwert von 5 % in Kapitel 1.4).</p> <p>Sollte der Gesetzesentwurf unverändert beibehalten werden, dann wäre § 1 Absatz 3 KWG im Gleichlauf anzupassen.</p> <p>Ferner würde aus der in § 1 Absatz 24 GwG-Neu vorgesehenen Regelung und der zugrundeliegenden Gesetzesbegründung für Finanzanlagevermittler eine Durchbrechung des bisherigen Prinzips zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten, durch alle an einer Transaktion beteiligten gewerblich oder beruflich tätigen Personen resultieren. Gleichzeitig wird eine Ungleichbehandlung der Verpflichteten geschaffen. Diese besteht darin, dass die Finanzdienstleistungsinstitute und Kreditinstitute, die exakt die gleichen Transaktionen mit den betreffenden Finanzinstrumenten gegenüber Vertragspartnern durchführen, auch weiterhin eine Erfüllung der Sorgfaltspflichten vornehmen müssen.</p> <p>Die aktuell in § 2 Absatz 6 GwG-Neu vorgesehene Abgrenzung von Personen, die ihrerseits bereits einer anderen Kategorie von Verpflichteten angehören, sollte unmittelbar in der Definition des Begriffes in § 1 Absatz 24 GwG-Neu verortet werden. Erst dadurch wird eine eindeutige Begriffsdefinition erreicht. Es wird deshalb folgende Anpassung vorgeschlagen:</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p><i>Finanzunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das nicht bereits nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 5, 7, 9, 10, 12 oder 13 als Verpflichteter gilt, und dessen Haupttätigkeit darin besteht,</i></p> |
| <p><u>(25) Mutterunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, dem mindestens ein anderes Unternehmen nach Absatz 16 Nummer 2 bis 4 nachgeordnet ist, und dem kein anderes Unternehmen übergeordnet ist.</u></p> | <p>Die vorliegende Definition des Mutterunternehmens wird abgelehnt.</p> <p>Allein aus dem Umstand einer Beteiligung an einem anderen Unternehmen kann keine Kontrolle über dieses andere Unternehmen abgeleitet werden. Die Kontrolle ist aber gesellschaftsrechtlich von entscheidender Bedeutung dafür, dass ein Gesellschafter im Verhältnis zu allen übrigen Gesellschaftern Vorgaben gegenüber dem nachgeordneten Unternehmen treffen kann. Gleichzeitig würde die vorliegende Begriffsbestimmung dazu führen, dass mehrere Mutterunternehmen nebeneinander bestehen können, beispielsweise weil drei Gesellschafter die Anteile an dem nachgeordneten Unternehmen zu je gleichen Teilen halten und den Gesellschaftern dabei selbst jeweils kein weiteres Unternehmen übergeordnet ist.</p> <p>Artikel 2 Nummer 9 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (Bilanz-Richtlinie) definiert den Begriff „Mutterunternehmen“ europaweit einheitlich für alle zur Bilanzierung verpflichteten Personen wie folgt:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Mutterunternehmen“ ein Unternehmen, das ein oder mehrere Tochterunternehmen kontrolliert</i></p> <p>Diese damit europaweit einheitliche Begriffsbestimmung der Bezeichnung „Mutterunternehmen“ ist unabhängig vom Geldwäschegesetz allen gewerblich</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>tätigen Personen geläufig, somit auch auf die Verpflichteten im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG.</p> <p>Der Begriff des Mutterunternehmens wird von den Verkehrskreisen in der nationalen Definition im Sinne von § 290 des Handelsgesetzbuches (HGB) verstanden. Die Regelung setzt das sogenannte Control-Konzept um und stellt darauf ab, dass das Mutterunternehmen die rechtliche Möglichkeit hat, ein Unternehmen zu beherrschen. Dies ist der Fall, wenn dem Mutterunternehmen eines der in § 290 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 HGB bezeichneten Rechte zukommt. (BT-Drucks. 16/10067, S. 78)</p> <p>Daraus folgt, dass nicht jedes übergeordnete Unternehmen zwingend auch das Mutterunternehmen sein muss. Bereits deshalb sollte die Definition der HGB-rechtlichen Interpretation folgen.</p> <p>Weiterhin wird zu bedenken geben, dass im Zuge der Begründung des § 1 Absatz 24 GwG-Neu die Unternehmen ausgenommen werden sollten, die als Industrieholding gelten sollen. Gleichwohl würde die vorliegende Definition dazu führen, dass die Industrieholding faktisch wieder in den Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes gezogen werden würde. Es wäre mithin die Aufgabe der als Mutterunternehmen angesehenen Industrieholding gruppenweit einheitliche Sicherungsmaßnahmen gemäß § 6 Absatz 1 und 2 GwG festzulegen und sicherzustellen, dass diese auch eingehalten werden. Allerdings wird man hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit die Frage stellen müssen, welche Fach- und Sachkompetenz in diesem sonst vom Geldwäschegesetz ausgenommenen Mutterunternehmen vorhanden sein sollte, wo es gar nicht selbst als Verpflichteter gilt.</p> <p>Wenn jedoch eine eigenständige Definition von „Mutterunternehmen“ im Sinne des Geldwäschegesetzes erfolgen soll, dann sollte unter Berücksichtigung der sachlichen und fachlichen Erwägungen auf das Unternehmen als Mutterunternehmen abgestellt werden, dass seinerseits Verpflichteter ist und</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>dem kein anderes Unternehmen übergeordnet ist, das als Verpflichteter im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG zu klassifizieren ist.</p> <p>Folgende Formulierung wird für § 1 Absatz 25 GwG-Neu vorgeschlagen:</p> <p><i>Mutterunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das selbst Verpflichteter nach § 2 Absatz 1 ist, dem mindestens ein anderes Unternehmen nach Absatz 16 Nummer 2 bis 4 nachgeordnet ist, und dem kein anderes Unternehmen übergeordnet ist, das seinerseits Verpflichteter nach § 2 Absatz 1 ist.</i></p> |
| <p>§ 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung, Versicherungstätigkeit</p> | |
| <p>(1) Verpflichtete im Sinne dieses Gesetzes sind, soweit sie in Ausübung ihres Gewerbes oder Berufs handeln,</p> <p>...</p> <p>4. Agenten nach § 1 Absatz 79 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und E-Geld- Agenten nach § 1a Absatz 610 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes sowie diejenigen Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland über Agenten nach § 1 Absatz 9 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und über E-Geld-Agenten nach § 1 Absatz 10 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes niedergelassen sind,</p> | <p>Die Erweiterung ist zu streichen, weil es einer solchen Erweiterung nicht bedarf.</p> <p>Agenten nach § 1 Absatz 9 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und E-Geld- Agenten nach § 1a Absatz 10 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes sowie diejenigen Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland über Agenten nach § 1 Absatz 9 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und über E-Geld-Agenten nach § 1 Absatz 10 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes niedergelassen sind,</p> <p>Die im Gesetzentwurf enthaltene Begründung entspricht nicht dem Regelungsgehalt des § 39 Absatz 2, 3, 6 und 7 ZAG, mit dem die europaweit harmonisierte Praxis zur Inanspruchnahme eines sogenannten EU-Passes nach den Artikeln 28 – 30 der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (PSD2) im nationalen Recht umgesetzt wurde. Es dürfen nur solche Agenten in Deutschland für ein Institut mit Sitz in einem Mitgliedstaat tätig werden, die im Vorfeld gegenüber der Heimatlandaufsicht des Instituts sowie der BaFin</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>angezeigt wurden. Die BaFin kann ihrerseits die Aufsichtsbehörde des Heimatlandes über etwaige ihr bekannte Mängel im Zusammenhang mit dem betreffenden Agenten informieren. Das schließt auch Mängel bei der Umsetzung von geldwäscherechtlichen Regelungen mit ein.</p> <p>Außerdem kommt hinzu, dass nach § 2 Absatz 1 Nummer 4 GwG bereits alle im Inland ansässigen Agenten erfasst sind, unabhängig davon, ob diese für ein Zahlungs- oder E-Geld-Institut mit Sitz in Deutschland oder ein solches mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat tätig werden.</p> <p>§ 2 Absatz 1 Nummer 4 GwG stellt auf die Eigenschaft als „Agent im Sinne von § 1 Absatz 9 ZAG“ und nicht auf den Sitz des Zahlungsinstituts oder E-Geld-Instituts ab, für das der Agent tätig wird. Alle im Inland ansässigen Agenten und E-Geld-Agenten stehen nach § 50 Nummer 1 Buchstabe g) GwG unter der Aufsicht der BaFin. Mithin kann die BaFin direkt und eigenständig gegen die Agenten und E-Geld-Agenten vorgehen und ihre Aufsichtsfunktion ausüben. Diese Möglichkeit besteht somit vollkommen unabhängig von der Fragestellung, für welches Zahlungs- oder E-Geld-Institut der Agent tätig ist.</p> <p>Gerade weil jeder im Inland ansässige Agent oder E-Geld-Agent seinerseits Verpflichteter ist, ist es folglich auch dessen Obliegenheit jeden sich ergebenden Verdacht gemäß § 43 Absatz 1 GwG gegenüber der FIU zu melden. Diese gesetzliche Verpflichtung besteht seit dem 1. März 2011, als die Agenten und E-Geld-Agenten als Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 2b GwG a.F. in den Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes aufgenommen wurden.</p> <p>Soweit die Gesetzesbegründung anführt, dass es zweckmäßig wäre die Verdachtsmeldungen von Agenten und E-Geld-Agenten mit Inlandsbezug unmittelbar zu erhalten, kann diese Begründung angesichts der bestehenden Rechtslage nicht nachvollzogen werden.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Aufgrund der EU-Pass Regelungen kann die BaFin sowohl gegenüber dem betreffenden Zahlungs- oder E-Geld-Institut als auch gegenüber dem Agenten oder E-Geld-Agenten direkt aufsichtsrechtlich tätig werden.</p> |
| <p>(6) Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 3 des Kreditwesengesetzes, die nicht unter Nummer 1 oder Nummer 4 fallen und deren Haupttätigkeit einer der in § 1 Absatz 3 Satz 1 des Kreditwesengesetzes genannten Haupttätigkeiten oder einer Haupttätigkeit eines durch Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 3 Satz 2 des Kreditwesengesetzes bezeichneten Unternehmens entspricht, und sowie im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen solcher Unternehmen von Finanzunternehmen mit Sitz im Ausland, soweit sie nicht bereits von ein der Nummer 1 bis 5, 7, 9, 10, 12 oder 13 erfasst sind,</p> | <p>Es wird auf die Stellungnahme in Kapitel 1.4 verwiesen.</p> <p>Beginnend mit dem Wort „soweit“ erfolgt ein weiterer Verweis auf die anderen Verpflichteten im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG. Dieser weitere Verweis stellt eine materielle Abgrenzung dar, die ihrerseits Gegenstand der Begriffsbestimmung des „Finanzunternehmens“ sein müsste und deshalb in § 1 Absatz 24 GwG-Neu integriert werden sollte und hier zu streichen wäre.</p> <p>Die Regelung sollte wie folgt gefasst werden:</p> <p><i>„Finanzunternehmen sowie im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von Finanzunternehmen mit Sitz im Ausland, soweit sie nicht bereits von ein der Nummer 1 bis 5, 7, 9, 10, 12 oder 13 erfasst sind,</i></p> |
| <p>§ 3 Wirtschaftlich Berechtigter</p> | |
| <p>(2) Bei juristischen Personen außer rechtsfähigen Stiftungen und bei sonstigen Gesellschaften, die nicht an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 11 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind und keinen dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, zählt zu den wirtschaftlich Berechtigten jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile hält, 2. mehr als 25 Prozent der Stimmrechte kontrolliert oder | <p>Im Gesetzestext sollte eine Klarstellung erfolgen, dass es nur eine natürliche Person im Sinne des Geldwäschegesetzes gibt, die als „fiktiver wirtschaftlich Berechtigter“ gilt, wenn nach Durchführung umfassender Prüfung kein wirtschaftlich Berechtigter ermittelt werden kann.</p> <p>Der Wortlaut des Gesetzes sowie die bisherige Gesetzesbegründung lassen sowohl die Interpretation zu, dass hier von einer einzelnen Person ausgegangen wurde, als auch die Interpretation, dass mehrere Personen als fiktiver wirtschaftlich Berechtigter gelten. Soweit im Gesetzestext pauschal jeweils auf „der“ abgestellt wird, wären grundsätzlich alle Personen zu erfassen, die gesetzlicher Vertreter, geschäftsführender Gesellschafter oder Partner des Vertragspartners sind.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>3. auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt.</p> <p>Mittelbare Kontrolle liegt insbesondere vor, wenn entsprechende Anteile von einer oder mehreren Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 gehalten werden, die von einer natürlichen Person kontrolliert werden. Kontrolle liegt insbesondere vor, wenn die natürliche Person unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf die Vereinigung nach § 20 Absatz 1 ausüben kann. Für das Bestehen eines beherrschenden Einflusses gilt § 290 Absatz 2 bis 4 des Handelsgesetzbuchs entsprechend. Wenn auch nach Durchführung umfassender Prüfungen und, ohne dass Tatsachen nach § 43 Absatz 1 vorliegen, keine natürliche Person ermittelt worden ist oder wenn Zweifel daran bestehen, dass die ermittelte Person von der meldepflichtigen Vereinigung nach § 20 Absatz 1 kein wirtschaftlich Berechtigter istnach Absatz 1 oder nach Satz 1 bis 4 ermittelt werden kann, gilt als wirtschaftlich Berechtigter der gesetzliche Vertreter, der geschäftsführende Gesellschafter oder der Partner des Vertragspartners.</p> | |
| <p>4 ABSCHNITT 2 RISIKOMANAGEMENT</p> | |
| <p>§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht</p> | |
| <p>(1) Vom Verpflichteten aufzuzeichnen und aufzubewahren sind</p> <p>1. die im Rahmen der Erfüllung der Sorgfaltspflichten erhobenen Angaben und eingeholten Informationen</p> <p>a) über die Vertragspartner, <u>die Vertragsparteien des vermittelten Rechtsgeschäfts nach § 11 Absatz 2 und</u>, gegebenenfalls über die für die Vertragspartner <u>oder die</u></p> | <p>Die Regelung zu § 8 Absatz 1 Satz 3 GwG ist wie folgt anzupassen:</p> <p>Bei Personen, die nach § 3 Absatz 2 Satz 5 als wirtschaftlich Berechtigte gelten, sind zudem die Maßnahmen zur Überprüfung der Identität nach § 11 Absatz 5 und etwaige Schwierigkeiten, die während des Überprüfungsvorgangs aufgetreten sind, aufzuzeichnen.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><u>Vertragsparteien des vermittelten Rechtsgeschäfts</u> auftretenden Personen und wirtschaftlich Berechtigten,</p> <p>b) über Geschäftsbeziehungen und Transaktionen, insbesondere Transaktionsbelege, soweit sie für die Untersuchung von Transaktionen erforderlich sein können,</p> <p>2. hinreichende Informationen über die Durchführung und über die Ergebnisse der Risikobewertung nach § 10 Absatz 2, § 14 Absatz 1 und § 15 Absatz 2 und über die Angemessenheit der auf Grundlage dieser Ergebnisse ergriffenen Maßnahmen,</p> <p>3. die Ergebnisse der Untersuchung nach § 15 Absatz 5 Nummer 1 und</p> <p>4. die Erwägungsgründe und eine nachvollziehbare Begründung des Bewertungsergebnisses eines Sachverhalts hinsichtlich der Meldepflicht nach § 43 Absatz 1.</p> <p>Die Aufzeichnungen nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a schließen Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten bei juristischen Personen im Sinne von § 3 Absatz 2 Satz 1 ein.</p> <p><u>Bei Personen, die nach § 3 Absatz 2 Satz 5 als wirtschaftlich Berechtigte gelten, sind zudem die Maßnahmen zur Überprüfung der Identität nach § 11 Absatz 5 und etwaige Schwierigkeiten, die während des Überprüfungsvorgangs aufgetreten sind, aufzuzeichnen.</u></p> | <p>Soweit die Maßnahmen zur Überprüfung der Identität aufgezeichnet werden müssen, dann ist die wertungsfrei und betrifft alle Prozessschritte. Es kommt dabei nicht darauf an, ob die Überprüfung bei einem Vertragspartner im Verhältnis zu einem anderen Vertragspartner aufwendiger war oder etwa einen Hinweis auf die Mithilfeverpflichtung nach § 11 Absatz 5 GwG erforderlich gemacht hatte.</p> <p>Wenn der Gesetzgeber wiedererwartend an der Formulierung „und etwaige Schwierigkeiten“ festhalten sollte, dann würde das im Umkehrschluss eine Abgrenzung bedeuten. Denn weil alle „unproblematisch“ durchführbaren Maßnahmen zur Überprüfung der Identität nicht vom Gesetzeswortlaut erfasst sind, wären diese auch nicht aufzuzeichnen.</p> <p>Als weiterer Grund für die Streichung kommt hinzu, dass weder dem Gesetzeswortlaut noch der Gesetzesbegründung zu entnehmen ist, wie der rein subjektive Tatbestand „etwaige Schwierigkeiten“ von den Verpflichteten ausgelegt werden sollte. Ein Verpflichteter der regelmäßig eine Geschäftsbeziehung mit einem international aufgestellten Vertragspartnern eingeht, dem wird es einfacher fallen, die weltweiten Quellen für eine Überprüfung der Identität anzuwenden, weil es zu dessen Tagesgeschäft gehört, als ein Verpflichteter, der erstmalig einen solchen Vertragspartner anbindet. Subjektiv mag des dem zweiten Verpflichteten „schwierig“ vorgekommen sein, die Identität des wirtschaftlich Berechtigten zu überprüfen. Wobei die Schwierigkeit in diesem Fall wohl nicht beim Vertragspartner lag und in seiner Absicht etwas zu verbergen, sondern vielmehr in den insofern nicht ausgebildeten internen Abläufen des Verpflichteten.</p> |
| <p>(2) Zur Erfüllung der Pflicht nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a sind in den Fällen des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 auch die Art, die Nummer und die Behörde, die das zur Überprüfung der Identität vorgelegte Dokument ausgestellt hat, aufzuzeichnen. Soweit zur Überprüfung der Identität einer natürlichen Person Dokumente nach</p> | <p>Aufgrund der Neufassung von § 8 Absatz 2 Satz 2 GwG wurde nach Auffassung des BVZI versehentlich auch das Wort „vollständig“ gestrichen. Die Streichung des Wortes „vollständig“ wird im Sinne der Rechtssicherheit abgelehnt.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>§ 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, <u>4</u> oder <u>45</u> vorgelegt oder zur Überprüfung der Identität einer juristischen Person Unterlagen nach § 12 Absatz 2 vorgelegt oder soweit Dokumente, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 12 Absatz 3 bestimmt sind, vorgelegt oder herangezogen werden, haben die Verpflichteten das Recht und die Pflicht, vollständige–Kopien dieser Dokumente oder Unterlagen anzufertigen oder sie vollständig optisch digitalisiert zu erfassen <u>oder, bei einem Vor-Ort-Auslesen nach § 18a des Personalausweisgesetzes, nach § 78 Absatz 5 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes oder § 13 des eID-Karte-Gesetzes, das dienste- und kartenspezifische Kennzeichen sowie die Tatsache aufzuzeichnen, dass die Daten im Wege des Vor-Ort-Auslesens übernommen wurden.</u> Diese gelten als Aufzeichnung im Sinne des Satzes 1. <u>Die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a umfasst auch die zur Erfüllung geldwäscherechtlicher Sorgfaltspflichten angefertigten Aufzeichnungen von Video- und Tonaufnahmen.</u> Wird nach § 11 Absatz 3 Satz 1 von einer erneuten Identifizierung abgesehen, so sind der Name des zu Identifizierenden und der Umstand, dass er bei früherer Gelegenheit identifiziert worden ist, aufzuzeichnen. Im Fall des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist anstelle der Art, der Nummer und der Behörde, die das zur Überprüfung der Identität vorgelegte Dokument ausgestellt hat, das dienste- und kartenspezifische Kennzeichen und die Tatsache, dass die Prüfung anhand eines elektronischen Identitätsnachweises erfolgt ist, aufzuzeichnen. Bei der Überprüfung der Identität anhand einer qualifizierten Signatur nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 ist auch deren Validierung aufzuzeichnen. Bei Einholung von Angaben und Informationen durch Einsichtnahme in elektronisch geführte Register oder Verzeichnisse gemäß § 12 Absatz 2 gilt die Anfertigung eines Ausdrucks als Aufzeichnung der darin enthaltenen Angaben oder Informationen.</p> | <p>Das Wort „vollständig“ wurde überhaupt erst im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes mit Wirkung zum 26. Juni 2017 eingeführt. Damit wurde aus Sicht der Verpflichteten die lange Jahre bestehende konkurrierende Rechtslage zwischen Geldwäschegesetz und Bundesdatenschutzgesetz beendet. Das Wort „vollständig“ sorgte für die entscheidende Klarstellung, dass auf einer Kopie des amtlichen Ausweises keine Schwärzung von Lichtbild, Card Access Number, Augenfarbe, Körpergröße und anderer je nach Ausweisart und Herkunftsland des amtlichen Ausweises enthaltenden personenbezogenen Daten erfolgen muss, weil diese nicht von § 11 Absatz 4 GwG als aufzeichnungspflichtig erfasst sind.</p> <p>Um diese konkurrierende Rechtslage nicht erneut zu eröffnen und in der Folge eine erneute Anpassung der etablierten Aufzeichnungsaktivitäten und Prozesse bei den Verpflichteten zu verursachen, ist das Wort „vollständig“ unverändert im Regelungstext beizubehalten.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>(4) Die Aufzeichnungen und sonstige Belege nach den Absätzen 1 bis 3 sind fünf Jahre aufzubewahren und danach unverzüglich, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen über die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten eine längere Frist vorsehen zu vernichten. Andere gesetzliche Bestimmungen über Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt. In jedem Fall sind die Aufzeichnungen und sonstigen Belege spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu vernichten. Die Aufbewahrungsfrist im Fall des § 10 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Geschäftsbeziehung endet. In den übrigen Fällen beginnt sie mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die jeweilige Angabe festgestellt worden ist.</p> | <p>Die Verlängerung der Aufbewahrungsfrist von bisher fünf Jahre auf bis zu zehn Jahre wird ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Gleichzeitig ist die Regelung des § 8 Absatz 4 GwG-Neu wie bereits die bestehende Regelung unzureichend, um die praxisrelevanten Konstellationen zu erfassen. Die Folge ist die Verpflichtung zur Vernichtung von personenbezogenen Daten und die Notwendigkeit zur erneuten Durchführung der Sorgfaltspflichten außerhalb der Begründung einer Geschäftsbeziehung. Der Umfang der vorgesehenen Anpassung ist sogar in mancher Hinsicht nachteilig.</p> <p>Die vorgesehene Anpassung von § 8 Absatz 4 Satz 1 GwG-Neu stellt im Zuge der Streichung der Pflicht zur Vernichtung der Aufzeichnungen nach fünf Jahren nachhaltig auf die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten anderer gesetzlicher Bestimmungen ab. Die diesbezügliche Gesetzesbegründung zur Flexibilisierung ist nur teilweise richtig.</p> <p>Zum einen wird verkannt, dass andere Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten etwa nach dem HGB nicht in jeder Hinsicht mit denen des Geldwäschegesetzes korrespondieren. Mit anderen Worten, es ist nicht sichergestellt, dass ein vollständiger Transaktionsdatensatz im Sinne des Geldwäschegesetzes erhalten bleibt, weil die andere gesetzliche Bestimmung eben nur auf Teilelemente des Transaktionsdatensatzes abstellt. Die folgende undifferenzierte Aussage in der Gesetzesbegründung ist zudem falsch:</p> <p style="padding-left: 40px;">„Dagegen sind beispielsweise Kopien von Identifikationsdokumenten gemäß § 8 Absatz 4 nach fünf Jahren zu löschen.“</p> <p>Richtig ist, dass Kopien von Identifikationsdokumenten, die im Zusammenhang mit der Begründung der Geschäftsbeziehung ausgezeichnet wurden, nach § 8 Absatz 4 Satz 3 GwG-Neu erst fünf Jahre nach Ende des Geschäftsjahres gelöscht werden dürfen, in dem die Geschäftsbeziehung beendet wurde. Insofern sollte dieser irreführende Satz aus der Gesetzesbegründung gestrichen werden.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Zum anderen wird verkannt, dass einzelne Daten aufgrund anderer Gesetze zwar noch von dem Verpflichteten aufgrund einer längeren Aufbewahrungsfrist vorhanden sein können, aber diese einzelnen Daten eben gerade nicht mehr für die Zwecke der Erfüllung von geldwäscherechtlichen Pflichten herangezogen werden dürfen. Der Gesetzgeber stellt mit der Einführung von § 11a GwG-Neu deutlich klar, dass die Verpflichteten einer engen Zweckbindung hinsichtlich der für Zwecke des Geldwäschegesetzes erlangten personenbezogene Daten unterliegen und eine Verarbeitung ausschließlich für Zwecke der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erfolgen darf. Diese Klarstellung gilt entsprechend für die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten nach den anderen Gesetzen. Selbst wenn also einzelne Transaktionsdaten aufgrund der Anforderungen des HGB beim Verpflichteten noch vorhanden sind und er diese für zehn Jahre aufbewahrt, so liegt hier die enge Zweckbindung in der Erfüllung der Pflichten des HGB und eben nicht mehr in der Erfüllung von geldwäscherechtlicher Regelungen. Folglich führt die vorliegende Anpassung lediglich dazu, dass die betreffenden Daten aus geldwäscherechtlicher Sicht nicht unmittelbar nach fünf Jahren vernichtet werden müssen. Allerdings wird damit nicht erreicht, dass die Daten auch nach Ablauf von fünf Jahren noch einer geldwäscherechtlichen Auswertung zugänglich sind. Mithin würde deren weitere Verwendung nach Ablauf von fünf Jahren für Zwecke der Abwehr von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gegen die von den Verpflichteten zu beachtenden datenschutzrechtlichen Pflichten verstoßen.</p> <p>Der neu eingefügte § 8 Absatz 4 Satz 2 GwG-Neu ist vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen gänzlich obsolet. Nach § 8 Absatz 4 Satz 1 GwG-Neu endet die Frist für eine verpflichtende die Aufbewahrung weiterhin nach fünf Jahren. Dabei müssen § 8 Absatz 4 Satz 3 und 4 GwG-Neu zur Bestimmung des Zeitpunkts ab dem die Frist beginnt beachten werden. Soweit der Verpflichtete einzelne Daten weiterhin aufbewahrt, so ist er dazu nur dann berechtigt, wenn eine andere gesetzliche Regelung dies erlaubt, etwa nach dem HGB. Die andere gesetzliche Regelung hat aber ihrerseits geregelt, wann die betreffende</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Aufbewahrungspflicht endet. Folglich bedarf es der vorgesehenen Regelung des § 8 Absatz 4 Satz 2 GwG-Neu nicht. Diesbezüglich ist außerdem festzuhalten, dass der letzte Absatz der Gesetzesbegründung mit Hinweis auf die 30jährige Aufbewahrungsfrist nach § 45 Absatz 2 des Kulturschutzgesetzes ebenfalls aus der Gesetzesbegründung gestrichen werden sollte, weil diese Begründung aus den zuvor ausgeführten Gründen im Kontext der Aufbewahrungspflichten des Geldwäschegesetzes fehlerhaft ist. Außerdem wurde eine derartige Begründung entschieden der Verpflichtung aus § 8 Absatz 4 Satz 2 GwG-Neu widersprechen, wonach sämtliche Aufzeichnungen die zur Erfüllung des Geldwäschegesetzes getätigt wurden, eben zum Ablauf von zehn Jahren gelöscht werden müssen.</p> <p>Wie bereits wiederholt in zahlreichen Stellungnahmen von Verbänden der Verpflichteten und Verpflichteten selbst vorgetragen wurden, ist die aktuelle Fassung des § 8 Absatz 4 GwG vollständig überarbeitungsbedürftig. Daran ändert, wie dargelegt, auch der bisherige Gesetzesentwurf zu § 8 Absatz 4 GwG-Neu nichts.</p> <p>Allen voran, erlaubt die Fassung von § 8 Absatz 4 Satz 2 GwG (künftig § 8 Absatz 4 Satz 3 GwG-Neu) keine rechtskonforme Erfüllung der Aufbewahrungspflichten, soweit weiterhin ausschließlich den „Fall des § 10 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1“ als relevantes Kriterium für die Aufbewahrung von Dokumenten, Daten und Informationen, die zu jenem Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Begründung der Geschäftsbeziehung erhoben wurden, abgestellt wird. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass gemäß § 10 Absatz 3 Satz 3 GwG während einer laufenden Geschäftsbeziehung gegebenenfalls eine erneute Erfüllung der Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Vertragspartner erforderlich ist. Dieser Vorgang fällt unter Beachtung der aktuellen Regelung unter die Kategorie der „übrigen Fälle“ im Sinne von § 8 Absatz 4 Satz 3 GwG (künftig § 8 Absatz 4 Satz 4 GwG-Neu). Das hat zur Folge, dass eben jene Dokumenten, Daten und Informationen, die während der laufenden Geschäftsbeziehung vom Vertragspartner neu erhoben wurden, von der Sache her nach fünf Jahren gelöscht werden müssen und man auf veraltete Dokumente, Daten und Informationen „zurückfällt“, die eben fünf Jahre</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>nach Ende der Geschäftsbeziehung aufbewahrt werden müssen. Das gilt in entsprechender Art und Weise für jede auftretende Person, die für den Vertragspartner auftritt. Nach geltender Rechtslage, und so auch nach künftiger Rechtslage, müssten die Dokumente, Daten und Informationen zur auftretenden Person, die während einer bereits bestehenden Geschäftsbeziehung aufgezeichnet wurden, nach Ablauf von fünf Jahren gelöscht werden. Dabei wäre die Löschung unabhängig davon, ob die auftretende Person auch weiterhin den Vertragspartner vertritt. Für wirtschaftlich Berechtigte lässt sich das Gleiche festhalten. Die Folge für jeden Verpflichteten wäre, dass er alle fünf Jahre eine erneute Erfüllung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf auftretende Personen und wirtschaftlich Berechtigte vornehmen muss, die nicht bereits zum Zeitpunkt der Begründung der Geschäftsbeziehung Gegenstand der Erfüllung von Sorgfaltspflichten waren.</p> <p>Das kann nicht im Sinne der Zielsetzung des Geldwäschegesetzes sein und bedarf einer ausdifferenzierten Überarbeitung. In der Gesamtschau ist es von besonderem Belang, dass die Norm des § 8 Absatz 4 GwG-Neu unter Berücksichtigung aller praxisrelevanten Hinweise ausgestaltet wird, um etwaige Lücken zu verhindern und unnötige Mehrbelastungen für alle betroffenen Personen zu verhindern.</p> |
| <p>§ 9 Gruppenweite Einhaltung von Pflichten</p> | |
| <p>(1) Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, haben eine Risikoanalyse für alle gruppenangehörigen Unternehmen, Zweigstellen, und Zweigniederlassungen, und gruppenangehörigen Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4, die geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen, durchzuführen. Auf Grundlage dieser Risikoanalyse haben sie gruppenweit folgende Maßnahmen zu ergreifen:</p> | <p>Es wird auf die Stellungnahme zu § 1 Absatz 25 GwG-Neu verwiesen.</p> <p>Die vorliegenden Änderungen sind fehlerhaft und nicht geeignet, das vom Gesetzgeber beabsichtigte Ziel zu erreichen.</p> <p>Soweit das Mutterunternehmen im Inland ansässig ist, sind die Regelungen des deutschen Geldwäschegesetzes anwendbar. Unklar bleibt indes, wie es sich mit solchen Mutterunternehmen verhält, die ihren Sitz im Ausland haben und deren Töchter in Deutschland ihren Sitz haben. Die Durchsetzung der Anforderungen</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>1. gruppenweit einheitliche interne Sicherungsmaßnahmen gemäß § 6 Absatz 1 und 2 <u>die Einrichtung von einheitlichen internen Sicherungsmaßnahmen nach § 6 Absatz 2,</u></p> <p>2. die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten, der für die Erstellung einer gruppenweiten Strategie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie für die Koordinierung und Überwachung ihrer Umsetzung zuständig ist,</p> <p>3. <u>die Schaffung von</u> Verfahren für den Informationsaustausch innerhalb der Gruppe zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sowie</p> <p>4. <u>die Schaffung von</u> Vorkehrungen zum Schutz von personenbezogenen Daten.</p> <p>Sie haben sicherzustellen, dass die Pflichten und Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 von ihren nachgeordneten Unternehmen, von ihnen getroffenen Maßnahmen nach Satz 2 Nummer 1, 3 und 4 von ihren Zweigstellen, oder Zweigniederlassungen, und <u>gruppenangehörigen Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4</u> soweit diese geldwäscherechtlichen Pflichten <u>dem beherrschenden Einfluss des Mutterunternehmens</u> unterliegen, wirksam umgesetzt werden.</p> | <p>des § 9 GwG-Neu gegenüber in einem anderen Staat ansässigen Mutterunternehmen wird nicht ohne Weiteres möglich sein bzw. von Anfang an leer laufen.</p> <p>Die die Regelung des § 9 Absatz 1 Satz 1 GwG „<i>Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind</i>“ steht im Widerspruch zur beabsichtigten Definition des Mutterunternehmens in § 1 Absatz 25 GwG-Neu. Folgt man der Definition in § 1 Absatz 25 GwG-Neu, dann ist ein Mutterunternehmen gerade nicht in jedem Fall als ein Verpflichteter im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG zu qualifizieren. Berücksichtigt man diese Abgrenzung, dann würde § 9 Absatz 1 GwG-Neu nunmehr ausschließlich auf solche Personen anwendbar sein, die auch tatsächlich Mutterunternehmen im Sinne von § 1 Absatz 25 GwG-Neu sind. Alle übrigen Unternehmen, die zwar als Mutterunternehmen zu qualifizieren wären, aber eben nicht gleichzeitig Verpflichtete sind, müssten diese Regelung nicht beachten. Das gilt allen voran für jene Unternehmen, die unter Berücksichtigung von § 1 Absatz 24 GwG-Neu gerade nicht den Status eines Finanzunternehmens haben sollen, etwa bestimmten Industrieholdinggesellschaften.</p> <p>Die insofern nach wie vor unverändert verwendete Formulierung „<i>Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind</i>“ basiert noch auf der bisher anwendbaren Annahme, dass das in der Gruppe am höchsten stehende Unternehmen, dass selbst Verpflichteter ist, für die gruppenweiten Pflichten Sorge zu tragen hätte.</p> |
| <p>(2) Soweit sich gruppenangehörige Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union befinden, haben die Mutterunternehmen sicherzustellen, dass diese gruppenangehörigen Unternehmen die dort geltenden nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/849 einhalten. Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, haben sicherzustellen, Zweigniederlassungen und gruppenangehörige Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4, die mehrheitlich in ihrem Besitz stehen</p> | <p>Der in § 9 Absatz 1 Satz 1 GwG-Neu aufgezeigte Mangel wird hier fortgeführt. Vor diesem Hintergrund wird die vorliegende Fassung abgelehnt.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><u>und die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig sind, nach dessen Recht sie Pflichten zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung unterliegen, die dort geltenden nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/849 einhalten.</u></p> | |
| <p>(3) Soweit sich gruppenangehörige Unternehmen in einem Drittstaat befinden, in dem weniger strenge Anforderungen an Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche oder von Terrorismusfinanzierung gelten, gilt Absatz 1, soweit das Recht des Drittstaats dies zulässt. Soweit die in Absatz 1 genannten Maßnahmen nach dem Recht des Drittstaats nicht durchgeführt werden dürfen, sind die Mutterunternehmen verpflichtet, Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, haben sicherzustellen, dass Zweigstellen und gruppenangehörige Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4, die mehrheitlich in ihrem Besitz stehen und ihren Sitz in einem Drittstaat, in dem die Mindestanforderungen zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung geringer sind als die Anforderungen für Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anforderungen nach diesem Gesetz erfüllen, soweit das Recht des Drittstaates dies zulässt. Soweit eine Umsetzung der in Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, 3 und 4 genannten Maßnahmen nach dem Recht des Drittstaates nicht zulässig ist, sind die Mutterunternehmen verpflichtet,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sicherzustellen, dass ihre dort ansässigen in Satz 1 genannten Zweigstellen und gruppenangehörigen Unternehmen, die mehrheitlich in ihrem Besitz stehen, zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um dem Risiko der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung wirksam zu begegnen, und 2. die <u>nach § 50 zuständige</u> Aufsichtsbehörde über die getroffenen Maßnahmen zu informieren. | <p>Der in § 9 Absatz 1 Satz 1 GwG-Neu aufgezeigte Mangel wird hier fortgeführt. Vor diesem Hintergrund wird die vorliegende Fassung abgelehnt.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Reichen die getroffenen Maßnahmen nicht aus, so ordnet die <u>nach § 50 zuständige</u> Aufsichtsbehörde an, dass die Mutterunternehmen sicherstellen, dass <u>die in Satz 1 genannten ihre nachgeordneten Unternehmen, Zweigstellen, oder Zweigniederlassungen und gruppenangehörigen Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4</u> in diesem Drittstaat <u>keine weder eine</u> Geschäftsbeziehung begründen oder fortsetzen <u>und keine noch</u> Transaktionen durchführen. Soweit eine Geschäftsbeziehung bereits besteht, hat das Mutterunternehmen sicherzustellen, dass diese Geschäftsbeziehung ungeachtet anderer gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen durch Kündigung oder auf andere Weise beendet wird.</p> | |
| <p>(4) <u>Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Verpflichtete,</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>die gruppenangehörige Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4 sind, soweit ihnen mindestens ein anderes Unternehmen nach § 1 Absatz 16 Nummer 2 bis 4 nachgeordnet ist und ihrem beherrschenden Einfluss unterliegt, und</u> 2. <u>deren Mutterunternehmen weder nach Absatz 1 noch nach dem Recht des Staates, in dem es ansässig ist, gruppenweite Maßnahmen ergreifen muss.</u> | <p>Die neue Regelung ist unter Berücksichtigung der mit der Neufassung des Begriffs des Mutterunternehmens in § 1 Absatz 25 GwG-Neu beabsichtigten Zielsetzung nicht sachgerecht. Folgt man der dargelegten Zielsetzung, dann muss die Verantwortung für die Festlegung und Anwendung von gruppenweiten Pflichten allein beim Mutterunternehmen liegen. Sie kann auch deshalb nicht bei einem anderem Unternehmen der Gruppe nach § 1 Absatz 16 GwG liegen, weil dieses andere Unternehmen gegebenenfalls anderen geldwäscherechtlichen Regelungen an seinem Sitz unterliegt, die zu denen des Mutterunternehmens geringer ausfallen. Somit würde diese Regelung eine Aushöhlung der strengeren Regelungen eines Mutterunternehmens bewirken.</p> <p>Die Regelung ist auch deshalb fehlerhaft, weil Sie davon ausgeht, dass jedes einem Verpflichteten nachgeordnete Unternehmen seinerseits ein Verpflichteter der geldwäscherechtlichen Regelungen wäre. Das ist gerade nicht in jedem Fall gegeben, weil die Liste der Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 GwG längst nicht alle Kategorien von gewerblich oder beruflich tätigen Unternehmen oder Personen erfasst. Folglich unterläge das nachgeordnete Unternehmen gar nicht den Regeln des Geldwäschegesetzes, was die Durchsetzung von gruppenweiten Pflichten im</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | Sinne des § 9 GwG-Neu gegenüber diesem nachgeordneten Unternehmen obsolet macht. |
| 5 ABSCHNITT 3 SORGFALTPFLICHTEN IN BEZUG AUF KUNDEN | |
| § 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten | |
| <p><u>(3a) Die Verpflichteten müssen die allgemeinen Sorgfaltspflichten bei allen neuen Kunden erfüllen. Bei bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen müssen sie die allgemeinen Sorgfaltspflichten zu geeigneter Zeit auf risikobasierter Grundlage erfüllen, insbesondere dann, wenn</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>sich bei einem Kunden maßgebliche Umstände ändern,</u> 2. <u>der Verpflichtete rechtlich verpflichtet ist, den Kunden im Laufe des betreffenden Kalenderjahres zu kontaktieren, um etwaige einschlägige Informationen über den wirtschaftlich Berechtigten zu überprüfen, oder</u> 3. <u>der Verpflichtete gemäß der Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG (ABl. L 64, vom 11. 3.2011, S. 1) dazu verpflichtet ist.</u> | <p>Die Regelung des § 10 Absatz 3a Satz 2 Nummer 2 und 3 GwG-Neu erfüllt nicht die Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes und bedarf einer weiterführenden Begründung.</p> <p>Die Übernahme der durch Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe b) der Änderungsrichtlinie eingefügten Formulierung lässt völlig unklar, was solche Ereignisse sein sollen, bei denen „der Verpflichtete rechtlich verpflichtet ist, den Kunden im Laufe des betreffenden Kalenderjahres zu kontaktieren“. Ebenso ist unklar, wann die Verpflichteten nach § 10 Absatz 3a Satz 2 Nummer 3 GwG zur Aktualisierung verpflichtet sein sollen.</p> <p>Die Ausführung in der Gesetzesbegründung, dass die neue Regelung die Richtlinienvorgaben spezifiziert ist unzutreffend, es wird lediglich der Wortlaut aus Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe b) der Änderungsrichtlinie in das Geldwäschegesetz überführt. Was aber gerade Inhalt dieser Regelung sein soll lässt sich weder aus den Erwägungsgründen zur Änderungsrichtlinie ableiten noch aus der vorliegenden Gesetzesbegründung.</p> |
| § 11 Identifizierung | |
| <p>(5) Bei einem wirtschaftlich Berechtigten hat der Verpflichtete abweichend von Absatz 4 zur Feststellung der Identität zumindest dessen Name und, soweit dies in Ansehung des im Einzelfall</p> | <p>Die Regelung des § 11 Absatz 5 Satz 2 GwG-Neu wird als zu weitgehend abgelehnt.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>bestehenden Risiken der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung angemessen ist, weitere Identifizierungsmerkmale zu erheben. <u>Zu Beginn einer neuen Geschäftsbeziehung mit einer Vereinigung nach § 20 oder einer Rechtsgestaltung nach § 21 haben die Verpflichteten einen Nachweis der Registrierung nach § 20 Absatz 1 oder § 21 oder einen Auszug der über das Transparenzregister zugänglichen Daten einzuholen.</u> Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift des wirtschaftlich Berechtigten dürfen unabhängig vom festgestellten Risiko erhoben werden. Der Verpflichtete hat sich durch risikoangemessene Maßnahmen zu vergewissern, dass die zur Identifizierung erhobenen Angaben zutreffend sind; dabei darf sich der Verpflichtete nicht ausschließlich auf die Angaben im Transparenzregister verlassen. <u>Handelt es sich um eine Person, die nach § 3 Absatz 2 Satz 5 als wirtschaftlich Berechtigter gilt, so hat der Verpflichtete angemessene Maßnahmen für die Überprüfung der Identität dieser Person zu ergreifen. Werden bei Trusts oder anderen Rechtsgestaltungen nach § 21 die wirtschaftlich Berechtigten nach besonderen Merkmalen oder nach einer Kategorie bestimmt, so hat der Verpflichtete ausreichende Informationen über den wirtschaftlich Berechtigten einzuholen, um zum Zeitpunkt der Ausführung der Transaktion oder der Ausübung seiner Rechte die Identität des wirtschaftlich Berechtigten feststellen zu können.</u></p> | <p>Nach Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a) der Änderungsrichtlinie wird lediglich folgende Regelung getroffen:</p> <p style="text-align: center;"><i>„...holen die Verpflichteten gegebenenfalls den Nachweis der Registrierung oder einen Auszug aus dem Register ein.“</i></p> <p>Es wird von „gegebenenfalls“ gesprochen. Die im Gesetzentwurf beabsichtigte Formulierung führt dazu, dass die Verpflichteten jedoch nicht nur „gegebenenfalls“ sondern „immer“ einen Nachweis einholen müssen, dass die Vereinigung oder die Rechtsgestaltung ihrer Mitteilungspflicht nachgekommen ist oder alternativ „immer“ einen Auszug aus dem Transparenzregister einholen müssen, wenn ein solcher Nachweis nicht verfügbar ist. Ein derartiges zwingendes Erfordernis resultiert aus der Änderungsrichtlinie nicht.</p> <p>Berücksichtigt man, dass nicht jede Vereinigung sich anmelden muss, etwa weil bereits alle Daten im Handelsregister erfasst und von dort direkt in das Transparenzregister übertragen werden, dann verfügt diese Vereinigung konsequenterweise über keinen Nachweis der Eintragung. Folglich bliebe den Verpflichteten nach § 11 Absatz 5 Satz 3 GwG-Neu nur die Einholung eines Auszuges aus dem Transparenzregister, der zudem in jedem Fall mit EUR 4,50 zuzüglich Mehrwertsteuer (aktuell insgesamt EUR 5,36) noch kostenpflichtig ist. Mit anderen Worten, das vorgesehene Gesetzeserfordernis verursacht beim Verpflichteten in der Regel für jeden Fall der Erfüllung der Sorgfaltspflichten zusätzliche Kosten in Höhe von EUR 5,36. Dabei werden die zusätzlichen internen Kosten für die Antragstellung zur Erlangung des Auszuges sowie die internen Kosten zur Auswertung des Auszuges mit den anderen dem Verpflichteten vorliegenden Daten nicht berücksichtigt. Diese Bedingung geht weit über die Änderungsrichtlinie hinaus und bedeutet ein Gold-Plating des deutschen Gesetzgebers, der die Wettbewerbsfähigkeit der dem deutschen Geldwäschegesetz unterliegenden Verpflichteten zusätzlich belastet.</p> <p>Indem die Änderungsrichtlinie von „gegebenenfalls“ spricht, wird bereits eine „Option“ eröffnet, dass gerade keine zwingende Einholung eines Nachweises</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>oder eines Auszuges aus dem Transparenzregister erforderlich ist. Dies ist immer dann der Fall, wenn etwa bereits eine vollständige Gesellschafterliste aus dem Handelsregister abgerufen wurde (Kosten aktuell EUR 1,50 zuzüglich Mehrwertsteuer) und dadurch die wirtschaftlich Berechtigten, soweit die Gesellschafter natürliche Personen sind, bereits eindeutig überprüft werden können. Der Zwang zum Abruf eines Auszuges aus dem Transparenzregister verursacht nur eins, zusätzliche Kosten beim Verpflichteten. Ein weiterer Erkenntnisgewinn resultiert hieraus nicht. Denn in dem dargestellten Fall, der die Regel darstellt, enthält das Transparenzregister aufgrund des vollständigen Rückgriffs auf die Daten aus dem Handelsregister gar keine anderen zusätzlichen Daten. Das belegt auch die Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage zur „Effektivität und Umsetzungsstand des Transparenzregisters für wirtschaftlich Berechtigte“ aus der an dieser Stelle lediglich die Fragen 1 und 4 nebst Antworten exemplarisch angeführt werden, die wie folgt lauten:</p> <p><i>„1. Wie viele Organisationen bzw. meldepflichtige Vereinigungen wurden ins-gesamt nach Kenntnis der Bundesregierung bislang zum Stichtag seit Inkrafttreten des Transparenzregisters eingetragen, und bei wie vielen dieser Eintragungen wurde ein wirtschaftlich Berechtigter angegeben (bitte jeweils nach „Neue Mitteilung wirtschaftlich Berechtigter“ gemäß § 20 Absatz 1 GwG und Eintragungen unter „Verweis auf ein anderes Register“ nach § 20 Absatz 2 Satz 4 GwG aufschlüsseln)?</i></p> <p><i>Bisher wurden zu 54612 Rechtseinheiten (Stand: 9. Oktober 2018) Mitteilungen von wirtschaftlich Berechtigten gemäß § 20 Absatz 1 GwG durch die registerführende Stelle in das Transparenzregister eingetragen. Zu 827 Rechtseinheiten (Stand: 9. Oktober 2018) wurden Verweise auf ein anderes Register, sog. Vollaustragungen, gemäß § 20 Absatz 2 Satz 4 GwG eingetragen.“ (BT-Drucks. 19/5354, S. 3)</i></p> <p>Außerdem Frage 4:</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p><i>„4. Für wie viele Organisationen bzw. Vereinigungen steht eine Eintragung in das Transparenzregister oder die Meldung des wirtschaftlich Berechtigten noch aus (falls keine genaue Zahlen vorhanden, bitte Anzahl der laufenden Aufforderungen angeben)?</i></p> <p><i>Die Gesamtzahl derjenigen Verpflichteten, die trotz der Pflicht zur Eintragung nicht im Register erfasst sind, ist nicht bekannt. Die Aufforderung zur Mitteilung der wirtschaftlich Berechtigten ergibt sich bereits aus der gesetzlichen Mitteilungspflicht. Verstöße gegen diese Mitteilungspflicht stellen eine sanktionsbewehrte Ordnungswidrigkeit gemäß § 56 GwG dar.“ (BT-Drucks. 19/5354, S. 4)</i></p> <p>Diese Zahlen belegen, dass das Transparenzregister alles andere als ein vollständiges Register aller Vereinigungen und Rechtsgestaltungen sowie deren wirtschaftlich Berechtigter ist. Die in der Gesetzesbegründung enthaltene Aussage – „Aus der Zusammenschau zwischen dem Transparenzregister und anderen Registern wie beispielsweise dem Handelsregister ergibt sich ein vollständiges Bild über die wirtschaftlich Berechtigten.“ – ist folglich nicht zutreffend und sollte gestrichen werden. Dies wird zusätzlich mit folgender Antwort der Bundesregierung vom 29. Oktober 2018 untermauert:</p> <p><i>„Die Gesamtzahl derjenigen Verpflichteten, die trotz der Pflicht zur Eintragung nicht im Register erfasst sind, ist nicht bekannt.“ (BT-Drucks. 19/5354, S. 3)</i></p> <p>Wenn bereits eine Verpflichtung zur Einsichtnahme in das Transparenzregister für den Fall getroffen werden soll, dass der Vertragspartner den Nachweis über die Registrierung nicht erbringen kann, dann muss sichergestellt werden, dass entsprechende Daten im Register enthalten sind. Denn selbst eine Einsichtnahme, die mit der Antwort einhergeht, dass keine Eintragung vorhanden ist, ist mit Kosten in Höhe von EUR 4,50 zuzüglich Mehrwertsteuer belegt.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Allein vor diesem Hintergrund ist die beabsichtigte gesetzliche Verpflichtung unverhältnismäßig. Im Gegenteil, die Verpflichteten werden seitens des Staates instrumentalisiert (siehe § 23a GwG-Neu) um den Datenbestand des Transparenzregister weiter auszubauen und die Qualität der Eintragungen zu sichern. Das ist eine hoheitliche Aufgabe und nicht die Aufgabe der Verpflichteten.</p> <p>Die Instrumentalisierung liegt daran begründet, dass jeder Verpflichtete, der in Ermangelung der Verfügbarkeit eines Nachweises verpflichtet wird, einen Auszug aus dem Transparenzregister einzuholen. Sofern der Auszug aus dem Transparenzregister die Information enthält, dass kein wirtschaftlich Berechtigter im Transparenzregister vermerkt ist, der Verpflichtete aber gleichzeitig aufgrund der ihm nach § 10 Absatz 1 Nummer 2 GwG obliegenden Verpflichtung zur Erhebung der Eigentums- und Kontrollstruktur des Vertragspartners Kenntnis über den oder die wirtschaftlich Berechtigten erlangt, resultiert nach § 23a Absatz 1 GwG künftig die Verpflichtung zur Meldung dieser Diskrepanz durch den Verpflichteten gegenüber dem Transparenzregister. Folglich wird der wesentliche Beitrag zur Führung und zur Sicherstellung einer Datenerfassung auf die Verpflichteten ausgelagert.</p> <p>Es ist unter Berücksichtigung der Prinzipien des Rechtsstaates kategorisch abzulehnen, dass die Verpflichteten im Wege dieser Regelung und im Zusammenspiel mit § 23a GwG-Neu zu einer Art Kontrollinstanz gemacht werden.</p> <p>Die Sicherstellung der Einhaltung der Regelungen des Geldwäschegesetzes durch Vertragspartner, für diese auftretende Personen oder gegebenenfalls vorhandene wirtschaftlich Berechtigte ist nicht die Aufgabe der Verpflichteten, sondern der zuständigen Behörden sowie der registerführenden Stelle.</p> |
| § 11a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtete | |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>(1) <u>Verpflichtete nach § 2 dürfen personenbezogene Daten nur verarbeiten, soweit dies auf Grundlage dieses Gesetzes für Zwecke der Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erforderlich ist.</u></p> | <p>Die Regelung muss in dieser Form strikt abgelehnt werden.</p> <p>Zunächst wird auf die Ausführungen zu § 8 Absatz 4 GwG-Neu in dieser Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Die Regelung bewirkt einen nicht beabsichtigten Effekt. Allen vorangestellt ist festzuhalten, dass die Mehrzahl der personenbezogenen Daten gerade nicht nur für Zwecke der Erfüllung des Geldwäschegesetzes erhoben, gespeichert und von den Verpflichteten verarbeitet werden. Folgende Daten müssen in gleichzeitig auch zur Erfüllung anderer gesetzlicher Vorschriften, wie zum Beispiel § 154 Absatz 2 der Abgabenordnung oder § 14 Absatz 4 des Umsatzsteuergesetzes oder auch § 238 HGB erhoben, gespeichert und verarbeitet werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Vollständiger Name (bei natürlichen Personen – Vorname und Name; bei juristischen Personen oder Personengesellschaften – Firma, Name oder Bezeichnung)- Vollständige Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort)- Datum der Transaktion <p>Allein für die Rechnungslegung müssen die vorstehenden Daten erhoben, verarbeitet und gespeichert werden und für Zwecke der Buchhaltung auch weiter verarbeitet werden.</p> <p>Es kann nicht ernsthaft in der Absicht des Gesetzgebers sein, dass die identischen Daten mehrfach erhoben werden müssen, um den jeweils individuellen Zweck des jeweils anwendbaren Gesetzes zu dienen. Genau das wäre die Folge, soweit an dieser Regelung festgehalten wird und der Gesetzesbegründung folgend mit der „Norm eine enge Zweckbindung“ getroffen werden soll.</p> <p>Die Regelung steht zusätzlich im Widerspruch zur ebenfalls im Gesetzentwurf vorgesehenen Anpassung von § 154 Absatz 2 der Abgabenordnung und der damit beabsichtigten Angleichung des danach erforderlichen Identifizierungsverfahrens</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>an die Regelungen des Geldwäschegesetzes. In der Begründung zur Anpassung von § 154 Absatz 2 der Abgabenordnung heißt es:</p> <p><i>„Dies entlastet die Kreditinstitute, da sie nur noch ein Verfahren zur Identifizierung anzuwenden haben und nur noch einen Datensatz für die Identifizierung des Kunden - und dies zugleich für Zwecke der Bekämpfung der Geldwäsche und für steuerliche Zwecke - vorhalten müssen.“</i> (BR-Drucks. 352/19, S. 129)</p> <p>Mit § 11a Absatz 1 GwG-Neu wird gerade das Gegenteil bewirkt. Obwohl künftig die einzelnen Daten zwischen Geldwäschegesetz und Abgabenordnung angeglichen sind, müssen dennoch zwei Datensätze erhoben werden. Zum einen, ein eigenständiger Datensatz der der Erfüllung der Abgabenordnung dient. Zum anderen ein eigenständiger Datensatz der der Erfüllung des Geldwäschegesetzes dient. Bei konsequenter weiterer Anwendung der „engen Zweckbindung“, müssten für jede Erfüllung eines weiteren Gesetzes, dass einzelne oder alle personenbezogenen Daten ebenfalls verlangt, identische weitere Datensätze angelegt werden, um diesen gesetzlichen Regelungen zu genügen.</p> <p>Die Beschränkung der Verwendung den Datensatz allein für geldwäscherechtliche Zwecke zu verwenden ist deshalb operativ nicht umsetzbar und auch nicht sachgerecht. Hieraus ergäbe sich ein direkter Verstoß gegen das Gebot der Datensparsamkeit.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wäre eine Regelung akzeptabel, die der Erfüllung sämtlicher gesetzlicher und innerbetrieblicher Zwecke, von berechtigten Auskunfts- und Vorlageersuchen und eben der Erfüllung der geldwäscherechtlichen Vorschriften dienlich ist.</p> <p>Denkt man die hier beabsichtigte Zweckbindung noch weiter, dann würde es insbesondere den Jahresabschlussprüfern der von der BaFin regulierten Institute und Unternehmen unmöglich, ihren prüferischen Pflichten aus folgenden Verordnungen nachzukommen:</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <ul style="list-style-type: none"> - Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute sowie über die darüber zu erstellenden Berichte - Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sowie über die darüber zu erstellenden Bericht <p>Integraler Bestandteil der Prüfungshandlungen ist die Ziehung von Stichproben aus den personenbezogenen Daten, um zu prüfen, ob diese richtig und vollständig erhoben wurden. Weil diese Prüfung allerdings nicht der Erfüllung des Geldwäschegesetzes dient, wäre eine Erhebung (Ziehung der Stichprobe), eine Verarbeitung (Prüfung und Auswertung der Stichprobe) sowie eine Speicherung (Speicherung des Prüfungsergebnisses zur Dokumentation der Prüfungshandlungen) nicht durch das Geldwäschegesetz autorisiert. Die Verpflichteten müssten es aufgrund von § 11a GwG ablehnen, entsprechende personenbezogene Daten zugänglich zu machen. Daran ändert in Bezug auf § 11a Absatz 1 GwG-Neu auch die in § 11a Absatz 2 GwG-Neu enthaltene Regelung nichts, weil sie lediglich die Aufsichtsbehörden selbst sowie die von ihr einbezogenen Personen und Einrichtungen autorisiert, derartige Prüfungen vorzunehmen. Die Jahresabschlussprüfer werden allerdings von den Verpflichteten bestellt und beauftragt. Sie handeln im Auftrag des Verpflichteten und nicht im Auftrag der zuständigen Aufsichtsbehörde.</p> |
| <p>(3) <u>Absatz 1 und 2 findet entsprechende Anwendung auf Dritte im Sinne von § 17, auf die ein Verpflichteter zur Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 zurückgreift.</u></p> | <p>Diese Regelung wird mit Blick auf die Erfüllung von Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 GwG ausdrücklich begrüßt und sie wäre in dieser Form beizubehalten.</p> <p>Allerdings besteht eine weitere Regelungslücke, die bisher nicht bedacht wurde. Ein Verpflichteter ist nicht nur nach § 17 GwG berechtigt, sich bei der Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 GwG zu bedienen. Verpflichtete sind gemäß § 6 Absatz 7 GwG außerdem berechtigt Aktivitäten und Prozesse zur Erfüllung der internen Sicherungsmaßnahmen teilweise oder ganz auf Basis von vertraglichen Vereinbarungen auf andere Personen zu übertragen.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Das schließt zum Beispiel auch die Erfüllung der Aufbewahrungspflichten nach § 8 Absatz 4 GwG mit ein. Denn wenn ein Verpflichteter den Betrieb seiner Datenverarbeitungssysteme an einen geeigneten Auslagerungspartner übertragen hat, dann erfolgt die Aufbewahrung (Speicherung) bei diesem externen Auslagerungspartner. Zum Beispiel haben die Sparkassen die Aufbewahrung ihrer Daten in der Regel auf die Finanz Informatik Technologie Service GmbH & Co. KG, Haar, übertragen. Die Volks- und Raiffeisenbanken haben ihrerseits die Übertragung an die Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe, vorgenommen. Auch bei anderen Kategorien von Verpflichteten gibt es Unternehmen, die als zentrale IT-Dienstleister für die Verpflichteten agieren, wie zum Beispiel die DATEV eG, Nürnberg. In der Folge müsste sachgerecht ein § 11a Absatz 4 GwG-Neu geschaffen werden, der diese Lücke schließt.</p> |
| <p>§ 12 Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung</p> | |
| <p>(2) Die Identitätsüberprüfung hat in den Fällen des § 10 Absatz 1 Nummer 1 bei juristischen Personen <u>oder bei Personengesellschaften</u> zu erfolgen anhand</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eines Auszuges aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister oder aus einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis, 2. von Gründungsdokumenten oder von gleichwertigen beweiskräftigen Dokumenten oder 3. einer eigenen dokumentierten Einsichtnahme des Verpflichteten in die Register- oder Verzeichnisdaten. | <p>Die redaktionelle Klarstellung wird begrüßt. Allerdings ist eine weitere Klarstellung dahingehend geboten, dass die im Gesetzestext enthaltene Nummernfolge keine Rangfolge im Sinne eines Stufenverhältnisses darstellt. Es handelt sich lediglich um eine Nennung der zur Auswahl stehenden alternativen Möglichkeiten, anhand derer eine Überprüfung der Identität einer juristischen Person oder Personengesellschaft erfolgen kann. Die Ergänzung in der Gesetzesbegründung im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes geboten. Die BaFin hat in den von ihr am 11. Dezember 2018 veröffentlichten Auslegungs- und Anwendungshinweisen zum Geldwäschegesetz in Kapitel 5.1.4.2 folgende rechtsfehlerhafte Interpretation vorgenommen:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Sofern zur Überprüfung auf ein (gleichwertiges) amtliches Register oder Verzeichnis zurückgegriffen werden kann, ist die Vorlage privatrechtlicher Dokumente nicht ausreichend (Stufenverhältnis).“</i></p> <p>Für die Zwecke der Identifizierung einer eintragungspflichtigen juristischen Person oder Personengesellschaft wird in Anwendung des „vermeintlichen“</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Stufenverhältnisses immer ein Rückgriff auf einen Auszug aus einem Handels- oder Genossenschaftsregister oder aus einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis verlangt. Damit scheiden die alternativ vom Gesetzgeber vorgegebenen Dokumente nach § 12 Absatz 2 Nummer 2 und 3 GwG bei eintragungspflichtigen juristischen Personen oder Personengesellschaften von vornherein aus. Folglich ist immer ein kostenpflichtiger Abruf eines Auszuges erforderlich, was dauerhaft eine nennenswerte finanzielle Belastung der unter der Aufsicht der BaFin stehenden Verpflichteten bedeutet. Verpflichtete, die der Aufsicht durch eine andere zuständige Aufsichtsbehörde unterliegen, haben diese Notwendigkeit nicht.</p> <p>Diese Interpretation ist nicht mit dem geltenden Recht vereinbar und muss durch eine Klarstellung in der Gesetzesbegründung korrigiert werden.</p> <p>Im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes und der Einführung von § 12 Absatz 2 GwG erfolgte folgende Begründung:</p> <p><i>„Die Vorschrift zur Überprüfung der Identität bei juristischen Personen entspricht im Wesentlichen § 4 Absatz 4 Nummer 2 GwG bisherige Fassung. Es wird lediglich klargestellt, dass in der Variante der Durchführung der Überprüfung der Identität durch Einsichtnahme in Register- oder Verzeichnisdaten der Verpflichtete bzw. sein Personal selbst Einsicht nehmen müssen und diese Einsichtnahme zu dokumentieren haben. Zudem kommt neben den im Gesetz ausdrücklich genannten Handels- oder Genossenschaftsregister nun auch das Transparenzregister in Betracht, wobei entsprechend der Regelung in § 11 Absatz 5 zu beachten ist, dass sich die Verpflichteten nicht ausschließlich auf das Transparenzregister als einzige Quelle bei der Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten verlassen dürfen.“</i> (BR-Drucks. 182/17, S. 136; BT-Drucks. 18/11555, S. 118 f)</p> <p>Bereits hier wird herausgestellt, dass auch die Überprüfung der Identität einer juristischen Person oder Personengesellschaft durch Einsichtnahme in das Transparenzregister möglich ist, obwohl das Transparenzregister kein amtliches</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Register darstellt. Es wird darauf abgestellt, dass es verschiedene Varianten der Durchführung der Überprüfung der Identität gibt. Es ist keinerlei gesetzgeberische Intention zu entnehmen, dass die in § 12 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 GwG vorgenommene Aufzählung den Status eines Stufenverhältnisses hätte haben sollen.</p> <p>Das wird zusätzlich dadurch untermauert, dass die Gesetzesbegründung betont, dass die Regelung „im Wesentlichen § 4 Absatz 4 Nummer 2 GwG bisherige Fassung“ entspricht. Diese Regelung wurde seinerzeit wie folgt begründet:</p> <p><i>„Bei juristischen Personen und Personengesellschaften ist die Heranziehung eines Auszugs aus einem amtlichen Register oder Verzeichnis ebenso ausreichend wie die Einsichtnahme in ein amtliches Register oder Verzeichnis oder die Heranziehung der Gründungsdokumente oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente.</i></p> <p><i>Neben dem im Gesetzestext ausdrücklich genannten Handels- oder Genossenschaftsregister kommen auch das Partnerschaftsregister, das Vereinsregister, die Stiftungsverzeichnisse sowie vergleichbare ausländische Register und Verzeichnisse in Betracht.“</i> (BR-Drucks. 168/08, S. 81; BT-Drucks. 16/9038, S. 38)</p> <p>Die Begründung betont gerade, dass „die Heranziehung eines Auszugs ... ebenso ausreichend“ ist wie „die Heranziehung der Gründungsdokumente oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente“. Es wird also der Disposition des Verpflichteten überlassen, auf welche Quelle er zurückgreift. Es wird expliziert keine wie auch immer geartete Rangfolge und schon gar kein Stufenverhältnis dadurch die Reihenfolge der Aufzählung festgelegt.</p> |
| § 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung | |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>(3) Ein höheres Risiko liegt insbesondere vor, wenn <u>es sich</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>es sich</u> bei einem Vertragspartner des Verpflichteten oder bei einem wirtschaftlich Berechtigten handelt um <u>eine politisch exponierte Person, ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt,</u> 2. <u>um eine Geschäftsbeziehung oder Transaktion handelt, an der ein von der Europäischen Kommission nach Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/849, der durch Artikel 1 Nummer 5 der Richtlinie 2018/843 geändert worden ist, ermittelter Drittstaat mit hohem Risiko oder eine in diesem Drittstaat ansässige natürliche oder juristische Person beteiligt ist;</u> <ol style="list-style-type: none"> a) eine politisch exponierte Person, ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person oder b) eine natürliche oder juristische Person, die in einem von der Europäischen Kommission nach Artikel 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 ermittelten Drittstaat mit hohem Risiko niedergelassen ist; dies gilt nicht für Zweigstellen von in der Europäischen Union niedergelassenen Verpflichteten nach Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849, der durch Artikel 1 Nummer 1 der Richtlinie 2018/843 geändert worden ist, und für mehrheitlich im Besitz dieser Verpflichteten befindliche Tochterunternehmen, die ihren Standort in einem Drittstaat mit hohem Risiko haben, sofern sie sich diese <u>Zweigstellen und Tochterunternehmen</u> uneingeschränkt an die von ihnen anzuwendenden gruppenweiten Strategien und Verfahren nach Artikel 45 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 halten, 2.3. <u>es sich um eine Transaktion handelt, die im Verhältnis Vergleich zu vergleichbaren ähnlichen Fällen</u> <ol style="list-style-type: none"> a) besonders komplex oder <u>ungewöhnlich</u> groß ist, | <p>Der im Gesetzentwurf enthaltene Regelungstext ist aus drei Gründen in der vorliegenden Fassung kritisch zu beurteilen und sollte eine weitere Überarbeitung erfahren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Transaktion, an der eine in einem Drittstaat mit hohem Risiko ansässige Person beteiligt ist: <p>Die Regelung des § 15 Absatz 3 Nummer 2 GwG-Neu hat weitreichende Konsequenzen für Zahlungs- und E-Geld-Institute. Die in Deutschland ansässigen Zahlungs- und E-Geld-Institute betreiben in der Regel vor allem das Akquisitionsgeschäft im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 ZAG. Sie ermöglichen es, den als Vertragspartnern angebotenen Handelsunternehmen und Dienstleistungsunternehmen Zahlungen im Rahmen eines bargeldlosen Zahlungsdienstes anstelle von Bargeld anzunehmen. Der überwiegende Teil der Vertragspartner der Mitglieder ist seinerseits gewerblich tätig und als Güterhändler im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 16 GwG einzustufen. Für den Fall, dass bei einem in Deutschland ansässigen Güterhändler im Ladengeschäft ein Endkunde, der seinerseits seinen Wohnsitz zum Beispiel in Bosnien Herzegowina hat, Waren einkauft und mit seiner Kreditkarte bezahlt, dann hätte diese Transaktion unmittelbare Auswirkungen auf das angeschlossene Zahlungs- oder E-Geld-Institut über das die Transaktion durchgeführt wird. Dabei hat das Zahlungs- oder E-Geld-Institut weder Kenntnis des vom seinerseits verpflichteten Güterhändler durchgeführten Grundgeschäfts, noch ist der zahlende Endkunde bekannt. Würde jede einzelne derartig gelagerte Transaktion die Anwendung der verstärkten Sorgfaltspflichten von jedem in der Prozesskette der Zahlungsabwicklung involvierten Verpflichteten begründen, dann würden derartige Zahlungen tendenziell von vornherein abgelehnt. Dies hätte wiederum zur Folge, dass gar nicht erst eine Papierspur und eine Nachvollziehbarkeit der Transaktion geschaffen wird.</p> <p>Eine einzige Transaktion würde demnach ausreichen, dass der angeschlossene Vertragspartner, der eine solche Zahlung in Form einer bargeldlosen Zahlung</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>b) <u>einem</u> ungewöhnlichen abläuft <u>Transaktionsmuster folgt</u> oder</p> <p>c) ohne <u>keinen</u> offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck <u>erfolgt hat</u>, oder</p> <p><u>3-4. es sich</u> für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 8 um eine grenzüberschreitende Korrespondenzbeziehung mit Respondenten mit Sitz in einem Drittstaat oder, vorbehaltlich einer Beurteilung durch die Verpflichteten als erhöhtes Risiko, in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums handelt.</p> | <p>abwickelt, nicht mehr den allgemeinen Sorgfaltspflichten unterliegt, sondern den verstärkten Sorgfaltspflichten. In der Praxis würden alle Vertragspartner mit Sitz in Deutschland sowie mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums binnen weniger Wochen oder Monate alle den verstärkten Sorgfaltspflichten unterliegen. Die Verpflichteten Zahlungs- und E-Geld-Institute müssten ihrerseits in Bezug auf jeden einzelnen Vertragspartner eine Überprüfung der Aufrechterhaltung der Geschäftsbeziehung vornehmen. Jeder Entscheidungsprozess muss dokumentiert werden. Bei den führenden deutschen Zahlungs- und E-Geld-Instituten sind jeweils 100.000 Vertragspartner und mehr angeschlossen. Die Einstellung der Geschäftsbeziehung zu jedem einzelnen dieser Vertragspartner als Maßnahme zur geldwäscherechtlichen Risikoabwehr würde bedeuten, dass bargeldlose Zahlungen am Point-of-Sale in Deutschland in wenigen Monaten nicht mehr möglich wären.</p> <p>Es ist deshalb das Verständnis des BVZI, dass die dargelegte Interpretation nicht Intention der Änderungsrichtlinie ist. Die Regelung wird dahingehend verstanden, dass nicht jeder Verpflichtete in der Prozesskette die verstärkten Sorgfaltspflichten zur Anwendung bringen muss, sondern wie in dem aufgezeigten Beispiel der Güterhändler, der seinerseits als Verpflichteter gilt und das insofern erste oder letzte Glied in der Prozesskette im Verhältnis zum Endkunden ist.</p> <p>2. Unbestimmtheit des Begriffs „beteiligt“:</p> <p>In der Gesetzesbegründung wird unter anderem ausgeführt:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Vielmehr sind auch dann Geschäftsbeziehungen und Transaktionen verstärkten Sorgfaltspflichten zu unterziehen, wenn Drittstaaten mit hohem Risiko auf andere Art und Weise involviert („beteiligt“) sind.“</i></p> <p>Es bleibt völlig unklar, was mit „auf andere Art und Weise involviert“ gemeint sein soll. Es ist einem Zahlungs- oder E-Geld-Institut nicht möglich, im Rahmen einer</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>auf Basis von standardisierten elektronisch ablaufenden Aktivitäten und Prozessen eine vorherige Bestimmung dahingehend vorzunehmen, ob der beim Vertragspartner einkaufende Verbraucher (Zahler) seinen Wohnsitz in einem Drittstaat mit hohem Risiko hat. Der Zahler ist dem Zahlungs- oder E-Geld-Institut weder bekannt, noch besteht irgendeine Möglichkeit im Zuge des Zahlungsvorgangs eine Auskunft einzuziehen, an welchem Ort der Zahler seinen Wohnsitz hat. Denn mit „Standort“ wird auf den Wohnsitz des Zahlers abgestellt und nicht auf seine Nationalität, die abgesehen davon, ebenfalls nicht bekannt ist. Die Analyse der Daten des eingesetzten Zahlungsinstruments (z.B. Kreditkarte), lässt zwar einen Rückschluss darüber zu, in welchem Land das Zahlungsinstrument ausgestellt wurde, allerdings ist das wiederum nicht gleichbedeutend damit, dass der Zahler seinen Standort in diesem Land hat. Der Bestimmtheitsgrundsatz wird von der vorliegenden gesetzlichen Regelung nicht erfüllt. Allein auf Basis der vorstehenden Ausführungen ist es den Zahlungs- und E-Geld-Instituten bereits unmöglich festzustellen, ob eine „Beteiligung“ im Sinne der beabsichtigten Regelung vorliegt oder nicht. Da die Norm jedoch mit Gegenstand des Ordnungswidrigkeitskatalogs ist, muss die Regelung in der vorliegenden Fassung abgelehnt werden.</p> <p>3. Ungleichbehandlung der Verpflichteten, wegen unterschiedliche Bezeichnungen der zu identifizierenden Personen</p> <p>Außerdem resultiert aus der Regelung eine inhaltliche Ungleichbehandlung. Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 14 GwG etwa müssen aufgrund der im Gesetzentwurf vorgesehenen Anpassungen im Zusammenhang mit dem Vermittlungsgeschäft die „Vertragspartei“ identifizieren und nicht den Vertragspartner. Die Regelung des § 15 GwG-Neu lässt die Person der Vertragspartei vollkommen unberücksichtigt. Selbst wenn die Vertragspartei eine politisch exponierte Person wäre, dann unterläge sie auf Basis des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht der Anwendung von verstärkten Sorgfaltspflichten</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>sondern ausschließlich der Anwendung von allgemeinen Sorgfaltspflichten. Das Gleiche betrifft in diesem Kontext den wirtschaftlich Berechtigten.</p> <p>Generell sollte im Geldwäschegesetz eine einheitliche Terminologie durchgängig verwendet werden. Es trägt nicht zur konsistenten Anwendung des Geldwäschegesetzes bei, wenn sowohl die Bezeichnung „Vertragspartner“, „Vertragspartei“ als auch „Kunde“ gleichermaßen verwendet werden.</p> |
| <p><u>(5) In dem in Absatz 3 Nummer 2 genannten Fall haben Verpflichtete mindestens folgende verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>sie müssen einholen</u> <ol style="list-style-type: none"> a) <u>zusätzliche Informationen über den Vertragspartner und den wirtschaftlich Berechtigten,</u> b) <u>zusätzliche Informationen über die angestrebte Art der Geschäftsbeziehung,</u> c) <u>Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte und des Vermögens des Kunden</u> d) <u>Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte und des Vermögens des wirtschaftlich Berechtigten mit Ausnahme der Person, die nach § 3 Abs. 2 Satz 5 als wirtschaftlich Berechtigter gilt,</u> e) <u>Informationen über die Gründe für die geplante oder durchgeführte Transaktion und</u> f) <u>Informationen über die geplante Verwendung der Vermögenswerte, die im Rahmen der Transaktion oder Geschäftsbeziehung eingesetzt werden, soweit dies zur Beurteilung der Gefahr von Terrorismusfinanzierung erforderlich ist,</u> 2. <u>die Begründung oder Fortführung einer Geschäftsbeziehung bedarf der Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene und</u> | <p>Die kumulative Erfüllung dieser zusätzlichen Anforderungen durch die Verpflichteten Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute ist in der Praxis bereits aus faktischen Gründen nicht darstellbar. Es wird auf die Stellungnahme zu § 15 Absatz 3 GwG-Neu verwiesen.</p> <p>Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sind regelmäßig eine wesentliche Schnittstelle im System des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die Mitglieder des BVZI ermöglichen es, den angebundenen Handelsunternehmen und Dienstleistungsunternehmen sowie Behörden Zahlungen im Rahmen eines bargeldlosen Zahlungsdienstes anstelle von Bargeld anzunehmen. Ohne Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute ist eine bargeldlose Zahlung am Point-of-Sale oder im Internet kaum denkbar. Das heißt, die Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sind regelmäßig für den Zahlungsempfänger tätig. Diese Zahlungsempfänger sind ihrerseits in der Regel (zum Beispiel alle Handelsunternehmen) als Verpflichteter im Sinne von § 2 Absatz 1 GwG einzustufen. Die im BVZI vertretenen Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sind in der Regel nicht tätig für den Zahler. Ausgenommen ist der Fall, dass ein Mitglied selbst als Issuer tätig ist. In diesem Fall ist aber der Zahler durch das Mitglied identifiziert worden.</p> <p>Die Zahlungsinstitute oder E-Geld-Institut kennen den Zahler, also die an dem Zahlungsvorgang „beteiligte Person“ nicht. Das betrifft alle Zahlungsvorgänge, bei denen das Zahlungsinstitut oder E-Geld-Institut einen Zahlungsdiensterahmenvertrag mit dem Zahlungsempfänger geschlossen hat</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>3. <u>bei einer Geschäftsbeziehung müssen sie die Geschäftsbeziehung verstärkt überwachen durch</u></p> <ul style="list-style-type: none">a) <u>häufigere und intensivere Kontrollen sowie</u>b) <u>die Auswahl von Transaktionsmustern, die einer weiteren Prüfung bedürfen.</u> | <p>und für diesen die Durchführung des Zahlungsvorgangs betreibt. In der Folge kann bereits keine abschließende Aussage darüber getroffen werden, ob ein Fall des § 15 Absatz 3 Nummer 2 GwG vorliegt.</p> <p>Die Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute sind nie an dem Grundgeschäft beteiligt, dass zwischen dem Zahlungsempfänger und dem Zahler vereinbart wird. Die in § 15 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe c) GwG-Neu benannten Vermögenswerte sind immer Ergebnis eines solchen Grundgeschäfts zwischen dem Zahlungsempfänger und dem Zahler. Bereits hier erscheint kein weiterer Erkenntnisgewinn daraus möglich, dass beim Vertragspartner (Zahlungsempfänger) eine Nachfrage über die Herkunft der mit einem Zahlungsvorgang verbundenen Vermögenswerte vorgenommen wird.</p> <p>Zwischen dem Zahlungsinstitut oder E-Geld-Institut und dem am Zahlungsvorgang beteiligten Zahler entsteht auch keine vertragliche Vereinbarung. Auch erbringt das Zahlungsinstitut oder das E-Geld-Institut keine Transaktion im Sinne des Geldwäschegesetzes außerhalb einer bestehenden Geschäftsbeziehung gegenüber dem Zahler.</p> <p>Es ist bereits unklar, welche „zusätzlichen“ Informationen eingeholt werden sollen. Soweit auf den Vertragspartner ohnehin bereits verstärkte Sorgfaltspflichten angewendet werden, dann liegen alle aus Sicht des Verpflichteten denkbaren Informationen bereits vor.</p> <p>Die Regelungen sind im Massengeschäft nicht erfüllbar. Von den Mitgliedern des BVZI werden tagtäglich bargeldlose Zahlungsvorgänge durchgeführt, die ihrer Anzahl nach im zweistelligen Millionenbereich liegen.</p> <p>Berücksichtigt man, dass die Durchführung der Sorgfaltspflichten grundsätzlich vor Durchführung einer jeweiligen Transaktion durchgeführt werden müssen: würde dies in der Praxis folgende Auswirkung haben:</p> <p>Sobald eine bargeldloser Zahlungsvorgang technisch angefragt wird, der mit einer Karte eingeleitet wurde, die von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>mit hohem Risiko ausgegeben wurde, müsste diese Anfrage ausgesteuert und in eine manuelle Bearbeitung übergeben werden. Um den Zahlungsvorgang durchführen zu können, müsste unmittelbar ein Anruf beim Vertragspartner erfolgen, um sich über die weiteren Hintergründe des angefragten Zahlungsvorgangs zu informieren. Das würde voraussetzen, dass man über die mit dem Vertragspartner vereinbarten Kommunikationswege auch tatsächlich an den Standort des Terminals verbunden wird, wo das Grundgeschäft durchgeführt werden soll. Bereits das ist nicht abbildbar. Selbst wenn man diesen Weg beschreiten würde und tatsächlich die zusätzlichen Informationen in Erfahrung gebracht werden könnte, dann würde bei konservativer Einschätzung der bargeldlose Zahlungsvorgang im betreffenden Ladengeschäft mindestens 1 Stunde in Anspruch nehmen. Allein das zeigt auf, dass bereits der Vertragspartner die Durchführung der Zahlung im Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ablehnen würde.</p> <p>Auf der anderen Seite kann es nur dazu führen, dass Verpflichtete die betreffenden Transaktionen im Nachhinein prüfen müssten. Auch hier bleibt im Ergebnis, dass die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Im Ergebnis wäre eine Verdachtsmeldung erforderlich. Außerdem würde die Geschäftsbeziehung mit dem jeweiligen Vertragspartner wahrscheinlich eingestellt werden.</p> <p>Dabei muss man sich vor Augen halten, dass hiervon unter anderem auch alle Geschäfte des Lebensmitteleinzelhandel betroffen wären. So könnte selbst der Kauf der Waren des täglichen Bedarfs eines Zahlers, die Anwendung der hiernach geforderten verstärkten Sorgfaltspflichten für das Handelsunternehmen, also dem Vertragspartner des Zahlungsinstituts oder E-Geld-Instituts auslösen. Diesbezüglich muss auch beachtet werden, dass man in vielen Geschäften des Güterhandels aufgrund der anwendbaren Schwellenwerte (Barzahlung ab EUR 10.000) keine Pflicht zur Identifizierung des eigenen Kunden (Zahler) hat. Mit anderen Worten, auch der Vertragspartner des Zahlungsinstituts oder E-Geld-Instituts kennt den jeweiligen Kunden in der Mehrheit der Fälle nicht, mit dem er</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>ein Grundgeschäft abgeschlossen hat. Anderenfalls müsste man beim Kauf von Lebensmitteln bereits seinen amtlichen Ausweis vorlegen.</p> |
| <p><u>(5a) In dem in Absatz 3 Nummer 2 genannten Fall und zusätzlich zu den in Absatz 5 genannten verstärkten Sorgfaltspflichten können die zuständigen Aufsichtsbehörden risikoangemessen und im Einklang mit den internationalen Pflichten der Europäischen Union eine oder mehrere von den Verpflichteten zu erfüllende verstärkte Sorgfaltspflichten anordnen, die auch folgende Maßnahmen umfassen können:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>die Meldung von Finanztransaktionen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,</u> 2. <u>die Beschränkung oder das Verbot geschäftlicher Beziehungen oder Transaktionen mit natürlichen oder juristischen Personen aus Drittstaaten mit hohem Risiko,</u> 3. <u>das Verbot für Verpflichtete mit Sitz in einem Drittstaat mit hohem Risiko, im Inland Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Repräsentanzen durch zu gründen,</u> 4. <u>das Verbot, Zweigniederlassungen oder Repräsentanzen in einem Drittstaat mit hohem Risiko zu gründen,</u> 5. <u>die Verpflichtung für Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften von Verpflichteten mit Sitz in einem Drittstaat mit hohem Risiko, sich einer verschärften Prüfung der Einhaltung der geldwäscherechtlichen Pflichten</u> <ol style="list-style-type: none"> a) <u>durch die zuständige Aufsichtsbehörde zu unterziehen oder</u> b) <u>durch einen externen Prüfer zu unterziehen,</u> 6. <u>die Einführung verschärfter Anforderungen in Bezug auf eine externe Prüfung nach Nummer 4 Buchstabe b.</u> | <p>Die Regelung ist zu streichen. Soweit bereits die Regelung des § 15 Absatz 5 GwG-Neu in der vorliegenden Pauschalität von den Verpflichteten nicht erfüllt werden kann, dann kann jedes zusätzliche Erfordernis ebenfalls nicht erfüllt werde.</p> <p>Mit dieser Regelung geht der Gesetzgeber über die Anforderungen der Vierten Geldwäscherichtlinie hinaus. Gold-Plating ist mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland ansässigen Unternehmen generell abzulehnen. Erst recht, wenn die in der Gesetzesbegründung dargelegten Gründe, keinen Rückschluss erkennen lassen, welchen tatsächlichen weiteren Nutzen diese Maßnahmen zur Risikominderung haben sollten. Die Begründung ist liefert keine Aussage, aufgrund welcher erkannten Risiken eine solche Erweiterung erforderlich wäre.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>7. <u>für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 8 die Überprüfung, Änderung oder erforderlichenfalls Beendigung von Korrespondenzbankbeziehungen zu Respondenten in einem Drittstaat mit hohem Risiko.</u></p> <p><u>Bei der Anordnung dieser Maßnahmen gilt für die zuständigen Aufsichtsbehörden Absatz 10 Satz 2 entsprechend.</u></p> | |
| <p>(6) In dem in Absatz 3 Nummer 2<u>3</u> genannten Fall sind mindestens folgende verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen:</p> <p>1. die Transaktion ist <u>sowie deren Hintergrund und Zweck sind mit angemessenen Mitteln</u> zu untersuchen, um das Risiko der jeweiligen Geschäftsbeziehung oder Transaktionen in Bezug auf Geldwäsche oder auf Terrorismusfinanzierung überwachen und einschätzen zu können und um gegebenenfalls prüfen zu können, ob die Pflicht zu einer Meldung nach § 43 Absatz 1 vorliegt, und</p> <p>die der Transaktion zugrunde liegende Geschäftsbeziehung, soweit vorhanden, ist einer verstärkten kontinuierlichen Überwachung zu unterziehen, um das mit der Geschäftsbeziehung <u>und mit einzelnen Transaktionen</u> verbundene Risiko in Bezug auf Geldwäsche oder auf Terrorismusfinanzierung einschätzen und bei höherem Risiko überwachen zu können.</p> | <p>Die beabsichtigte Erweiterung wird abgelehnt.</p> <p>Die Durchführung von bargeldlosen Zahlungen erfolgt im Rahmen der standardisierten Zahlungssysteme. Sollten Zahlungs- und E-Geld-Institute künftig hinsichtlich jeder einzelnen Transaktion, die wie im Zuge der Stellungnahme zu § 15 Absatz 3 GwG-Neu dargestellt, weiteren Hintergründe und den Zweck der Transaktion herauszufinden, müsste in jedem Einzelfall eine Kontaktaufnahme mit dem Vertragspartner erfolgen. Hierzu müssten neue Aktivitäten und Prozesse eingerichtet und angewendet werden, die Stand heute, nicht existieren. Der potentielle Erkenntnisgewinn dürfte regelmäßig sehr gering sein, weil die angeschlossenen Vertragspartner am Point-of-Sale ihrerseits gar keine weiteren personenbezogenen Daten über den Zahler haben.</p> <p>Sollte jedoch ein Fall vorliegen, in dem der Vertragspartner seinerseits in strafbare Handlungen involviert wäre, dann würde eine derartige Nachfrage dem Tipping-Off Verbot nach § 47 GwG entgegenstehen. Eine derartige Nachfrage, die konkrete eine einzelne Transaktion zum Gegenstand hätte, würde hinsichtlich einer vermuteten strafbaren Handlung eine Signalwirkung für den Vertragspartner haben. Zum einen wären alle Antworten auf die Nachfragen des Verpflichteten sehr wahrscheinlich falsch. Zum anderen könnte der Vertragspartner dieses Signal zum Anlass nehmen, alle nachvollziehbaren Spuren in seinem Hoheitsbereich zu vernichten.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung</p> | |
| <p>(3) Wenn ein Verpflichteter auf Dritte zurückgreift, so muss er sicherstellen, dass die Dritten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>bei der Identifizierung von im Inland ansässigen Personen den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen,</u> 1.2. die Informationen einholen, die für die Durchführung der Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3<u>4</u> notwendig sind, und 2.3. ihm diese Informationen unverzüglich und unmittelbar übermitteln. <p>Er hat zudem angemessene Schritte zu unternehmen, um zu gewährleisten, dass die Dritten ihm auf seine Anforderung hin unverzüglich Kopien derjenigen Dokumente, die maßgeblich zur Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners, <u>gegebenenfalls für diesen auftretende Personen</u> und eines etwaigen wirtschaftlich Berechtigten sind, <u>einschließlich Informationen, soweit diese verfügbar sind, die mittels elektronischer Mittel für die Identitätsfeststellung nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 eingeholt wurden</u> sowie andere maßgebliche Unterlagen vorlegen. Die Dritten sind befugt, zu diesem Zweck Kopien von Ausweisdokumenten zu erstellen und weiterzuleiten.</p> | <p>Der BVZI begrüßt es, dass etwaige Aufsichtsarbitrage verhindert wird. Allerdings ist die hier vorgesehene Regelung kein geeignetes Mittel und steht zudem im Widerspruch zu anderen Regelungen des Geldwäschegesetzes. Außerdem steht die Regelungen im Widerspruch zur Ausübung der europarechtlich normierten Dienstleistungsfreiheit sowie zu europaweit harmonisierten Standards. Sollte eine tatsächliche Aufsichtsarbitrage festgestellt werden, dann ist es Aufgabe der zuständigen Aufsichtsbehörde dieser Aufsichtsarbitrage durch Verhängung einer Ordnungswidrigkeit und durch individuelle Auflagen gegenüber dem betreffenden Verpflichteten tätig zu werden. Eine pauschale Diskriminierung aller Verpflichteten ist nicht angemessen.</p> <p>Deshalb ist die Aufnahme von § 17 Absatz 3 Satz 1 GwG abzulehnen.</p> <p>Die Mitglieder des BVZI verwehren sich erneut, wie bereits im Rahmen der Stellungnahme zu § 17 Absatz 1 GwG-Neu zum Referentenentwurf, gegen die Ausführung in der Begründung des Gesetzesentwurfs</p> <p style="text-align: center;"><i>„Außerdem wird es Geschäftsmodell, Identifizierungen als Dritte in großer Stückzahl für andere Verpflichtete auch grenzüberschreitend vorzunehmen.“</i></p> <p>Diese Begründung könnte dahingehend verstanden werden, dass Verpflichtete, zu denen auch die im BVZI organisierten Zahlungs- und E-Geld-Institute zählen, bewusst im Ausland ansässige Dritte einschalten, um die strengeren nationalen Pflichten zur Identifizierung zu umgehen. Eine derartige pauschalisierte Unterstellung verbietet sich. Die Formulierung wird auch nach dem Austausch der noch im Referentenentwurf verwendeten Worte „insbesondere von Zahlungsinstituten“ durch die Worte „andere Verpflichtete“ nicht sachgerechter. Sie ist vielmehr insgesamt zu streichen. Die im BVZI organisierten Verpflichteten</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>bieten ihrerseits derartige Dienstleistungen nicht als Geschäftsmodell an. Im Gegenteil, einzelne Mitglieder nutzen insbesondere die Möglichkeit ihrerseits die in Deutschland ansässigen Kreditinstitute als Dritte einzusetzen und im Zuge der gemeinschaftlichen Kundenbetreuung, auf den Erstidentifizierungsdatensatz beim Kreditinstitut zurückzugreifen.</p> <p>§ 17 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu ist auch deshalb zu streichen, weil es gerade der von der Europäischen Union explizit vorangetriebenen Öffnung der Binnenmärkte sowie Förderung von innovativen Geschäftsmodellen, insbesondere digitaler Geschäftsmodelle entgegensteht. In diesem Zusammenhang ist allen voran die elektronische Identifizierung auf Basis eines elektronischen Identifizierungssystems im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS) durch Ausstellung eines elektronischen Identifizierungsmittels – eID im Sinne von Artikel 3 Nummer 2 eIDAS anzuführen. Immerhin war Deutschland der erste Mitgliedsstaat, der den elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 des Gesetzes über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAuswG) und § 78 Absatz 5 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) von der Europäischen Kommission hat notifizieren lassen. Seit dem haben zahlreiche Mitgliedsstaaten der EU das jeweilige nationale System notifizieren lassen (https://ec.europa.eu/cefdigital/wiki/display/CEFDIGITAL/Country+overview).</p> <p>Es besteht die Verpflichtung nach Artikel 6 Absatz 1 eIDAS jede notifizierte eID anzuerkennen. Gerade in der aktuellen Phase der Einführung liegt es in der Natur der Sache, dass es für in Deutschland ansässige Verpflichtete einfacher sein mag auf einen Verpflichteten zum Beispiel in Spanien zurückzugreifen, wenn sich ein in Deutschland ansässiger Spanier mit seiner eID über das Internet gegenüber</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. | | | | | | | | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|------------|--------------------------------|-----------------------------------------------|---------------------------|-------------|---------------|----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| | <p>dem deutschen Verpflichteten – das ist unter anderem auch die spanische Zweigniederlassung der Banco Bilbao – zu identifizieren. Die Verwendung einer eID im Sinne der eIDAS ist nach § 12 Absatz 1 Nummer 5 GwG ein rechtsgültiges Mittel zur Überprüfung der Identität. Gleichwohl ist bei Einsatz einer notifizierten eID gewährleistet ist, dass sämtliche Daten nach § 11 Absatz 4 Nummer 1 GwG tatsächlich von der ausländischen eID umfasst sind. Dies ist damit zu begründen, dass der Anhang zur Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission vom 8. September 2015 über den Interoperabilitätsrahmen gemäß Artikel 12 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt eine Untergliederung zwischen obligatorischen und fakultativen Datenfeldern vornimmt.</p> <table border="1" data-bbox="1088 730 2045 1334"> <thead> <tr> <th>Obligatorisch</th> <th>Fakultativ</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>derzeitige(r) Familienname(n),</td> <td>Vorname(n) und Familienname(n) bei der Geburt</td> </tr> <tr> <td>derzeitige(r) Vorname(n),</td> <td>Geburtsort,</td> </tr> <tr> <td>Geburtsdatum,</td> <td>derzeitige Anschrift</td> </tr> <tr> <td>eine eindeutige Kennung, die vom übermittelnden Mitgliedstaat entsprechend den technischen Spezifikationen für die Zwecke der grenzüberschreitenden Identifizierung erstellt wurde und möglichst dauerhaft fortbesteht.</td> <td>Geschlecht.</td> </tr> </tbody> </table> <p>Das heißt, bereits die Adresse ist nicht mandatorisch für die eID.</p> | Obligatorisch | Fakultativ | derzeitige(r) Familienname(n), | Vorname(n) und Familienname(n) bei der Geburt | derzeitige(r) Vorname(n), | Geburtsort, | Geburtsdatum, | derzeitige Anschrift | eine eindeutige Kennung, die vom übermittelnden Mitgliedstaat entsprechend den technischen Spezifikationen für die Zwecke der grenzüberschreitenden Identifizierung erstellt wurde und möglichst dauerhaft fortbesteht. | Geschlecht. |
| Obligatorisch | Fakultativ | | | | | | | | | | |
| derzeitige(r) Familienname(n), | Vorname(n) und Familienname(n) bei der Geburt | | | | | | | | | | |
| derzeitige(r) Vorname(n), | Geburtsort, | | | | | | | | | | |
| Geburtsdatum, | derzeitige Anschrift | | | | | | | | | | |
| eine eindeutige Kennung, die vom übermittelnden Mitgliedstaat entsprechend den technischen Spezifikationen für die Zwecke der grenzüberschreitenden Identifizierung erstellt wurde und möglichst dauerhaft fortbesteht. | Geschlecht. | | | | | | | | | | |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Die beabsichtigte Einführung von § 17 Absatz 3 Nummer 1 GwG-Neu steht damit nicht nur im Widerspruch zu § 12 Absatz 1 Nummer 5 GwG. Sie steht zudem im Widerspruch zur europaweit harmonisierten eIDAS.</p> <p>Das beabsichtigte Gold-Plating könnte somit ebenfalls Grundlage für ein Vertragsverletzungsverfahren sein.</p> |
| <p><u>(3a) Der Dritte kann zur Identifizierung des Vertragspartners, einer gegebenenfalls für ihn auftretenden Person und eines wirtschaftlich Berechtigten auch auf eine anlässlich einer zu einem früheren Zeitpunkt erfolgten Identifizierung dieser Person eingeholte Informationen entsprechend Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 zurückgreifen, sofern</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>die Identifizierung im Rahmen der Begründung einer eigenen Geschäftsbeziehung des Dritten und nicht unter Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten erfolgt ist,</u> 2. <u>die Identifizierung oder die letzte Aktualisierung unter Einhaltung des § 12 vor nicht mehr als 24 Monaten abgeschlossen wurde,</u> 3. <u>für den Verpflichteten aufgrund äußerer Umstände keine Zweifel an der Richtigkeit der ihm übermittelten Informationen bestehen und</u> 4. <u>das Gültigkeitsdatum eines im Rahmen der Identifizierung oder der letzten Aktualisierung unter Einhaltung des § 12 gegebenenfalls verwendeten Identifikationsdokuments noch nicht abgelaufen ist.</u> <p><u>Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.</u></p> | <p>Die gesetzmäßige Normierung des Rückgriffs auf einen bestehenden Identifizierungsdatensatz, der bei einem anderen Verpflichteten vorliegt wird ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Allerdings sind die damit verbundenen Beschränkungen aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Es wird vorgeschlagen, nach „zurückgreifen“ einen Punkt einzufügen und den vorgesehenen Wortlaut ab „, sofern...“ vollständig zu streichen.</p> <p>In der Gesetzesbegründung wird bereits bewusst ein falscher Eindruck erweckt mit der Aussage:</p> <p><i>„Die Thematik „Weitergabe von Identifizierungsdaten“ ist bislang bereits in den Auslegungs- und Anwendungshinweisen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgegriffen. Die nunmehr gesetzlich geregelten Anforderungen sind somit nicht neu, sondern zwischenzeitlich etablierte Praxis.“</i></p> <p>Von einer „etablierten Praxis“ zu sprechen ist bereits deshalb nicht sachgerecht, wenn man bedenkt, dass die BaFin nur eine zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne von § 50 GwG ist. Hier wird wiederum deutlich, dass der Gesetzesentwurf durch das Bundesministerium der Finanzen und die BaFin erarbeitet wurde. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass die Mehrheit aller Verpflichteten gerade nicht durch die BaFin beaufsichtigt wird, sondern durch andere zuständige Aufsichtsbehörden, die keine diesbezüglichen Regelungen getroffen haben, die</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>mit den Auslegungs- und Anwendungshinweisen der BaFin korrespondierenden würden.</p> <ul style="list-style-type: none">- Die BaFin verzeichnet 5.195 beaufsichtigte Unternehmen in der von ihr geführten öffentlichen Unternehmensdatenbank die grundsätzlich dem Geldwäschegesetz unterliegen- Die Bundessteuerberaterkammer verzeichnet 85.495 Steuerberater, 10.185 Steuerberatungsgesellschaften, 1.973 Steuerbevollmächtigte und Sonstige per 1. Januar 2019 die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit als Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 12 GwG gelten (Quelle: Statista https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36372/umfrage/steuerberater-als-mitglieder-der-steuerberaterkammer/)- Die Bundesrechtsanwaltskammer verzeichnet 166.370 Rechtsanwälte per 1. Januar 2019, die Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit als Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 12 GwG gelten (Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer https://www.brak.de/w/files/04_fuer_journalisten/statistiken/02_ra_mitgliederstatistik_01.01.2019.pdf)- Die Wirtschaftsprüferkammer verzeichnet 14.560 Wirtschaftsprüfer und 2.516 vereidigte Buchprüfer per 1. Januar 2019 die Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit als Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 12 GwG gelten (Quelle: Wirtschaftsprüferkammer https://www.wpk.de/fileadmin/documents/WPK/Organisation/WPK-Statistiken_Januar_2019.pdf)- Laut Schätzung des Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e.V gab es im Jahr 2018 rund 35.000 Immobilienmakler, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit als Verpflichtete im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 14 GwG gelten <p>Die unter Aufsicht der BaFin stehenden Verpflichteten stellen allein unter Berücksichtigung der exemplarisch genannten anderen Verpflichteten weniger als 2 % der Verpflichteten des Marktes dar. Im Rahmen einer tatsächlichen</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Erhebung der Verpflichteten des Geldwäschegesetzes machen die der Aufsicht der BaFin unterliegenden Verpflichteten weniger als 1 % der Verpflichteten aus. Von einer etablierten Praxis zu sprechen ist allein vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.</p> <p>Hinzukommt, dass die Veröffentlichung der BaFin erst am 11. Dezember 2018 erfolgt ist. Seit diesem Zeitpunkt sind überhaupt erst die Anforderungen aus Kapitel 8.4 der Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Geldwäschegesetz durch die unter Aufsicht der BaFin stehenden Verpflichteten zu beachten. Vorher hatte kein Verpflichteter derartige zusätzliche Anforderungen beachtet. Im Zuge der im Vorfeld von der BaFin durchgeführten Konsultation 05/2018 – Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Geldwäschegesetz wurden verschiedene Stellungnahmen eingereicht, die die vorgesehenen restriktiven Beschränkungen zurückgewiesen und kritisiert haben. Hierzu gehörten unter anderem die Deutsche Kreditwirtschaft, der Bankenfachverband, der Verband der Privaten Bausparkassen e.V., der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft sowie der BVZI. Die Stellungnahmen können auf der Internetseite der BaFin eingesehen werden: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Konsultation/2018/kon_0518_auas_gw.html</p> <p>Auch diese Ausführungen machen deutlich, dass selbst die unter Aufsicht der BaFin stehenden Verpflichteten diese insofern erstmal getroffenen Anforderungen ihrem Inhalt nach abgelehnt haben.</p> <p>Inhaltlich ist § 17 Absatz 3a Nummer 2 GwG-Neu bereits deshalb inhaltlich abzulehnen, als dass es bisher kein gesetzliches Erfordernis für die Verpflichteten gibt, das die Aufzeichnung des Datums der tatsächlichen Durchführung der Identifizierung erforderlich machen würde. Mit anderen Worten, den Verpflichteten würde zumindest in einer Übergangsphase, ein derartiger Rückgriff auf einen bereits vorhandenen Identifizierungsdatensatz verwehrt bleiben, weil das betreffende Datum nicht verfügbar ist.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Die Regelung des § 17 Absatz 3a Nummer 3 GwG-Neu ist aufgrund von § 10 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 GwG obsolet. Danach wird von jedem Verpflichteten generell die (erneute) Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten verlangt, wenn Zweifel daran bestehen, dass die aufgrund von Bestimmungen des Geldwäschegesetzes erhobenen Angaben zu der Identität des Vertragspartners, zu der Identität einer für den Vertragspartner auftretenden Person oder zu der Identität des wirtschaftlich Berechtigten zutreffend sind. Obsolet ist § 17 Absatz 3a Nummer 3 GwG-Neu auch wegen § 10 Absatz 3 Satz 3 GwG (künftig § 10 Absatz 3a GwG-Neu).</p> <p>Außerdem kommt hinzu, dass auch nach bestehender Rechtslage nach § 11 Absatz 2 Satz 2 GwG (künftig unverändert) es einem Verpflichteten verbietet sich auf einen bereits vorhandenen Identifizierungsdatensatz zurückzuziehen, wenn der Verpflichtete aufgrund der äußeren Umstände Zweifel hegen muss, ob die bei der früheren Identifizierung erhobenen Angaben weiterhin zutreffend sind. In diesem Fall muss der Verpflichtete nach § 11 Absatz 3 Satz 3 GwG ohnehin eine erneute Identifizierung durchführen. Es scheidet also bereits fachlich und sachlich der Rückgriff auf einen vorhandenen Identifizierungsdatensatz aus, der zweifelhaft ist.</p> <p>Die Regelung des § 17 Absatz 3a Nummer 4 GwG kann ebenfalls in der Praxis nicht erfüllt werden. Zwar ist es den Verpflichteten seit dem 26. Juni 2017 nach § 8 Absatz 2 Satz 2 GwG erlaubt, vollständige Kopien des amtlichen Ausweises anzufertigen, allerdings führte das nicht dazu, dass eine Nachidentifizierung von Bestandskunden unter gleichzeitiger Anfertigung einer Ausweiskopie gesetzlich vorgeschrieben wurde. Im Gegenteil, eines derartige Nacherhebung ist vom Gesetzgeber sogar als nicht erforderlich ausgeschlossen worden.</p> <p>Ferner tritt hinzu, dass es kein im Geldwäschegesetz verankertes Erfordernis gibt, dass das Ablaufdatum des Ausweises in irgendeiner Form im Rahmen der einzusetzenden Datenverarbeitungssysteme für Zwecke der Auswertung zur Verfügung stehen müsste. Das heißt, dass Ablaufdatum des Ausweises ist zwar</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>aus einer Ausweiskopie ersichtlich, jedoch in der Regel nicht technisch auswertbar verfügbar. Berücksichtigt man zudem die Notwendigkeit des besonders hohen Schutzbedürfnisses einer elektronisch gespeicherten Ausweiskopie, dann ist ebenfalls nachvollziehbar, dass nicht jeder Mitarbeiter des Verpflichteten auf diesen Datensatz überhaupt zugreifen darf. Die Restriktionen der anwendbaren Rollen- und Rechtekonzepte verbieten das, vor dem Hintergrund der anwendbaren datenschutzrechtlichen Vorgaben.</p> <p>In der Folge führt die Regelung des § 17 Absatz 3a GwG-Neu gerade zum gegenteiligen Effekt. Sowohl die als Dritte tätigen Verpflichteten können die Anforderungen gar nicht sachgerecht erfüllen, dass ein Rückgriff in der Regel ausscheidet und unmittelbar eine erneute Identifizierung des betreffenden Vertragspartners vorgenommen werden müsste. Auch aus Perspektive des eigentlichen Verpflichteten, der einen Rückgriff auf einen bei einem anderen Verpflichteten Identifizierungsdatsatz vornehmen möchte, scheidet angesichts der Verantwortung für die vollständige Erfüllung der in § 17 Absatz 3a GwG-Neu getroffenen Regeln aus, insbesondere unter Berücksichtigung der potentiellen Bußgelder nach § 56 GwG. Im Ergebnis würde die Norm des § 17 Absatz 3a GwG-Neu leer laufen.</p> |
| <p>6 ABSCHNITT 4 TRANSPARENZREGISTER</p> | |
| <p>§ 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle</p> | |
| <p><u>(3a) Die registerführende Stelle ist im Einzelfall berechtigt, der Behörde nach § 56 Absatz 5 Satz 2 die Informationen und Unterlagen zu übermitteln, die für die Erfüllung der Aufgaben der Behörde nach § 56 Absatz 5 Satz 2 erforderlich sind.</u></p> | <p>Diese in der Gesetzesbegründung als Grund angeführte Regelungslücke besteht nicht. Dieser Absatz ist zu streichen.</p> <p>Bereits § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 GwG (künftig § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu) gestattet es unter anderem den zuständigen Aufsichtsbehörden als auch den für die Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren zuständigen Behörden in die beim Transparenzregister gespeicherten Daten</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Einsicht zu nehmen. Was sollte das Bundesverwaltungsamt anderes sein, als eine Behörde zur Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren. Im Rahmen der Gesetzesbegründung zu § 25 Absatz 1 GwG wurde wie folgt argumentiert:</p> <p><i>„Mit Absatz 1 wird dem Bundesministerium der Finanzen die Möglichkeit eröffnet, den Aufbau und Betrieb des Transparenzregisters auf einen privatrechtsförmigen Träger als Beliehenen zu übertragen. Hierdurch können privater Sachverstand, insbesondere im Hinblick auf die erforderlichen elektronischen Informations- und Datenverarbeitungsverfahren sowie eine nutzerfreundliche Präsentation und Ausgestaltung der Registersuche, sowie private Kapazitäten genutzt werden. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, die Bundesverwaltung von dieser Aufgabe zu entlasten.“</i> (BR-Drucks. 182/17, S. 155; BT-Drucks. 18/11555, S. 134)</p> <p>Unabhängig von der vorstehenden Darstellung macht aber auch die in § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 GwG-Neu vorgesehene klarstellende Ergänzung die Einführung der Regelung in § 18 Absatz 3a GwG-Neu obsolet.</p> |
| <p>§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung</p> | |
| <p>(1) Bei Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 und Rechtsgestaltungen nach § 21 ist die Einsichtnahme gestattet</p> <p>1. den folgenden Behörden, soweit sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) den Aufsichtsbehörden <u>und der Behörde nach § 25 Absatz 6 sowie nach § 56 Absatz 5 Satz 2,</u> b) der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, c) den gemäß § 13 des Außenwirtschaftsgesetzes zuständigen Behörden, | <p>Die Gesetzesbegründung beinhaltet unter anderem folgende Darstellung:</p> <p><i>„Das bisherige Einsichtnahmeverfahren soll beibehalten werden.“</i></p> <p>An den derzeitig etablierten Aktivitäten und Prozessen zum bisherigen Einsichtnahmeverfahren festzuhalten wird äußerst kritisch gesehen.</p> <p>Diesbezüglich wird auf die Kleine Anfrage im Bundestag zur „Effektivität und Umsetzungsstand des Transparenzregisters für wirtschaftlich Berechtigte“ vom 29. Oktober 2018 verwiesen, insbesondere auf die Fragen 7 – 10 und diesbezüglichen Antworten (BT-Drucks. 19/5354, S. 5 ff). Hieraus lässt sich</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|----------------|-----------------------------------------------------------------------|-------|-----------------------------------------------|-------|------------------------------------------|-----|------------|--------|---------------|-----------|-----------------|----------------------------|-------|-------|-----|----|----------------------------|-----|-----|-----|----|
| <p>d) den Strafverfolgungsbehörden,</p> <p>e) dem Bundeszentralamt für Steuern sowie den örtlichen Finanzbehörden nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 der Abgabenordnung und,</p> <p>f) den für Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren zuständigen Behörden, <u>sowie</u></p> <p><u>g) den Gerichten,</u></p> <p>2. den Verpflichteten, sofern sie der registerführenden Stelle darlegen, dass die Einsichtnahme zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten in einem der in § 10 Absatz 3 genannten Fälle erfolgt, und</p> <p>3. allen Mitgliedern der Öffentlichkeit jedem, der der registerführenden Stelle darlegt, dass er ein berechtigtes Interesse an der Einsichtnahme hat.</p> <p>Im Fall des Satzes 1 Nummer 3 sind neben den Angaben nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 und 4 nur Monat und Jahr der Geburt des wirtschaftlich Berechtigten und, sein Wohnsitzland <u>und die Staatsangehörigkeit</u> der Einsicht zugänglich, sofern sich nicht alle Angaben nach § 19 Absatz 1 bereits aus anderen öffentlichen Registern ergeben.</p> | <p>ableiten, dass seit Bestehen der Möglichkeit zur Einsichtnahme folgende Abrufe erfolgt sind:</p> <table border="1" data-bbox="1088 373 2042 791"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Anzahl Anträge</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Staatliche Institutionen und Behörden (§ 23 Absatz 1 Nummer 1 GwG)</td> <td>2.313</td> </tr> <tr> <td>Verpflichtete (§ 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG)</td> <td>2.026</td> </tr> <tr> <td>Sonstige (§ 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG)</td> <td>n/a</td> </tr> </tbody> </table> <p>Unter der Kategorie „Staatliche Institutionen und Behörden“ sind allein für das Bundesverwaltungsamt 2.169 Anträge auf Zugriff erfasst. Selbst die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen hat lediglich 15 Anträge auf Zugriff gestellt.</p> <p>Eine Aussage darüber wie vielen Anträge tatsächlich stattgegeben wurde, ist aus der benannten Kleinen Anfrage nicht abzuleiten. Allerdings gibt die Antwort der Bundesregierung vom 15. August 2018 auf eine andere Kleine Anfrage mit folgenden Zahlen einen gewissen Aufschluss (BT-Drucks. 19/3818, S. 32):</p> <table border="1" data-bbox="1088 1129 2042 1362"> <thead> <tr> <th>Antragsart</th> <th>Anzahl</th> <th>Statt-gegeben</th> <th>Abgelehnt</th> <th>Zurück-genommen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>§ 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG</td> <td>1.632</td> <td>1.262</td> <td>216</td> <td>97</td> </tr> <tr> <td>§ 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG</td> <td>666</td> <td>231</td> <td>348</td> <td>48</td> </tr> </tbody> </table> | Kategorie | Anzahl Anträge | Staatliche Institutionen und Behörden (§ 23 Absatz 1 Nummer 1 GwG) | 2.313 | Verpflichtete (§ 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG) | 2.026 | Sonstige (§ 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG) | n/a | Antragsart | Anzahl | Statt-gegeben | Abgelehnt | Zurück-genommen | § 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG | 1.632 | 1.262 | 216 | 97 | § 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG | 666 | 231 | 348 | 48 |
| Kategorie | Anzahl Anträge | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Staatliche Institutionen und Behörden (§ 23 Absatz 1 Nummer 1 GwG) | 2.313 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Verpflichtete (§ 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG) | 2.026 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Sonstige (§ 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG) | n/a | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Antragsart | Anzahl | Statt-gegeben | Abgelehnt | Zurück-genommen | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| § 23 Absatz 1 Nummer 2 GwG | 1.632 | 1.262 | 216 | 97 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| § 23 Absatz 1 Nummer 3 GwG | 666 | 231 | 348 | 48 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Legt man diese Zahlen zugrunde, dann ist bereits nicht ersichtlich, wie künftig die vom Gesetzgeber verlangten massenhaften Abfragen bei gleichbleibenden Verfahren bearbeitet und beantwortet werden sollen. Abgesehen davon zeigen die praktischen Erfahrungen bei den Verpflichteten, dass Bewilligung der Anträge im Durchschnitt je Antrag 2 Wochen in Anspruch nimmt, weil es sich um einen rein manuellen Prozess handelt.</p> |
| <p><u>§ 23a Meldungen von Unstimmigkeiten an die registerführende Stelle</u></p> | <p>Übergeordnet wird auf die Stellungnahmen zu § 11 Absatz 5 GwG-Neu und § 23 Absatz 1 GwG-Neu verwiesen.</p> |
| <p>(1) <u>Verpflichtete nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 haben der registerführenden Stelle Unstimmigkeiten unverzüglich zu melden, die sie zwischen den Angaben über die wirtschaftlich Berechtigten, die im Transparenzregister zugänglich sind, und den ihnen zur Verfügung stehenden Angaben und Erkenntnissen über die wirtschaftlich Berechtigten feststellen. Zuständige Behörden nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b trifft die Pflicht nach Satz 1, sofern dadurch die Aufgabenwahrnehmung der Behörden nicht beeinträchtigt werden. Eine Unstimmigkeit nach Satz 1 besteht, wenn Eintragungen nach § 20 Absatz 1 und 2 sowie nach § 21 Absatz 1 und 2 fehlen, einzelne Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten nach § 19 Absatz 1 abweichen oder wenn abweichende wirtschaftlich Berechtigte ermittelt wurden. Die der Unstimmigkeitsmeldung zugrunde liegende Ermittlung der wirtschaftlich Berechtigten hat nach den Vorgaben des § 3 zu erfolgen.</u></p> | <p>Der Regelungsinhalt muss aufgrund seiner fehlenden Ausdifferenzierung abgelehnt werden.</p> <p>Wie bereits im Zuge der Stellungnahme zu § 11 Absatz 5 GwG-Neu ausgeführt wurde, ist es nicht die Aufgabe eines Verpflichteten die Richtigkeit der im Transparenzregister vorhandenen Daten sicherzustellen. Diese hoheitliche Aufgabe obliegt dem Staat und dem von ihm Beliehenen.</p> <p>§ 23a Absatz 1 Satz 1 GwG-Neu stellt ausschließlich auf Unstimmigkeiten ab, „die zwischen den Angaben über die wirtschaftlich Berechtigten, die im Transparenzregister zugänglich sind, und den ihnen zur Verfügung stehenden Angaben und Erkenntnissen über die wirtschaftlich Berechtigten“ ab. Darauf aufbauend werden die weiteren Regelungen in § 23a Absatz 1 Satz 2 bis 4 GwG-Neu getroffen. Ein Verpflichteter kann nur dann eine Unstimmigkeit der im „Transparenzregister zugänglichen Angaben und Erkenntnisse“ feststellen, wenn der Verpflichtete tatsächlich im Zeitpunkt der Identifizierung einen tagesaktuellen Auszug aus dem Transparenzregister einholt. Allein diese Verpflichtung steht im klaren Widerspruch zu der in § 11 Absatz 5 GwG-Neu beabsichtigten Regelung, dass auch die Vorlage eines Nachweises über die Eintragung durch den Vertragspartner ausreichend sein kann. Dabei ist zu bemerken, dass der vom Vertragspartner vorzulegende Nachweis gerade nicht</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>tagesaktuell sein kann und folglich nicht in Übereinstimmung sein muss, mit dem Datenbestand im Transparenzregister.</p> <p>Daraus resultiert, dass eine bloße Beschränkung auf die im Transparenzregister zugänglichen Daten nicht möglich ist. Es muss vielmehr eine Differenzierung erfolgen, dass die Verpflichteten auch die Datengrundlage als ausreichend heranziehen dürfen, die ihnen durch Vorlage des Nachweises durch den Verpflichteten verfügbar gemacht wird.</p> <p>Die folgende Ausführung in der Gesetzesbegründung ist nicht zutreffend:</p> <p style="text-align: center;"><i>„Mit der neu aufgenommenen Regelung in § 23a Absatz 1 ist keine neue Prüfpflicht, sondern lediglich eine neue Meldepflicht verbunden.“</i></p> <p>Die Erfüllung der Meldepflicht ist dem Verpflichteten solange nicht möglich, bis er überhaupt eine Prüfung vorgenommen hat, ob es Unstimmigkeiten zwischen dem ihm vorliegenden Dokumenten, Daten oder Informationen und dem im Transparenzregister verzeichneten Daten gibt. Eine Prüfung ist gerade nicht entbehrlich. Nicht nur die zusätzliche Prüfung, auch die Meldung ist eine weitere Belastung des Verpflichteten.</p> |
| <p>(2) <u>Die registerführende Stelle hat auf der Internetseite des Transparenzregisters deutlich sichtbar eine Vorkehrung einzurichten, über die Unstimmigkeitsmeldungen nach Absatz 1 abzugeben sind.</u></p> | <p>Die in § 23a Absatz 2 GwG-Neu angelegte Regelung wird insoweit abgelehnt, als die Meldung über die Internetseite des Transparenzregisters erfolgen muss.</p> <p>Es ist eine Regelung zu treffen, die den Entwicklungen der Technik flexibel Rechnung trägt. Insbesondere ist auch die Schaffung einer technischen Schnittstelle zur Einspielung entsprechender standardisierter Daten vorzusehen. Die Mitglieder des BVZI begründen monatlich mehrere Tausend Geschäftsbeziehungen. In jedem Fall einer festgestellten Abweichung eine händische Erfassung über eine per Internetseite bereitgestellte Erfassungsmaske vorzunehmen, ist nicht zeitgemäß und belastet die personellen Ressourcen der Verpflichteten über Gebühr.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>(3) <u>Die registerführende Stelle hat die Unstimmigkeitsmeldung nach Absatz 1 unverzüglich zu prüfen. Hierzu kann sie von dem Ersteller der Unstimmigkeitsmeldung, der betroffenen Vereinigung nach § 20 oder der Rechtsgestaltung nach § 21 die zur Aufklärung erforderlichen Informationen und Unterlagen verlangen.</u></p> | <p>Die Einbeziehung des „Erstatters der Unstimmigkeitsmeldung“ in § 23a Absatz 3 GwG-Neu ist zu streichen.</p> <p>Der Ersteller ist bereits seiner neuen und zusätzlichen Prüfungspflicht nach § 11 Absatz 5 GwG-Neu sowie seiner neuen und zusätzlichen Meldepflicht nachgekommen, wenn er eine Unstimmigkeit meldet. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Anschließend ist es in der Sphäre des zur Führung des Transparenzregisters Beliehenen sowie der Vereinigung oder der Rechtsgestaltung diese Unstimmigkeit aufzuklären. Die Verpflichteten können lediglich sagen, dass es eine Abweichung gibt. Woraus diese Abweichung resultiert, das ist den Verpflichteten weder bekannt, noch ist es deren Aufgabe, die Hintergründe für die Abweichung zu ergründen.</p> <p>Diese weitere Belastung der Ressourcen der Verpflichteten ist mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar. Die Unverhältnismäßigkeit ist auch darin zu sehen, dass der Beliehene, die privat rechtlich organisierte Bundesanzeiger Verlag GmbH, Köln, selbst einen Auftritt als Auskunftgeber unter www.validatis.de aufgebaut hat und betreibt. Es kann nicht das Erwartungsbild sein, dass die Ressourcen der Verpflichteten dazu indirekt beitragen müssen, dass das Geschäftsmodell des Beliehenen dadurch unterstützt wird, dass die Ermittlungsarbeit zur Sicherstellung von validierten Daten übernommen wird.</p> |
| <p>7 ABSCHNITT 7 AUFSICHT, ZUSAMMENARBEIT, BUßGELDVORSCHRIFTEN, DATENSCHUTZ</p> | |
| <p>§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde</p> | |
| <p>Zuständige Aufsichtsbehörde für die Durchführung dieses Gesetzes ist</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für <ol style="list-style-type: none"> a) Kreditinstitute mit Ausnahme der Deutschen Bundesbank, | <p>In Bezug auf die beabsichtigte Änderung in § 50 Nummer 1 Buchstabe g) GwG-Neu wird auf die Stellungnahme zu § 2 Absatz 1 Nummer 4 GwG-Neu verwiesen.</p> <p>Es ergeben sich Bedenken an der Möglichkeit der rechtskonformen Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion gegenüber im Wege des freien</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>b) Finanzdienstleistungsinstitute sowie Zahlungsinstitute <u>nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes</u> und E-Geld-Institute nach § 1 Absatz 2a <u>Satz 1 Nummer 1</u> des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes,</p> <p>c) im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von Kreditinstituten mit Sitz im Ausland, von Finanzdienstleistungsinstituten mit Sitz im Ausland und Zahlungsinstituten mit Sitz im Ausland,</p> <p>d) Kapitalverwaltungsgesellschaften nach § 17 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs,</p> <p>e) im Inland gelegene Zweigniederlassungen von EU-Verwaltungsgesellschaften nach § 1 Absatz 17 des Kapitalanlagegesetzbuchs sowie von ausländischen AIF-Verwaltungsgesellschaften nach § 1 Absatz 18 des Kapitalanlagegesetzbuchs,</p> <p>f) ausländische AIF-Verwaltungsgesellschaften, für die die Bundesrepublik Deutschland Referenzmitgliedstaat ist und die der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 57 Absatz 1 Satz 3 des Kapitalanlagegesetzbuchs unterliegen,</p> <p>g) <u>Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum</u>, Agenten und E-Geld-Agenten nach § 2 Absatz 1 Nummer 4,</p> <p>h) Unternehmen und Personen nach § 2 Absatz 1 Nummer 5 und</p> <p>i) die Kreditanstalt für Wiederaufbau,</p> <p>2. für Versicherungsunternehmen nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen,</p> | <p>Dienstleistungsverkehrs tätigen Zahlungs- und E-Geld-Instituten, sowohl unter Berücksichtigung der Regelungen zum EU-Passverfahren als auch der Gleichbehandlungsgrundsätze im Verhältnis zu anderen Verpflichteten, wie den Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten.</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>3. für Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 die jeweils örtlich zuständige Rechtsanwaltskammer (§§ 60, 61, <u>163 Satz 4</u> der Bundesrechtsanwaltsordnung),</p> <p>4. für Patentanwälte nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 die Patentanwaltskammer (§ 53 der Patentanwaltsordnung),</p> <p>5. für Notare nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 der jeweilige Präsident des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Sitz hat (§ 92 Nummer 1 der Bundesnotarordnung),</p> <p>6. für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer nach § 2 Absatz 1 Nummer 12 die Wirtschaftsprüferkammer (§ 57 Absatz 2 Nummer 17 der Wirtschaftsprüferordnung),</p> <p>7. für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte nach § 2 Absatz 1 Nummer 12 die jeweils örtlich zuständige Steuerberaterkammer (§ 76 des Steuerberatungsgesetzes),</p> <p><u>7a. für Vereine nach § 4 Nummer 11 des Steuerberatungsgesetzes das Finanzamt,</u></p> <p>8. für die Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen nach § 2 Absatz 1 Nummer 15, soweit das Landesrecht nichts anderes bestimmt, die für die <u>Erteilung der glücksspielrechtlichen Erlaubnis glücksspielrechtliche Aufsicht</u> zuständige Behörde und</p> <p>im Übrigen die jeweils nach Bundes- oder Landesrecht zuständige Stelle.</p> | |
| <p>§ 51 Aufsicht</p> | |
| <p>(3) Die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 können bei den Verpflichteten Prüfungen zur Einhaltung der in diesem Gesetz festgelegten Anforderungen</p> | <p>Die beabsichtigte Ergänzung wird abgelehnt. Der Bestimmtheitsgrundsatz ist nicht erfüllt.</p> <p>Aus der Gesetzesbegründung ist nicht ersichtlich welchem tatsächlichen Regelungszweck diese Ergänzung unterliegen soll. Die angeführte Begründung</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>durchführen. Die Prüfungen können ohne besonderen Anlass vor Ort und anderswo erfolgen. Die Aufsichtsbehörden können die Durchführung der Prüfungen vertraglich auf sonstige Personen und Einrichtungen übertragen. Häufigkeit und Intensität der Prüfungen haben sich am Risikoprofil der Verpflichteten im Hinblick auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu orientieren, das in regelmäßigen Abständen und bei Eintritt wichtiger Ereignisse oder Entwicklungen in deren Geschäftsleitung und Geschäftstätigkeit neu zu bewerten ist.</p> | <p>liefert für die Beurteilung der Verpflichteten keinerlei zusätzlichen Informationsgehalt, wenn es heißt:</p> <p><i>„Mit dem neuen Satz 2 wird klargestellt, dass die Prüfungen auch außerhalb der Geschäftsräume oder anderer Räumlichkeiten der Verpflichteten stattfinden können, beispielsweise bei der Aufsichtsbehörde selbst („Schreibtischprüfung“). Die Festlegung des Prüfungsortes trifft die Aufsichtsbehörde.“</i></p> <p>Die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde erfolgt zum überwiegenden Teil als „Schreibtischprüfung“ am Sitz der Aufsichtsbehörde. Das liegt in der Natur der Sache und stellt keine neue Situation dar, als zum Zeitpunkt der Aufnahme dieser Regelung im Jahr 2011. Im Rahmen der Novellierung des Geldwäschegesetzes wurde § 51 Absatz 3 GwG wie folgt begründet:</p> <p><i>„Absatz 3 Satz 1 bis 3 entspricht § 16 Absatz 3 Satz 2 GwG bisherige Fassung.“</i> (BR-Drucks. 182/17, S. 187; BT-Drucks. 18/11555, S. 160)</p> <p>Aus der Perspektive der Verpflichteten ist in Ansehung der aktuellen Gesetzesbegründung auch denkbar, dass die Prüfungshandlungen eben nicht nur am Geschäftssitz des Verpflichteten, und damit in seinen Geschäftsräumen, erfolgen können, sondern im Zweifel auch am Wohnsitz des Verpflichteten bzw. der Geschäftsleitung oder der Führungskräfte. Das würde einen Eingriff in die Privatrechte darstellen.</p> <p>Im Rahmen der damaligen Einführung der Prüfungsrechte wurde das Erfordernis wie folgt begründet:</p> <p><i>„Das Betretungsrecht ist ebenfalls erforderlich und angemessen, da nur eine Vor-Ort-Prüfung den Aufsichtsbehörden einen hinreichend aussagekräftigen Eindruck von den internen Sicherungsmaßnahmen, die die Verpflichteten einzuhalten haben, und den entsprechenden internen Sicherungsstrukturen geben kann. Ein Durchsuchungs- oder Selbsteintrittsrecht der Aufsichtsbehörde oder sonstiges, repressiven</i></p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p><i>Zwecken dienendes Handeln ist von § 16 Absatz 3 nicht umfasst.“</i> (BR-Drucks. 317/11, S. 54; BT-Drucks. 17/6804, S. 38)</p> <p>Grundlage für diese Regelung war § 44 Absatz 1 KWG, der in dieser Form seit 1998 der BaFin die für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit zur Sicherung eines funktionsfähigen, stabilen und integren deutschen Finanzmarktes das Recht einräumt, sogenannte Sonderprüfungen bei den beaufsichtigten Unternehmen durchzuführen. Die insofern spezialgesetzliche Regelung enthält ihrerseits bis dato keine derartige Erweiterung der Prüfungsräume „vor Ort oder anderswo“. Selbst in den gleichwertigen Regelungen des § 88 Absatz 1 WpHG, § 19 ZAG oder § 306 Absatz 1 VAG findet sich eine solche vermeintliche Notwendigkeit nicht.</p> <p>Aus Sicht der Verpflichteten muss klar geregelt sein, dass die Prüfungshandlungen, soweit es die Verpflichteten betrifft, auf die Geschäftsräume des Verpflichteten beschränkt sein müssen.</p> |
| <p>§ 52 Mitwirkungspflichten</p> | |
| <p>(1) Ein Verpflichteter, die Mitglieder seiner Organe und seine Beschäftigten haben der nach § 50 Nummer 1 zuständigen Aufsichtsbehörde, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, der nach § 50 Nummer 3 bis 9 zuständigen Aufsichtsbehörde sowie den Personen und Einrichtungen, derer sich diese Aufsichtsbehörden zur Durchführung ihrer Aufgaben bedienen, auf Verlangen unentgeltlich</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auskunft über alle Geschäftsangelegenheiten und Transaktionen zu erteilen und 2. Unterlagen vorzulegen, <p>die für die Einhaltung der in diesem Gesetz festgelegten Anforderungen von Bedeutung sind. <u>Im Rahmen der Pflicht nach Satz 1 Nummer 2 hat der Verpflichtete der Behörde die vorzulegenden</u></p> | <p>Eine pauschale Bereitstellung von „Unterlagen im Original“ wird als zu weitgehend zurückgewiesen. Soweit das Original das einzige Dokument ist, dass im Rahmen der Aufzeichnungspflichten vom Verpflichteten vorgehalten wird, dann wäre die Herausgabe nachteilig, soweit die betreffenden Unterlagen belegen, dass etwa der Vertragspartner ordnungsgemäß identifiziert wurde bei Begründung der Geschäftsbeziehung. Grundsätzlich sollte nur die Herausgabe von Kopien verlangt werden.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><u>Unterlagen im Original, in Form von Kopien oder in digitaler Form auf elektronischem Wege auf einem digitalen Speichermedium zur Verfügung zu stellen.</u></p> | |
| <p>8 ARTIKEL 2 – ÄNDERUNG DES KREDITWESENGESETZES</p> | |
| <p>§ 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld</p> | |
| <p><u>(3a) Kreditinstitute dürfen Zahlungen mit in Drittstaaten ausgestellten anonymen Guthabekarten nur akzeptieren, wenn diese Karten die Anforderungen erfüllen, die den in Absatz 2 genannten gleichwertig sind.</u></p> | <p>Die Regelung ist in der Praxis tatsächlich nicht durchführbar. Deshalb wird die Streichung gefordert.</p> <p>Im Zuge der Initiierung eines bargeldlosen Zahlungsvorgangs wird das Zahlungsinstrument (z.B. Guthabekarten) ausgelesen bzw. es werden die relevanten Daten erfasst. Dieser Autorisierungsdatensatz enthält kein auswertbares mandatorisches Datenfeld, dass es den Zahlungsinstituten und E-Geld-Instituten ermöglicht, eine Abgrenzung dahingehend vorzunehmen, ob es sich um E-Geld handelt. Ferner besteht kein auswertbares mandatorisches Datenfeld, dass eine Abgrenzung erlaubt, ob es sich um ein Zahlungsinstrument handelt bei dem der Zahler von der das Zahlungsinstrument ausgehenden Stelle identifiziert wurde oder nicht. Somit besteht bereits im Zuge der Autorisierung keine Möglichkeit, die Akzeptanz einer im Drittstaat ausgegebenen Karte nach dem vom Gesetzgeber geforderten Kriterium auszuschließen. Auch der nach einer Autorisierung erstellte Transaktionsdatensatz enthält keine auswertbaren mandatorischen Datenfelder, anhand derer die Erfüllung der gesetzlichen Regelung überhaupt technisch durchführbar wäre.</p> <p>Der BVZI geht davon aus, dass es nicht die Absicht des Gesetzgebers ist, dass alle bargeldlosen Zahlungsvorgänge, die mit einem in einem Drittstaat ausgestellten Zahlungsinstrument eingeleitet werden sollen, geblockt und abgelehnt werden sollen. Dieses pauschale Blocken aller betreffenden Zahlungsinstrumente wäre die einzige technisch durchführbare Möglichkeit, die Anforderung des § 25i Absatz 3a KWG zu erfüllen. Allerdings ginge damit einher, dass eben auch alle in</p> |

| Gesetzesentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|--------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>einem Drittstaat ausgestellten und voll identifizierten Zahlungsinstrumente für Zahlungsvorgänge geblockt werden würden, an denen ein in Deutschland zugelassenes Zahlungsinstitut oder E-Geld-Institut beteiligt ist. Die Folge ist eine Diskriminierung von Karteninhabern, die nicht in den Anwendungsbereich des § 25i Absatz 3a KWG fallen würden. Gleichzeitig würde das pauschale Blocking einen Verstoß gegen die vertraglichen Vereinbarungen mit den Betreibern der Zahlungssysteme bedeuten, woraus Strafzahlungen der Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute an die Betreiber der Zahlungssysteme resultieren würden.</p> <p>Es bestehen darüber hinaus weitere Gründe, warum die Erfüllung des § 25i Absatz 3a KWG durch die daraus Verpflichteten in der Praxis nicht durchführbar ist.</p> <p>Es wird zum einen außer Acht gelassen, dass die in § 25i Absatz 2 KWG genannten Schwellenwerte nicht mit den insofern europaweit harmonisierten Schwellenwerten aus Artikel 12 Absatz 1 der Änderungsrichtlinie entsprechen. In Deutschland liegen die Limite bei EUR 100,00 und nicht wie von der Änderungsrichtlinie geregelt bei EUR 150,00. Das Gleiche lässt sich sagen in Bezug auf den Rücktausch des E-Gelds durch Barauszahlung handelt, die in Deutschland auf EUR 20,00 begrenzt ist, während Artikel 12 Absatz 2 der Änderungsrichtlinie einen Wert in Höhe von EUR 50,00 vorsieht.</p> <p>Abgesehen davon, haben die vom BVZI repräsentierten Zahlungs- und E-Geld-Institute keine Erkenntnisse darüber, welche Produktmerkmale eine von einem anderen E-Geld-Emittenten ausgestelltes E-Geld-Produkt hat. Mit anderen Worten, im Rahmen der Durchführung einer Zahlung am Point-of-Sale kann von dem an der bargeldlosen Zahlung beteiligten Zahlungsinstitut oder E-Geld-Institut, dass für den Zahlungsempfänger tätig ist, überhaupt nicht beurteilt werden, um was für ein Zahlungsinstrument es sich handelt und ob dieses Zahlungsinstrument in Wahrung der in § 25i Absatz 2 KWG ausgestellt wurde. Es sind keine Merkmale vorhanden, die eine technische Beurteilung erlauben würden, ob es sich um ein anonymisiertes oder ein identifiziertes Zahlungsinstrument handelt.</p> |

| Gesetzentwurf im Vergleich zum aktuellen Geldwäschegesetz | Stellungnahme des Bundesverbands der Zahlungs- und E-Geld-Institute e.V. |
|----------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Selbst wenn man von den Betreibern der Kartensysteme eine Liste bereitgestellt bekommen würde, dann würden diese Listen die Schwellenwerte aus Artikel 12 der Änderungsrichtlinie berücksichtigen, nicht jedoch die insofern geringeren deutschen Schwellenwerte. Um nicht einen Verstoß gegen § 25i Absatz 3a KWG zu begehen, bliebe dem für den Zahlungsempfänger tätigen Zahlungsinstitut oder E-Geld-Institut in der Sache nur, die Akzeptanz des Zahlungsinstruments aus dem Drittstaat vollständig abzulehnen. Die Folge wäre, dass es keine Papierspur über einen bargeldlosen Zahlungsvorgang gäbe. Das kann nicht die Intention sein.</p> <p>Die Durchsetzung dieses Erfordernisses kann nur im Rahmen der Autorisierung des Zahlungsvorgangs durch den Betreiber des Zahlungssystems erfolgen, der in der Regel kein Verpflichteter des Geldwäschegesetzes ist.</p> |
| <p>Artikel 11 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> | |
| <p><u>Dieses Gesetz tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft.</u></p> | <p>Unter Berücksichtigung des Artikels 5 der Änderungsrichtlinie hat die nationale Umsetzung bis zum 10. Januar 2020 in nationales Recht zu erfolgen. Die bereits jetzt bestehenden zeitlichen Verzögerungen des Gesetzgebungsverfahrens und zur Vermeidung von Nachteilen für die Verpflichteten erscheint eine um 10 Tage vorgezogene Umsetzung nicht angemessen. Deshalb sollte das geänderte Geldwäschegesetz erst mit Wirkung zum 10. Januar 2020 erfolgen.</p> |
